

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

lunapark²¹

Heft 02 > 2008

5 Jahre Irak-Besatzung

Öl als Beute. Der Traum vom ultimativen Gewinn.

LP21-Spezial
Kapitalismus, US-Krise & Keynes

Eduardo Galeano
Die Ermächtigung der Natur

5,50 Euro



Lunapark21 hat sich seine Geburtsstunde gut gewählt. In den USA wütet die Hypothekenkrise, weltweit fallen die Wirtschaftswachstumsraten in sich zusammen ... Die Berichterstattung unterscheidet sich grundsätzlich von der anderer Wirtschaftsmagazine ... Während letztere sich um den Erfolg von Wirtschaftspolitik und Unternehmen sorgen und erklären, warum dieser Erfolg (nicht) zustande kommt, will Lunapark21 die Ergebnisse dieses Erfolgs kritisieren... Lunapark21 ist, verglichen mit anderen Zeitschriften, ein bescheidenes Projekt mit großen Ambitionen. **Stefan Kaufmann, Berliner Zeitung vom 4. März 2008**

Eine optisch ausgesprochen ansprechende Zeitschrift ... Es bleibt nach der Lektüre von Lunapark21 ein sehr positiver Eindruck ... Trotz der mitunter komplizierten Sachverhalte sind die vielfältigen Themenbereiche gut verständlich dargestellt. Lunapark21 ist ein rundum gelungenes Projekt. **Christian Klemm, Neues Deutschland vom 1. März 2008**

Für das erste Heft hat Rolf Becker das Geleitwort geschrieben. Darin findet sich die ultimative Zusammenfassung dessen, was dieses Blatt sein und erreichen will: „Lesbare und nachprüfbar Kritik einer Welt, die zum Lunapark derer geworden ist, die haben.“ Ein hoher Anspruch, zweifellos, aber die ersten 72 Seiten zeigen jedem, der Mut und Muße hat, sie sich vorzunehmen, dass die Macher auf gutem Wege sind, dieses Ziel konsequent, verständlich sowie durch und durch parteiisch anzupeilen. **Burkhard Ilchner, WATERKANT, März 2008**

Lunapark21. So schick kann Karl Marx sein... Wer gern ausführlich erklärt hätte, was die Subprime Crisis in den USA bedeutet und schon immer eine Zeitschrift gesucht hat, die den aktuellen Kapitalismus erklärt, für den ist Lunapark21 genau richtig. **Der Falter, Wien 12/2008**

Noch eine linke Zeitschrift? Ja, selbstverständlich, gern. Wenn sie sich der „Kritik der globalen Ökonomie“ widmet, theoretisch anspruchsvoll, also marxistisch orientiert ist ..., Hintergründe liefert, die woanders nicht zu lesen sind, Reportagen enthält, die Exemplarisches beleuchten... Wer wissen will, was im Maschinenraum der Welt passiert und dort verändert werden muss, sollte Lunapark21 lesen. Auf viele Jahre! **Arnold Schölzel, junge Welt vom 12. März 2008**

Jetzt abonnieren:

Hiermit abonniere ich Lunapark21 ab Ausgabe Nr. 3, September 2008

für 1 Jahr zum Preis von:

- 22 EUR (Normalabo)
- 50 EUR (Förderabo 50)
- 100 EUR (Förderabo 100)

Das Jahresabo umfaßt vier Ausgaben von Lunapark21

Name

Adresse

Unterschrift

Ich zahle per Banküberweisung (Konto siehe unten)

Hiermit erteile ich Lunapark21 eine Einzugsermächtigung über den Abobetrag für das Konto:

Name

Kontonr.

Bank/BLZ

Unterschrift

Kopieren Et senden an: Lunapark21 GmbH · Hubertusallee 42/44 · 14193 Berlin · **Aboverwaltung:** AVZ Berlin, Tel.: 030-42804040 · **Mailbestellung:** abo@lunapark21.net · **Faxbestellung:** 01805-23363302100 (14 Ct/min aus d. deutschem Festnetz) · **Achtung:** Für die Schweiz und andere Länder gelten andere Abopreise. Alle Abopreise, Mehrfach- und Sozialabos, Abo-Werbegeschenke siehe www.lunapark21.net/service/

Konto: Mittelbrandenburgische Sparkasse (MBS) · Konto-Nr. 3527003800 · BLZ 16050000, IBAN DE69160500003527003800 · BIC WELADED1PMB · Verwendungszweck: „Abo Lunapark21“

2 **Eckart Spoo** · Sommernachtstraum: Die derben Späße des Kapitals
der subjektive Faktor

4 **Winfried Wolf** · Der Alstom-Chor in Mannheim

Lexikon

6 **Georg Fülberth** · Warenfetisch

Kolumne Winfried Wolf

7 Vollbeschäftigung?

Soziales & Gegenwehr

8 **Daniel Behruzi** · Lehren aus der Schließung des Bochumer Nokia-Werks

10 **Rainer Balcerowiak** · GDL-Streik veränderte Tarifpolitik

12 **Gudrun Giese** · IM Lidl & Co.

15 **Reinhard Bispinck** · Interview zu den Tarifabschlüssen

Feminismus & Ökonomie

16 **Dorothea Härlin** · Wasserprivatisierung – Sprudelnde Gewinne

18 **Susan Zimmermann** · „Perlen“ aus Osteuropa

Gisela Notz · Herdprämie

Umwelt-Energie-Verkehr

22 **Wolfgang Pomrehn** · Klimawandel und Bündnispolitik

24 **Alexis Passadakis** · Interview zur attac-Klimaschutz-Kampagne

25 **Eduardo Galeano** · Konzernrecht versus Rechte der Natur

Globalisierung & Kritik

28 **Sara Andersson** · Europäisches Sozialforum in Malmö

29 **Wolfgang Pomrehn** · G-8-Gipfel in Japan

30 **Wolfgang Pomrehn** · Wahnwitz Agrosprit

33 **Michael Schiffmann** · Knäste in den USA

BRD-Ökonomie

34 **Winfried Wolf** · Kritik des Frühjahrsgutachtens

LP21-Spezial >> Keynesianismus

37 **Manfred Szameitat** · Vom Nutzen keynesianischer Wirtschaftspolitik

43 **Sebastian Gerhardt** · Die Sachverwalter des Kapitals haben von Keynes gelernt

Zentrum & Peripherie

48 **Doug Henwood** · Die neue Krise in den USA

52 **Lucas Zeise** · Privatbanken denunzieren Sparkassen

54 **Hannes Hofbauer** · Kosovo – welche Wirtschaft?

Ökonomie des Krieges

56 **Joachim Guilliard** · Fünf Jahre Irak-Krieg: Öl als Beute

Kultur & Gesellschaft

62 **Andrea Marczynski & Michael Tonfeld**

Aktualität und Geschichte des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt

63 **Thomas Mokkahoff** · Interview: Das Kollektiv muss das System ändern

64 **Thomas Mokkahoff** · Kommen Sie rein, Knapp

65 **Esther Schmidt** · Enge

Interna

66 **Redaktion Lunapark21** · Die Ökonomie von Lunapark21

Geschichte & Ökonomie

68 **Thomas Kuczynski** · Schulden und Unvermögen 1929-32 und heute

70 **Winfried Wolf** · Nicht alles war 1929 anders

Seziertisch

72 **Georg Fülberth** · Leihbeamte: Firmeneinflußnahme auf Parlamente & Regierung



Sommernachtstraum

Oder: Die derben Späße des Kapitals



2

Eckart Spoo

Im Lunapark, spätabends. Am Horizont ein Streifen Nordlicht. Die Luft schwül-warm. Durch immer mehr Kohlendioxidemissionen kann sie noch viel heißer werden. Wir hören Stimmen, mal näher, mal ferner. Aber es ist kaum jemand zu erkennen. Der Mond huscht durch die Wolken: Luna, wie Alchimisten das Silber nannten. Die Phantasie beginnt zu schweifen. Sehnsüchte. Wenn der Dealer Puck seine Glückstropfen geträufelt hat, verliert jeder seine Hemmungen. Auch die Elfenkönigin und der Esel paaren sich. Ist das komisch?

So könnte es zugehen, wenn eine große Hochzeit bevorsteht – sagen wir: Rockefeller und Gazprom. Bei Shakespeare sind es der Herzog von Athen und die Königin der Amazonen. Für 14 Tage, eine halbe Mondphase, sind Lustbarkeiten angesetzt. Mehr und mehr Gäste kommen, drängen zur Geisterbahn, Berg-und-Tal-Bahn, Riesentrutsche. Was könnte aufregender sein als die kapitalistische Ökonomie? Machen Sie sich auf die schrillsten Perversionen gefasst! Aber was heißt hier pervers – was wäre dann normal? Alles ins Gegenteil verkehrt das Kapital.

Kaufen Sie Liebe! Treten Sie näher! Schnuppern Sie den Schweiß- und Sperma-Geruch aus den dark rooms! Lichtblitze. Musikfetzen. Schlagende Türen. Unterdrückte Schreie. Geflüster. Glücksspiel um hohe

Summen. Zahlen Sie! Einer wird gewinnen.

John Paulson, erfahren wir, bekommt ein Jahresgehalt von 3,7 Milliarden Dollar, weil er auf die Krise setzte (Frankfurter Rundschau, 17. 4. 2008): Der 52jährige managt mehrere Hedge-Fonds. Schon 2005 war er sich sicher, dass es mit der US-Wirtschaft über kurz oder lang abwärts gehen müsse, und er entdeckte die Blase, auf deren Platzen er warten wollte: die Hypothekenblase. Weiter im Bericht der FR: „Paulson kaufte unterbewertete Credit Swaps – das sind Ausfallversicherungen für Hypotheken. Ihm war klar, dass die Versicherungen teurer werden würden, sobald die Immobilienpreise anfangen würden zu fallen. So kam es dann auch. Die in Not geratenen Banken rissen Paulson die Versicherungen aus den Händen. Zum anderen wettete er darauf, dass komplexe Hypotheken-Produkte – bekannt als Collateralized Debt Obligations (CDO) – an Wert verlieren würden. Dazu lieh er sich CDOs und verkaufte sie. Nachdem der Kurs gefallen war, kaufte er sie und gab sie zurück. So wanderte der Wertverlust in seine Tasche. Innerhalb eines Jahres vermehrte sich das von ihm verwaltete Vermögen von sechs auf 28 Milliarden Dollar.“ Na bitte, irgendwie geht es. Wollen Sie ihm nicht nacheifern?

Nie seit 1928 – der Hinweis auf das historische Datum passt dazu – war der Reichtum

in den USA so ungleich verteilt wie heute. Damals folgte der große Crash. In Deutschland muss der Staat jetzt schon sieben Milliarden Euro aufwenden, um die Industriekreditbank zu stützen. Wer erregt sich darüber? Groß ist dagegen die Aufregung über die zwei Milliarden Euro, die es kostet, die Renten um 1,1 Prozent zu erhöhen. Die sieben Milliarden für die IKB würden ausreichen, die Renten so zu erhöhen, dass der Inflationsverlust ausgeglichen würde, also die Kaufkraft erhalten bliebe. Oder auch die Milliarden für die neuen Fregatten, von denen aus Soldaten der Bundeswehr ferne Länder mit Raketen beschießen können. Nichts gibt es, was das Kapital heißer begehrt als den Krieg, den Vater höchster Profite.

Im „Sommernachtstraum“ dürfen die Handwerker, die tagsüber gewebt, geschneidert oder geschreinert haben, zur Nacht mit einem brav eingeübten Spiel auftreten, um die Herrschenden zu unterhalten; das adlige Publikum amüsiert sich und spöttelt. Welche derben Späße treibt das Kapital heute mit den Lohnabhängigen! Allein Siemens gibt 50 Millionen Euro aus, um eine „unabhängige Gewerkschaft“ zu finanzieren. Welch ein Mummenschanz! Und die wahren Gewerkschafter, die sich nicht korrumpieren lassen, werden als „Betonköpfe“ lächerlich gemacht. Vielleicht genügt es aber schon, einem Betriebsratsvorsitzenden



IM SOMMER 2002 trafen sich in Marburg an der Lahn auf Einladung von Georg Fülberth rund zwei Dutzend Menschen, um über das Projekt eines deutschsprachigen „Left Business Observer (LBO)“ zu debattieren. Vorbild war der LBO, den Doug Henwood in New York seit geraumer Zeit herausgibt. Eine aus dem Treffen hervorgegangene Gruppe erarbeitete bald darauf ein Konzept für eine „Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie“, zunächst mit dem Haupttitel „peanuts“ – der dann wegen Copyright-Problemen aufgegeben werden musste –, schließlich mit der Bezeichnung „Lunapark21“. Einen direkten Kontakt mit New York gab es bis vor vier Wochen allerdings nicht. Außergewöhnliche Umstände, die das Erscheinen von LP21 hinauszögerten (siehe S. 66/67) und der übliche Gründerstress, der mit einem Projekt dieser Art verbunden ist, trugen dazu bei. Doch wir leben in einer elektronisch vernetzten Welt. Nur wenige Tage nach Erscheinen der ersten Ausgabe von Lunapark21 meldete sich Doug Henwood per E-Mail bei der LP21-Redaktion. Er gratuliere zum Erscheinen von LP21 und freue sich über unseren positiven Bezug auf LBO. Im übrigen sei er gerne bereit, LP21 zu unterstützen.

MANCHMAL IST DIE WELT EIN LUNAPARK; das Angebot wurde umgehend in die Tat umgesetzt. Siehe die Seiten 48-51.

Auf das „Marx-Tisch-Zitat“, mit dem für LP21 in der ersten Ausgabe und auf den Faltblättern geworben wird, gab es auch durchaus kritische Reaktionen. Das sei (auch mit dem nachgeschobenen Literaturhinweis „MEW 23, S. 85“) nun wirklich das Gegenteil dessen, wofür Lunapark21 behauptet zu stehen: „basics der Ökonomie verständlich zu erklären“. Nun ist das Wecken von Neugier elementarer Bestandteil nicht nur guter Werbung. Im übrigen werden die basics mit dieser Ausgabe nachgeliefert – siehe Seite 6.

Der LP21-Tisch hebt nun auf der Umschlagrückseite allerdings gänzlich ab.

Winfried Wolf

gelegentlich Besuche bei einer teuren Hure zu bezahlen; das verschafft ihm die Illusion, zu den vornehmen Herren zu gehören, und macht ihn unterwürfig. Der Silberschimmer verdreht viele Köpfe. Kollegen, die einem tagsüber gescheit und umsichtig vorkamen, werden zu jedem Unsinn fähig. Dann sind sie in Tarifverhandlungen bereit, die Arbeitszeit nicht zu verkürzen, wie es die wachsende Massenarbeitslosigkeit gebietet, sondern sie zu verlängern. Und sie behaupten, erfolgreich verhandelt zu haben, wenn die Lohnerhöhung, die ohnehin geringer ausfällt als gefordert, nicht für zwölf, sondern für 25 Monate gilt, also weniger als die Hälfte wert ist, wahrscheinlich wegen der schneller steigenden Preise noch viel weniger.

Bestaunen Sie die Attraktionen! Raffinierte Täuschungen! Zum Beispiel die „freie Presse“, die, weitgehend monopolisiert, den „freien Markt“ rühmt. Den „freien Wettbewerb“, für den allein Siemens 1,3 Milliarden Euro Schmiergeld ausgibt. Oder die „unabhängige Wissenschaft“: In unserem nächtlichen Spektakel treten hochdotierte Professoren auf, die als „Wirtschaftsweise“ verehrt werden wollen und von uns verlangen, ihnen zu glauben, dass es für uns alle gut sei, wenn Steuern nicht bei den Reichen, sondern möglichst nur bei den Armen erhoben und wenn die Gewinne möglichst allesamt privatisiert, die Verluste aber sozialisiert

werden. Und überall im Lunapark erscheinen uns Berufspolitiker, die darauf pochen, daß wir sie doch gewählt hätten. Sie lehren uns das Gruseln. Mit bebenden Stimmen warnen sie uns vor dem Schreckgespenst Kommunismus: Nichts sollen wir so sehr fürchten wie die Vorstellung, dass der Reichtum der Erde allen Menschen gehören soll und dass wir pfleglich mit ihm umgehen müssen, statt dass einzelne ihn sich rücksichtslos aneignen und dabei unser aller Lebensgrundlagen zerstören.

Der Herzog von Athen sagt in Erich Frieds Übersetzung über das Spiel der Handwerker: „Auch die besten Spiele dieser Art sind nur Schatten, und die schlechtesten sind nicht schlechter, wenn die Kraft der Einbildung nachhilft.“ Ohne Phantasie lässt sich der Kapitalismus nicht ergründen und nicht überwinden. Von **Lunapark21** wünsche ich uns, dass die Lektüre viel Phantasie anregt.

Eckart Spoo, Redakteur der Zweiwochenschrift *Ossietzky*

P.S. Im brandenburgischen Städtchen Buckow beginnt gleich hinter dem Haus, wo Bert Brecht gewohnt und geschrieben hat, der Lunapark. Unter dem Namen kennen die Einheimischen die Baum- und Wiesenlandschaft am Fließ zwischen Schermützel- und Buckowsee bis heute.

Lunapark21 bittet regelmäßig Autorinnen und Autoren auf diesen zwei Seiten um ihre sehr persönliche Sicht auf den Begriff Lunapark.



4 Eine Demo in Paris und der Alstom-Chor in Mannheim

Winfried Wolf

**„DAS GALLISCHE DORF IST AUFGEWACHT
DER HAHN HAT GEKRÄHT UM MITTERNACHT
ALLEZ, ALLEZ – MIT WITZ UND VERSTAND
NEHMEN WIR DIE SACHE JETZT IN DIE HAND.
OLÉ, OLÉ – ALLEZ, ALLEZ
UNSRÉ CHANCE – RESISTANCE!“**

Das Lied. Der Text. Die Aufforderung – „al-lez“; los jetzt! So ähnlich muss es gewesen sein. Frühjahr 2003. Rückfahrt von der großen europäischen Demonstration vor der Konzern-Zentrale. 750 Alstom-Kolleginnen und Kollegen in 15 Bussen auf 36-Stunden-Tour Mannheim-Paris-Mannheim. Internationale Solidarität ist eine ansteckende Sache. Demos à la française beflügeln. Da gab es nicht nur Parolen und – Höhepunkt deutscher Protestkultur – Trillerpfeifen. Es war eine Mischung aus Witz&Wut, Animation&Agitation, Trommeln&Tröten, Lieder&Leidenschaft. Und immer wieder: Solidarität – der gemeinsame Kampf. Ebenso, wie es nun im Lied des Mannheimer Alstom-Chors heißt:

**TOUS ENSEMBLE DANS LA LUTTE – ALLE
GEMEINSAM, KOMM MACH MIT!** Wolfgang Alles, Betriebsrat, seit 1987 im Werk beschäftigt: „Auf der Rückfahrt von Paris wurde die Idee geboren: Wir brauchen ein Lied für unsere Sache. Musik war immer

auch Bestandteil von Widerstandsbewegungen.“ Als erstes wird Bernd Köhler, der Mannheimer Liedermacher, für das Projekt gewonnen; einige sagen: „reaktiviert“ (Bernd K.: „Arbeiterklasse, das hatte ich eigentlich kulturell abgehakt. Doch durch die Kolleginnen und Kollegen von Alstom gab es ein richtiges `back to the roots“). Wolfgang A.: „Schreib ruhig: Wir haben Bernd aus seiner politischen Lethargie gerissen.“). Helmut Hoffmann, Betriebsratsvorsitzender beim Mannheimer Armaturenhersteller Bopp und Reuther, stößt mit seinem Akkordeon dazu („Die wollten französische Atmosphäre; die haben wir jetzt mit meiner Quetschkommod“). Bald sind ein Dutzend Leute versammelt. Im September 2003 hat der Chor seinen ersten Auftritt – auf einer Kundgebung am Mannheimer Wasserturm. Bald danach wird die CD aufgenommen.

Einige Chor-Mitglieder arbeiten bereits 30 und mehr Jahre im Werk. Der dreifache Wechsel der Eigentümer ist ein dreimaliges Wechselbad von Hoffnung und Angst. Aber auch: Drei Mal die gleiche Erfahrungen mit Bossen, Profit & Ausbeutung.

**„OB BROWN BOVERY COMPANY
OB ABB ODER ALSTOM, DIE
NAMEN VERÄNDERTEN SICH, ABER NIE
DAS BITTERE ENDE DER HISTORY:**

**ENE, MENE, MUH MACHT DIE KUH
DIE HERREN BLEIBEN DRIN UND RAUS BIST DU
DAS IST NICHT FAIR UND ZIEMLICH DUMM
WIR DREHN DEN SPIESS JETZT EINFACH UM!“**

Der Alstom-Chor ist ziemlich einmalig in der deutschen Widerstandskultur. 2005 treten die Mannheimer Söhne und Töchter auf der zentralen Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Sprockhövel auf. Bernd Köhler: „Da gab es Standing Ovationen, auch dafür, dass es sowas noch gibt!“

„Sowas“ Einmaliges kann wohl nur dort entstehen, wo es einen einmaligen Widerstand gibt. Bereits 1999, als das schweizerische Unternehmen BBC in den schwedisch-schweizerischen Multi ABB übergeht, gibt es eine dreitägige Betriebsversammlung, in der gegen einen drohenden massiven Arbeitsplatzverlust in Mannheim protestiert wird. 2005, als der neue französische Eigner Alstom (Turbinenbau, Schienentechnologie und Schiffsbau) in einer tiefen Krise steckt und den Standort Mannheim plattmachen will, kommt es zu einer siebentägigen Betriebsversammlung. Aus allen Abteilungen gibt es Beiträge. Ingenieure berichteten, welche Innovationen machbar wären und wie viele Jobs das brächte. Viele Beschäftigte sprechen das erste Mal vor einer Menge von bis zu 2000 Kolleginnen und Kollegen. Einige spielen Tonbandaufnahmen mit



ihren Kindern ab: „Kann Papa uns dann noch Essen kaufen?“

Und jeden Tag folgt der Betriebsversammlung eine Demo durch die Stadt. Betriebsrätin Helga Amail-Schoder: „Am dritten Tag meinte der Betriebsrat, dass wir jetzt mal im Werk bleiben könnten. Da hagelte es Proteste von den Beschäftigten. Und so zogen wir auch an diesem Tag wieder in die City.“

UNSR CHANCE: RESISTANCE! Der Widerstand ist erfolgreich. Niemand wird entlassen. Die Alstom-Konzernleitung schließt mit dem Betriebsrat einen Vertrag. Bis 2010 gibt es keine betriebsbedingten Kündigungen. Sogar über Neueinstellungen wird verhandelt. Derzeit sind die Auftragsbücher wieder voll. Die Konzernleitung in Paris sieht das Mannheimer Werk plötzlich als Vorbild. Giovanni Sarro, Meister und Betriebsrat: „Wieder so ein Wechselbad. Aus der Vergangenheit wissen wir: Es kommen wieder schlechtere Zeiten. Dafür sind wir jetzt besser gerüstet.“

Der Alstom-Chor spielt eine wichtige Rolle im betrieblichen Widerstand. Er entwickelt sich zum Exportschlager: Bei vielen Kampfaktionen – Anti-Bolkestein-Demo in Straßburg 2004, Aktionskonferenz gegen den Sozialkahltschlag im selben Jahr, AEG-Streik

in Nürnberg 2006 und Besetzung der Fahrradfabrik in Nordhausen („StrikeBike“) 2007 – ist der Chor vor Ort dabei.

NUR WENN WIR ZUSAMMENSTEHN, KÖNNEN WIR AM RAD DER GESCHICHTE WAS DREHN. Alles harte Arbeit? Ja und Nein. Es handelt sich auch um eine Form der Selbstermutigung. Melanie Chubb: „Auch wenn ich mal geknickt bin – nach jeder Chorprobe trag ich den Kopf wieder ein Stück höher.“ Das Ganze, so Bernd Köhler, sei „eine Melange aus Widerstand und Heiterkeit“.

Manchmal liegt beides nah beieinander. 2004 singt der Chor erstmals auf einer Alstom-Betriebsversammlung. Die 2000 Kolleginnen und Kollegen gehen mit und stimmen ein:

WIR DREHEN DEN SPIESS JETZT EINFACH MAL UM. In der vordersten Reihe in der Halle sitzen die Top-Manager mit Anzug, Krawatte und – „völlig entgleisten Gesichtern“. Betriebsrätin Yamina Rausch: „Die wussten nicht, ob sie weggucken, rausrennen oder beides tun sollten.“

Mitglieder im Alstom-Chor: Wolfgang Alles, Jürgen Vierling, Horst Richter, Helga Amail-Schoder, Jürgen Zimmermann, Heike Birkhan, Giovanni Sarro, Monica Roos, Melanie Chubb, Yamina Rausch, Andrea Lang, Petra Hasslöcher, Bernd Köhler (Liedtexter, Komponist, Gitarre) und Helmut Hoffmann (Akkordeon).

CD: Bernd Köhler und KollegInnen von Alstom Mannheim – unsere chance: resistance; Kreativ-Ton, Mannheim, www.kreativTon.de Die CD kann bezogen werden über die Resistance Mail-Adresse: alstom.resistance@web.de



personen

MARLENE HENTSCHEL

Andere Blätter dürften als Auftakt für eine Rubrik wie diese als erstes den Chefredakteur präsentieren. Allerdings: Was wäre eine Zeitschrift ohne Marketing? Genauer: Was wäre Lunapark21 ohne die LP21-Marketing-Frau Marlene Hentschel?

Nun sagt Marlene von sich: „Als ich mich Ende 2007 für den Job bewarb, hatte ich von Marketing wenig Ahnung. LP21 als Projekt fand ich jedoch super spannend.“

Marlene ist Diplom-Geographin, 29 Jahre alt und absolviert derzeit eine Ausbildung zur Kamerafrau. Sie ist Mitbegründerin der „Globale“ und seit 2003 Ko-Organisatorin dieses (alternativen Berliner) Filmfestivals. Inzwischen hantiert Marlene mit LP21-Anzeigenformaten und -preisen; sie stellt fest,

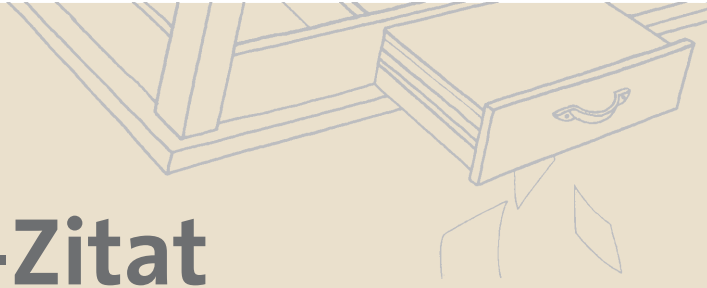


dass auch Solar-Unternehmen LP21 als allzu antikapitalistisch klassifizieren („Wir sind doch selbst Teil des Kapitalismus, den Sie bekämpfen!“). Sie packt Pakete für LP21-Interessenten. Sie agiert als Kurierin, um 14.000 LP21-Flyer zur Züricher WoZ zu bringen. Sie erstellt einen Veranstaltungskalender mit Terminen, bei denen LP21 „eigentlich“ Flagge zeigen müsste. Kurzum: Marlene agiert wie das gesamte LP21-Team mit dem Ziel, diese Zeitschrift in den Lunapark des Erfolgs zu führen.

Frau lernt dabei täglich Neues. Was, bitte, ist ein „Ballenaufleger“? Gestalter Bernd Köhler: „... klingt irgendwie nach DDR“. Tatsächlich handelt es sich um A-3-Zettel auf den LP21-Paketen, die an die unterschiedlichen Kioske gehen.

ACH SO: LP21 gibt es bei „Ihrem“ Kiosk (noch) gar nicht? Wir gestehen, dass LP21 ab dieser Nummer zwei erst bei einer kleinen Auswahl von BRD-Kiosken ausliegen wird. Marlene findet, dass das für zweierlei spricht: Erstens sollten Sie bei Ihrem Kioskhändler Interesse für LP21 wecken. Zweitens sollten Sie ganz streßfrei LP21 abonnieren!

Warenfetisch Oder: Das Tisch-Zitat



Georg Fülberth

6

„Man erinnert sich, dass China und die Tische zu tanzen anfangen, als alle übrige Welt still zu stehen schien – pour encourager les autres.“¹ (Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 85)

Gemeint ist: Nach der Niederlage der Revolution von 1848 verfiel die Linke in Agonie. Einige trösteten sich mit Spiritismus, z.B. Tischrücken. In China aber fand 1850 – 1864 die Taiping-Revolution statt.

Marx kommentiert mit seiner Fußnote folgende eigene Überlegung: „Die Form des Holzes z.B. wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andren Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne.“

Auch hier handelt es sich um eine Form des Spiritismus. Marx bezeichnet ihn als *Fetischcharakter der Ware*. Um das zu verstehen, sollten wir den allerersten Satz des *Kapital* heranziehen:

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine 'ungeheure Warensammlung', die einzelne Ware als seine Elementarform.“

Waren sind Güter, die gegen andere Güter getauscht werden. Erfolgt dieser Tausch gegen Geld, nennt man ihn Kauf, wobei das Geld ein Gut unter anderen ist. Getauscht oder gekauft wird eine Ware dann, wenn

der Eintauschende oder Käufer etwas mit ihr anfangen kann. In der Sprache von Marx: Sie hat einen *Gebrauchswert*. Der Ort des Tauschs ist der Markt. Bevor die Waren auf den Markt kommen, müssen sie hergestellt werden. Der Unterschied zwischen Sein und Schein ist identisch mit der Differenz von Produktion und Gebrauch einerseits, Markt andererseits.

Waren werden hergestellt, weil sie gebraucht werden. Ihr Gebrauchswert zeigt sich darin, dass andere Waren für sie angeboten werden. Hat derjenige, der ein Gut benötigt, seinerseits nichts anzubieten, kann dieses Gut nicht zur Ware werden: es bleibt liegen oder wird gar nicht erst hergestellt. Wer es erwerben will, muss also seinerseits eine Ware erzeugen. Dies geschieht nur zu dem Zweck, dass er das begehrte Gut dafür eintauschen kann. Der Markt wird erweisen, ob das vom Hersteller, der Käufer werden will, angebotene Erzeugnis ebenfalls begehrt ist. Wenn Anbieter und Nachfrager rational handeln, werden sie zunächst Vermutungen über das Verhalten des Marktes anstellen, bevor sie produzieren.

Das quantitative Verhältnis, in dem Waren getauscht werden, regelt sich nach ihrem *Tauschwert*. Für Marx – der ihn in der Regel kurz als *Wert* bezeichnet – bemisst er sich nach der Arbeitszeit, die auf ihre Herstellung verwandt wurde. Dabei wird zwischen einfacher und komplizierter Arbeit unterschieden. Für letztere können mehr Waren eingetauscht werden als für erstere. Ob komplizierte oder einfache Arbeit vorliegt, müsste der Markt entscheiden. Er tut's aber

nicht immer. Das wirkliche Tauschverhältnis (der *Preis*) wird häufig nicht nach dem Input von Arbeitszeit bemessen, sondern nach der Knappheit eines Gutes, er kann also vom *Arbeitswert* abweichen. Außerdem ist nicht der tatsächliche Zeitaufwand an einfacher oder komplizierter Arbeit entscheidend, sondern der gesamtgesellschaftlich durchschnittliche, der sich ebenfalls erst auf dem Markt herausstellt. Wer mit viel Aufwand ein Gut erzeugt, kann sich der Tatsache gegenüber sehen, dass es keine Ware ist, denn es wird vom Markt nicht angenommen.

Der Waren-Markt ist das Primäre, die reale Produktion und Konsumtion sind von ihm abgeleitet. Andererseits ist der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften nur an dieser Oberfläche eine *ungeheure Warensammlung*. Marx schreibt: Sie *erscheint* so. Dieser Schein ist zugleich eine Realität, denn die Menschen sind gezwungen, sich nach seinen Regeln zu verhalten. Die *kapitalistische Produktionsweise* kommt in der Gesellschaft nämlich nicht irgendwie vor, sondern sie *herrscht* – als tägliche Praxis und als herrschende Betriebs- und Volkswirtschaftslehre.

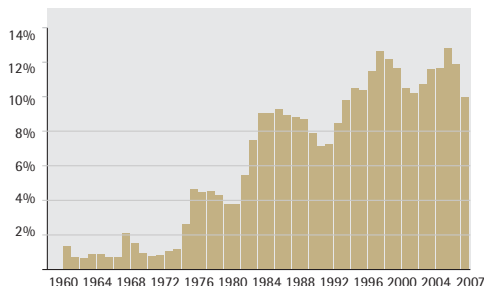
¹ um die anderen zu ermutigen

Georg Fülberth war bis 2004 Politik-Professor an der Uni Marburg. Seine gesammelten (140) Seziertischtexte, die in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen Zeitschriften erschienen, sind komplett über die LP21-website abrufbar (www.lunapark21.net). Von Georg Fülberth erschien jüngst: *Doch wenn sich die Dinge ändern – Die Linke*, Köln 2008 (PapyRossa)

Vollbeschäftigung?

Oder: Gut fünf Millionen Menschen sind ohne Arbeit

Die Arbeitslosenquote in Deutschland 1960 bis 2007
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).
Bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Gesamtdeutschlands



Auf der 1. Mai-Kundgebung in Mainz bezogen sich der SPD-Parteichef Kurt Beck und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer positiv auf die aktuelle Arbeitslosenstatistik. Sie weist für April 3,4 Millionen Arbeitslose aus – 563.000 weniger als im April 2007. Diese Entwicklung wird u.a. von dem Chef der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, als Zeichen dafür angeführt, dass wir „auf dem Weg zur Vollbeschäftigung“ sind. Laut Bundespräsident, Kanzlerin, „Bild“ und anderen Kompetenzzentren der Republik signalisieren zwei Millionen Erwerbslose „Vollbeschäftigung“.

Halten wir fest: Die Arbeitslosenstatistik wurde in den letzten zwölf Jahren so manipuliert, dass bei einer Erhebung nach den Standards von Mitte der 1990er Jahre heute rund 1,5 Millionen Menschen zusätzlich als Teil der offiziellen Arbeitslosenzahl aufgeführt werden müssten. Anfang 2008 ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP, dass im Jahr 2007 von den durchschnittlich 6,348 Millionen Menschen, die Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II bezogen, 3,135 Millionen – oder 49 Prozent – nicht (mehr) in

der Arbeitslosenstatistik auftauchten. Von diesen nicht berücksichtigten Arbeitslosengeld-Empfängern müssen mindestens 1,5 Millionen Menschen als „100-prozentige Arbeitslose“ bezeichnet werden (siehe unten). Wenn wir „nur“ diese 1,5 Millionen Personen, die aus der Statistik „hinauskomplimentiert“ wurden, berücksichtigen, dann lag im April 2008 die Arbeitslosenzahl bei 5,9 Millionen.

Sodann wurden in den letzten Jahren mehr als drei Millionen ehemals Erwerbslose oder ehemals Vollzeitbeschäftigte gezwungen, unterschiedliche Formen von prekären Jobs zu akzeptieren oder sich mit prekären Einkommen selbständig zu machen. Aus Arbeitslosen wurden prekär Beschäftigte und abhängige Selbständige. Deren Einkommen reicht für den Lebensunterhalt in der Regel kaum aus; es sind im Neusprech „working poor“. So erklärt sich, dass es 2007 mit 39,7 Millionen zwar gut zwei Millionen mehr Erwerbstätige als 1996 gab (1,5 Millionen zusätzliche Lohnabhängige und 700.000 zusätzliche Selbständige). Doch diese größere Zahl von Erwerbstätigen erbrachte 2007 exakt die gleiche Arbeitsleistung wie das deutlich kleinere Erwerbstätigenheer elf Jahre zuvor: beide Male waren es 56,9 Milliarden Arbeitsstunden. Das heißt: Es gibt inzwischen immer mehr Menschen mit Neben- und Teilzeitjobs. Im genannten Zeitraum nahm die Zahl der Lohnabhängigen mit Vollzeitjobs um drei Millionen ab (von 26,4 auf 23,4 Millionen).

Schließlich ist die Definition von „Vollbeschäftigung“ willkürlich und zynisch. In den Jahren 1969 bis 1971, als es in West-

deutschland eine Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent gab, sprachen bürgerliche Ökonomen von „Vollbeschäftigung“. Als es in der Rezession 1975/76 eine Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent – und 1,5 Millionen Menschen ohne Job – gab, tönte es aus derselben Zunft, man werde bald wieder „Vollbeschäftigung“ haben. Gemeint war eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent. Als 1982 Helmut Kohl als Kanzler antrat, lag die Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent (es gab damals eine Krise!). Kohl versprach, man werde diese Quote „bald halbieren“. Dies sei dann „Vollbeschäftigung“. Die Quote stieg erneut.

Derzeit erleben wir in der Beschäftigtenstatistik die *letzten Ausläufer eines Wirtschaftsaufschwungs* mit offiziell sinkenden und real nicht weiter steigenden Arbeitslosenzahlen. Nochmals: Auf Basis der Statistik-Standards von Mitte der 1990er Jahre gibt es heute deutlich mehr als fünf Millionen Arbeitslose. Das sind mehr als am Vorabend der historischen Weltwirtschaftskrise 1929. Dieser gewaltige Arbeitslosensockel wurde seit 1960 systematisch – von Zyklus zu Zyklus – aufgebaut (siehe Grafik). Nach der Analyse von **Lunapark21** stehen wir vor einer neuen Rezession, möglicherweise vor einer Weltwirtschaftskrise. In dieser wird auf den bedrohlich hohen Arbeitslosen-Sockel erneut „draufgesattelt“ werden.

Die Behauptung, es gebe demnächst „Vollbeschäftigung“, ist Demagogie pur.

Wichtige Gruppen nicht erfasster Arbeitsloser (Durchschnitt 2007):

In der Gruppe der ALG-I-Beziehenden: 225.000 Menschen älter als 58 („58er Regelung“); 25.000 Menschen in Trainingsmaßnahmen; 26.000 „arbeitsunfähig Erkrankte“; 16.000 „vermindert Leistungsfähige“; **Zwischensumme I: 292.000**

In der Gruppe der ALG-II-Beziehenden: 418.000 Personen mit 1-Euro-Jobs bzw. Menschen in „Qualifizierungsmaßnahmen“; 484.000 Menschen unter 20 Jahre; 312.000 Menschen über 58 Jahre; **Zwischensumme II: 1.214.000**

Summen I und II: 1.506.000

Hinzu kommen u.a. 524.000 „erwerbstätige Hilfsbedürftige“ („Aufstocker“), Menschen mit einem extrem niedrigen Bruttoeinkommen.

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP, Bundestagsdrucksache 16/8458.



Montage: J. Römer - www.unterblickende

Einige Lehren aus der Schließung des Bochumer Nokia-Werks

IG Metall im Dilemma

Daniel Behruzi

Am 30. Juni gehen bei Nokia in Bochum endgültig die Lichter aus. 2.300 Beschäftigte, rund 1.000 Leiharbeiter und noch einmal ebenso viele Bedienstete von Zulieferfirmen stehen auf der Straße. Auch die Post-Tochter DHL kündigte kürzlich an, infolge der Nokia-Werkschließung ihre örtliche Niederlassung mit 230 Mitarbeitern aufzugeben. Der finnische Handyhersteller ist dabei nur eines von vielen Unternehmen, das die Produktion trotz satter Gewinne in die Billiglohnländer Osteuropas verlagert. Für die Gewerkschaften bedeutet das eine Herausforderung, auf die sie bislang weder ideologisch noch praktisch vorbereitet sind.

„Das Werk in Bochum soll nicht geschlossen werden, weil es defizitär ist, sondern weil es der Gewinnsucht des Nokia-Managements nicht genügt. Das ist eine bodenlose Sauerei. Die IG Metall wird sich diesen Plänen entgegenstellen und die Arbeitsplätze nicht kampflös aufgeben.“ So tönte der nordrhein-westfälische Bezirksleiter der IG Metall, Oliver Burkhard, zu Beginn der Auseinandersetzung bei Nokia.

Doch von ernsthaftem Widerstand gegen die Schließungspläne konnte letztlich keine Rede sein. Von ein paar symbolischen öffentlichen Protesten abgesehen beschränkten sich die Belegschaftsvertreter darauf, an die Politik zu appellieren und mit dem Management hinter den Kulissen über eine „sozialverträgliche“ Abfederung der Jobverluste zu verhandeln.

ABKEHR VON KONFRONTATIVER POLITIK?

Für die IG Metall kann das durchaus als Abkehr von der in den vergangenen drei Jahren im Falle von Betriebsschließungen verfolgten konfrontativeren Politik interpretiert werden. Anders als bei AEG in Nürnberg 2006, bei dem Baumaschinenhersteller CNH oder der Waschmaschinenfabrik BSH in Berlin im gleichen Jahr setzte die Gewerkschaft in Bochum nicht darauf, Streiks für einen „Sozialtarifvertrag“ zu führen. Man wolle die Verlässlichkeit und Arbeitswilligkeit der Belegschaft beweisen, hieß es von Betriebsräten und IG-Metall-Funktionären stets auf entsprechende Vorschläge. Damit gaben diese den Kampf auf, bevor er überhaupt begonnen hatte.

Dass sich die Beschäftigten dies gefallen ließen, hat viel mit der Geschichte des Werks zu tun. Dieses galt schon lange als Gegenstück zur kämpferischen Opel-Belegschaft, die zuletzt im Oktober 2004 mit einem sechstägigen, von unten organisierten Ausstand eine Schließungsdrohung abwehren konnte. Doch anders als bei Opel wurde die Entwicklung kritischer Beschäftigtengruppen bei Nokia bereits in den 1980ern im Keim erstickt, sodass die sozialdemokratisch orientierten Belegschaftsvertreter ihre Politik der „Sozialpartnerschaft“ bis zum bitteren Ende fortsetzen konnten.

Es dürfte aber auch innergewerkschaftliche Gründe haben, dass die Betriebsschließung nicht zu einem tarifpolitischen Konflikt gemacht wurde. Dass das mit der Forderung nach einem „Sozialtarifvertrag“ rechtlich möglich ist, hatte das Bundesarbeitsgericht am 24. April 2007 bestätigt. Doch offenbar ist die IG-Metall-Spitze nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht mehr so schnell bereit, zu diesem Mittel zu greifen. Denn sowohl bei AEG als auch bei BSH endeten die Auseinandersetzungen in einem Aufruhr der Belegschaft und mit einem partiellen Kontrollverlust des Gewerkschaftsapparats.

GEWERKSCHAFTSSPITZE IM DILEMMA.

Das Dilemma der IG-Metall-Oberen – die das „Privateigentum des Unternehmers“

respektieren – besteht darin, dass sie nicht für den Erhalt des Betriebs, sondern lediglich für die „Sozialverträglichkeit“ der Arbeitsplatzvernichtung streiten. Den Beschäftigten, deren Existenz auf dem Spiel steht, ist es mit der Verteidigung ihrer Jobs hingegen durchaus ernst. Folglich kommt es auch bei vermeintlichen Verhandlungserfolgen, bei denen frühzeitige Renteneintritte, die Einrichtung von „Beschäftigungs-

gesellschaften“ oder Abfindungen vereinbart werden, in der Belegschaft zu großer Enttäuschung. Bei AEG stimmten in der Urabstimmung zwar 81 Prozent dem „Sozialtarifvertrag“ zu, ein Großteil blieb dem Urnengang jedoch fern. Der Krankenstand lag nach Wiederaufnahme der Arbeit fünf mal über dem üblichen Niveau. Noch deutlicheren Ausdruck fand die Unzufriedenheit im Berliner Bosch-Siemens-Hausgerätewerk (BSH), wo fast zwei Drittel der Belegschaft das Ergebnis ablehnte – obwohl es erstmals gelungen war, den Weiterbetrieb und 400 der etwas mehr als 600 Jobs für einige Jahre zu sichern.

Die Schlussfolgerung der Gewerkschaftsspitze aus diesem Dilemma kann entweder sein, eine Mobilisierung der Belegschaft von vornherein zu vermeiden – so geschehen bei Nokia. Ähnlich verhält sich die IG Metall in einem aktuellen Konflikt um Entlassungen beim Autozulieferer Visteon in Berlin, trifft dabei allerdings auf den offenen Widerstand eines Teils der Beschäftigten. Nur unter besonderen Umständen dürften sich Konzerne in solchen Fällen noch genötigt sehen, wie bei Nokia 200 Millionen Euro für „Beschäftigungsgesell-

schaft“ und Abfindungen zu zahlen. Die Alternative zu diesem Vorgehen wäre es, die eigenen Parolen zur Verteidigung der Arbeitsplätze ernst zu nehmen und ohne Rücksicht auf das private Eigentum dafür zu kämpfen, den Betrieb im öffentlichen Interesse – und womöglich unter staatlicher Regie – weiterzuführen.

Vor allem aber gilt es, die bislang in den Gewerkschaften dominierende Standortlogik – der zufolge die eigenen Arbeitsplätze gesichert sind, wenn der Betrieb möglichst „wettbewerbsfähig“ ist – ideologisch und praktisch zu überwinden. Die von Politikern und Medien im Falle von AEG und noch stärker bei Nokia verbreiteten nationalistischen Sprüche gegen die „unsozialen ausländischen Konzerne“ sollen dies verhindern. Als positives Beispiel können die Aktivitäten der Streikenden bei BSH dienen, die mit dem „Marsch der Solidarität“ und einer internationalen Gewerkschafterkonferenz versucht haben, Verbindungen zu anderen Belegschaften aufzubauen.

Weitere Informationen über die genannten Arbeitskämpfe unter: www.lunapark21.net und www.labournet.de

Streikerfolg im Tessin

Schweiz: Arbeitskampf im SBB-Werk Bellinzona verhindert Entlassungen

Erfolgreicher Widerstand gegen Entlassungen ist möglich. Das haben die 430 Beschäftigten der Cargo-Werkstätten der SBB Cargo im schweizerischen Bellinzona bewiesen. Nachdem das Unternehmen, die Güterverkehrstochter der Schweizer Bundesbahnen (SBB), am 7. März dieses Jahres die Vernichtung von 142 Jobs an dem Standort im italienischsprachigen Kanton Tessin bekannt gegeben hatte, trat die komplette Belegschaft in den Streik. In der Region und darüber hinaus riefen die Arbeiter mit ihrem Widerstand eine Welle der Solidarität hervor. Bis zu 10.000 Menschen nahmen an verschiedenen Demonstrationen für den Erhalt der Arbeitsplätze teil.

Nach über einem Monat hatten die Proteste schließlich Erfolg: Die Unternehmensleitung zog die Abbaupläne zurück. Im Rahmen eines „Runden Tisches“ soll nun über die weitere Zukunft des Werks diskutiert werden.

„Wir haben eine Schlacht, aber nicht den Krieg gewonnen“, kommentierte Gianni Frizzo, Präsident des Streikkomitees, den Rückzieher der Konzernspitze. Diese hatte die Abbaupläne nach dem längsten Streik in der Geschichte des öffentlichen Dienstes in der Schweiz am 5. April aufgegeben, der Politik den Erhalt der Arbeitsplätze zugesagt und eine Privatisierung oder Ausgliederung des Werks in Bellinzona ausgeschlossen. Daraufhin nahm die Belegschaft am 9. April die Arbeit wieder auf. Sie fordert jetzt, dass in dem Ort eine neue Staatsfirma gegründet wird, die die Aktivitäten der SBB-Werkstätten weiterführt und ausbaut. Um den Bund, die Kantone Tessin und Graubünden sowie die Gemeinden hierzu zu zwingen, haben die Beschäftigten eine kantonale Volksinitiative gestartet. Die hierfür benötigte Zahl von 7.000 Unterschriften wurde bereits um mehr als 5.000 übertroffen. Der (in öffentlichem Eigentum befindlichen!) SBB wird in der Volksinitiative mit Enteignung (mit der direkten gesellschaftlichen Kontrolle!) gedroht, falls sie sich nicht konstruktiv am Aufbau eines Technologie- und Industrieparks für den öffentlichen Verkehr beteiligt. **D.B.**

Rainer Balcerowiak

Von Spaltern und Siegern

10

Erfolgreicher Lokführer-Streik verändert Tarifpolitik nachhaltig

gleiter und Gastronomiemitarbeiter auf einen „langen und zähen Tarifikampf“ ein schwor, glaubte kaum jemand, dass dies der Auftakt für eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit war, die die Koordinaten der eingespielten Tarifpolitik nachhaltig verschieben sollte.

Jahrzehntelang war die 1867 gegründete GDL eher als eine Art Ständevertretung verbeamteter Lokführer in Erscheinung getreten, ohne Taritmächtigkeit für ihre Klientel. Wendepunkte waren das Zusammengehen von Bundesbahn und Reichsbahn im Jahr 1990 und vier Jahre später das Aufgehen der beiden Gesellschaften in der Deutschen Bahn AG, einer in Bundesbesitz befindlichen Aktiengesellschaft. Außer den Altbeschäftigten waren Lokführer plötzlich keine Staatsdiener mehr, sondern Angestellte. Von nun an spielte die zum Deutschen Beamtenbund gehörende GDL die Rolle eines Juniorpartners in einer Tarifgemeinschaft mit den beiden anderen Bahngewerkschaften Transnet und GDBA.

Doch die Einigkeit bekam zunehmend Risse. Ein von Transnet und GDBA gegen den Willen der GDL Anfang 2003 abgesetzter Ergänzungstarifvertrag für den Regionalverkehr mit diversen Verschlechterungen für das Fahrpersonal brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Die GDL verließ die

Tarifgemeinschaft und erstritt sich vor Gericht die eigenständige Tariffähigkeit.

EGOISTISCHE KLIENTELPOLITIK ODER VORNEHMSTE PFLICHT? Als die GDL diese Tariffähigkeit schließlich im vergangenen Jahr geltend machte, war das Geschrei groß. Konzernspitze und Transnet beschworen das Prinzip der „Tarifeinheit“ und warfen der GDL „egoistische Klientelpolitik“ vor. Der DGB, große Teile der Partei Die Linke und sogar die DKP stießen in das gleiche Horn. Ähnliches war auch von der Bundesregierung sowie Kapitalverbänden wie BDI und BDA zu vernehmen, die – zu Recht, wie sich herausstellen sollte – befürchteten, dass die „bewährte“ Kooperation mit „verantwortungsvollen“ Gewerkschaftsführern dadurch generell in Frage gestellt würde.

In der Tat betreibt die GDL Tarifpolitik für ihre Klientel. Genau das sollte auch die vornehmste Aufgabe jeder Gewerkschaft sein. Da die bei der GDL organisierten Lokführer eine der Achillesfersen der Wirtschaft – die Logistik – mit Arbeitsniederlegungen empfindlich beeinträchtigen können, haben sie genügend Durchsetzungsmacht. Das trifft beileibe nicht auf alle Berufsgruppen zu, weder bei der Deutschen Bahn AG, noch in anderen Branchen. Dennoch war der letztlich erfolgreiche Arbeitskampf der GDL ein Signal für die gesamte Gewerkschaftsbewe-

Als die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) im Mai 2006 ankündigte, mit der Forderung nach einem Spartentarifvertrag für das Fahrpersonal und vergleichsweise exorbitanten Lohnerhöhungen in die kommende Tarifrunde bei der Deutschen Bahn AG zu ziehen, erregte dies relativ wenig Aufmerksamkeit. Und auch nach einer Großkundgebung ein Jahr später in Berlin, bei der GDL-Chef Manfred Schell die rund eintausend anwesenden Lokführer, Zugbe-

gung, das Ende der Bescheidenheit einzuläuten und in die Tarifrunden mit dem festen Willen zu ziehen, Realloohnerhöhungen zu erzielen. In der Tat war das Vorgehen der Lokführer „egoistisch“. Sie selbst haben jetzt mehr im Portemonnaie. Die anderen Bahn-Beschäftigten haben aber ebenfalls profitiert. Sie erhielten deutliche Nachschläge zu den bereits von Transnet und GDBA vereinbarten Lohnerhöhungen. Dass die DGB-Großgewerkschaften über diese Entwicklung nicht unbedingt glücklich sind, ist nachvollziehbar. Erfolgreiche Spartengewerkschaften wie die GDL oder auch der Marburger Bund kosten ver.di, Transnet und Co. nicht nur zahlende Mitglieder, sondern auch ihre in vielen Bereichen bisher unangefochtene Tarifhoheit. Angesichts ihrer allzu defensiven Tarifpolitik in den vergangenen Jahren ist letzteres uneingeschränkt zu begrüßen. So manch ver.di-Funktionär mochte der Lokführergewerkschaft denn auch durchaus eine positive Vorreiterrolle für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst zugestehen.

Spartengewerkschaften organisieren in der Regel Spezialisten in besonders sensiblen Bereichen. Wenn die Großgewerkschaften deren Druckpotenzial in Tarifrunden konsequent nutzen und ihre spezifischen Belange beachten würden, wären GDL und Marbur-

ger Bund weitgehend überflüssig und weitere Ausgründungen nicht zu befürchten. Solange DGB-Organisationen aber eher auf „Sozialpartnerschaft“ bis hin zum Co-Management setzen, sind kämpferische Spartengewerkschaften unverzichtbar, sowohl für die dort Organisierten, als auch für die gesamte Arbeiterbewegung.

STREIKRECHT WURDE DURCH BUNDES-UNTERNEHMEN IN FRAGE GESTELLT.

Die Gegenseite hat den Braten längst gerochen. Dass ein im Bundesbesitz befindlicher Konzern versucht hat, einer Gewerkschaft das Streikrecht wegen möglicher „schwerer Schäden für die gesamte Volkswirtschaft“ abzuspochen, sollte alle Alarmglocken läuten lassen. Ein verfassungstreu sächsisches Gericht hat diesen Versuch zunächst vereitelt, doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wenn das geltende Recht nicht so einfach zu verbiegen ist, muss es eben geändert werden. Und so wird längst über Gesetzesänderungen nachgedacht, um das Streikrecht über den Umweg der Beschränkung von Spartengewerkschaften generell einzuschränken.

Zu guter Letzt noch ein Blick auf den von der GDL erzielten Abschluß. Auf der Haben-seite sind nicht nur die Durchsetzung eines eigenständigen Tarifvertrags und eine zweistufige Lohnerhöhung um durchschnittlich

elf Prozent bei relativ kurzer Laufzeit (bis Ende 2008) zu verbuchen. Die Gewerkschaft setzte ferner die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde bei vollem Lohnausgleich durch – ein in der Tariflandschaft der vergangenen 20 Jahre fast einmaliger Vorgang, denn beinahe alle Gewerkschaften haben in der jüngeren Vergangenheit Lohnerhöhungen mit Arbeitszeitverlängerungen erkaufte.

Dass einige Transnet-Gruppen (ausgerechnet die!) und ein paar versprengte Linksradikale dennoch von „Betrug“ und „Mogelpackung“ schwadronieren, hat wenig Substanz. Sicher: Ein paar Zulagen wurden auf die Erhöhung angerechnet. Dennoch bleibt unter dem Strich eine tabellenwirksame Lohnerhöhung, die sich andere Gewerkschaften nur mit dem Fernrohr anschauen können. Schwerer wiegt sicherlich, dass sich die GDL im Laufe der Auseinandersetzung die Tarifführerschaft für die Zugbegleiter und die Lokrangierführer mindestens für die nächsten fünf Jahre abhandeln ließ. Doch auch diese Gruppen profitierten durch die „Nachschläge“ für die anderen Gewerkschaften vom GDL-Erfolg. Und das kann sich wohl allemal sehen lassen.

Rainer Balcerowiak ist Politikredakteur bei der Tageszeitung *junge Welt*

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Anzeige



Georg Fülberth:
»Doch wenn sich die Dinge ändern« – Die Linke
Brosch. | 169 Seiten | EURO 12,90

Hervorgegangen aus dem Zerfallsprozess von SED und SPD, versucht »Die Linke«, das durch Auflösung des alten Wohlfahrtsstaates sowie des Realen Sozialismus entstandene Vakuum zu füllen. Welchen Platz wird sie in der Opposition gegen Marktradikalismus und Kriegspolitik einnehmen?



Luciano Canfora:
Die Freiheit exportieren
Vom Bankrott einer Ideologie
Brosch. | 101 Seiten | EURO 9,90

Von Sparta bis Afghanistan und Irak – Regierungen verstecken ihre wahren Kriegsmotive oft hinter hehren Deklarationen. Ihr Hegemoniestreben kostümieren sie als Freiheitsexport. In den angegriffenen Ländern provozieren sie so das Gegenteil dessen, was sie angeblich erreichen wollen.

Tel. 0221-44 85 45 | Fax 0221-44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



FREIE ALTERNATIV SCHULEN Lernen geht (auch) anders · Schulbildung ist Menschenbildung · Schulen in Selbstverwaltung · Die Bedeutung der Schulversammlung · Geschichte: Reformpädagogik · Ehemalige: »Vorbereitung auf das, was wirklich wichtig ist« · Freie Schule Verdun: »Die Kinder holen sich das Wissen selbst« · Film über die Freie Schule Prinzhöfste

REPRESSION Köln: Rebel Clowns vor Gericht

STRIKE BIKE Nondhausen: Was bleibt, was kommt?

KOMMUNEN Spanien: Das Kollektiv »Los Apisquillos« – In den Bergen bei Madrid

FREIRAUME Machtpositionen außerhalb und innerhalb – Die beschwerlichen Freiheiten

1968 Das Jahr 1968 fand nicht nur in den Hörsälen statt: Von der Fabrik, in die Stadt

REZENSION Licht am Ende bleiener Jahre? – Befreiung im 21. Jahrhundert

BASEL Erste »BonNetzBon«-Messe

GREENWASHING Umweltschutz oder grüner Schein?

KNAST Das Übel der Privatisierung

DEMOKRATIE Anarchistische Abrechnung! ILV.BL

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorname, Nachname/Postfach/Bankkonto!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69055 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org



iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

305

**Schall und Rauch – Die
Misere der Klimapolitik**

Außerdem: ▶ Eskalation in Kenia
▶ Streit im ANC
▶ Spaltung in Bangladesch
▶ Waffen aus Deutschland
▶ Filme aus China ...

Einzelpreis € 5,30

iz3w-Backlist

304: Kriege in Afrika

303: Die Politik der Indigenität

302: Internat. Dokumentarfilm

301: Kunst, Politik & Subversion

300: Namibias langer Weg
in die Unabhängig ...

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

IM Lidl & Co

Videüberwachung findet bei Lidl seit langem statt



Gudrun Giese

Als der *Stern* Ende März über die massenhafte Bespitzelung von Lidl-Beschäftigten per Videokameras und Detektoren berichtete, erhob sich ein Sturm der Entrüstung im bundesdeutschen Blätterwald. Dabei gehörte Kontrolle der eigenen Beschäftigten – nicht nur beim Discounter Lidl – seit langem zum täglichen Geschäft. Die im Auftrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di herausgegebenen Bände „Schwarz-Buch Lidl“ sowie „Schwarz-Buch Lidl Europa“ dokumentieren vergleichbare Fälle.

„Lidl hat ständig Angst, dass die Verkäufer/innen klauen“, heißt es im Ende 2004 veröffentlichten ersten Schwarz-Buch. Und weiter: „Dann gibt es auch noch die Spätkontrollen: Das Personal verlässt die Filiale, woraufhin Kontrolleure vordringen, die in alle Taschen und Körbe der Beschäftigten gucken. Schlecht für die, die ausgerechnet an solchen Tagen in der Filiale eingekauft haben; da wird dann jeder Artikel mit dem Kassenschein verglichen.“

AUSGEZEICHNET MIT ÜBERWACHUNGSPREIS. Nun gibt es Einzelhandelsbeschäftigte, die Waren mitgehen lassen oder Geld aus der Kasse unterschlagen. Bei Lidl und anderen Discountern steht das Verkaufspersonal jedoch unter Generalverdacht. Und Diebstahlvorwürfe werden zudem instrumentalisiert, um unliebsame oder „zu alte“ Beschäftigte bequem auszusortieren, wie das Schwarz-Buch Lidl ebenfalls doku-

mentiert. So wurden bundesweit etliche ältere Verkäuferinnen per Aufhebungsvertrag um ihren Job gebracht, nachdem man ihnen unterstellt hatte, Pfandgeld unterschlagen zu haben. Zwar erwiesen sich die Vorwürfe in anschließenden Arbeitsgerichtsverfahren als unhaltbar und wurden von Lidl auch zurückgezogen. Doch ihre Arbeitsstelle bekamen die solcherart geschassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zurück.

Auch die Videüberwachung ist bei Lidl nichts Neues. Lidl-Chef Dieter Schwarz erhielt schon 2004 den „Big Brother Award“ u.a. mit der folgenden Begründung: „Als besonders kritikwürdig erschien der Jury (...) die heimliche Videoüberwachung der Beschäftigten in einigen Lidl-Filialen.“ 2006 wurde der Discounter bereits wieder ausgezeichnet – diesmal für die Überwachung von Lidl-Beschäftigten in Frankreich. Lidl habe die Angewohnheit, seine Beschäftigten zu überwachen, „insbesondere die gewerkschaftlich organisierten“, so hieß es in der Begründung der Jury zur Preisverleihung. Und so ist es nachzulesen im „Schwarz-Buch Lidl Europa“.

AUCH KLOGÄNGE WERDEN REGISTRIERT.

Beim *Stern*-Bericht über die Bespitzelung vieler Lidl-Belegschaften überraschte vor allem die Dimension der Überwachung, bei der auch schriftliche Protokolle über Pausendauer, Toilettengänge und ähnliches



mehr angefertigt worden waren. Während die Lidl-Bosse in Neckarsulm noch beteuerten, die beauftragten Detekteien seien übers Ziel hinausgeschossen, wurde schon bekannt, dass auch Edeka und Plus mit Videokameras die eigenen Beschäftigten überwacht hatten. Alles „bedauerliche Fehler“, wie es anschließend aus den jeweiligen Chefetagen hieß? Der Bundesverband Deutscher Detektive jedenfalls wehrte sich gegen die Vorwürfe, aus eigenem Antrieb agiert zu haben, „wohl wissend, dass diese Ermittlungsergebnisse im Prinzip wertlos sind. Folgerichtig kann daraus nur abgeleitet werden, dass die ‚Detektive‘ damit einem Wunsch der Unternehmensführung nachgekommen sind, obwohl dafür die gesetzlichen Grundlagen fehlten“.

Lidl versicherte sich unterdessen der Dienste des ehemaligen Bundesdatenschutzbeauftragten Joachim Jacob, um ein neues, mit dem Datenschutz kompatibles Videoüberwachungskonzept zu erarbeiten. In einer Kundeninformation vom März 2008 heißt es: „Das Unternehmen wird künftig nur noch sichtbar angebrachte Kameraanlagen einsetzen.“ Im Grunde setzt der Billig-Discounter weiter auf eine *Ökonomie der Einschüchterung*. Auf diesem Weg soll so viel wie möglich aus den Beschäftigten herausgeholt und die Marktposition verteidigt werden. Keine Rede jedoch ist in der Neckarsulmer Unternehmenszentrale davon, die Rechte der Beschäftigten zu stär-

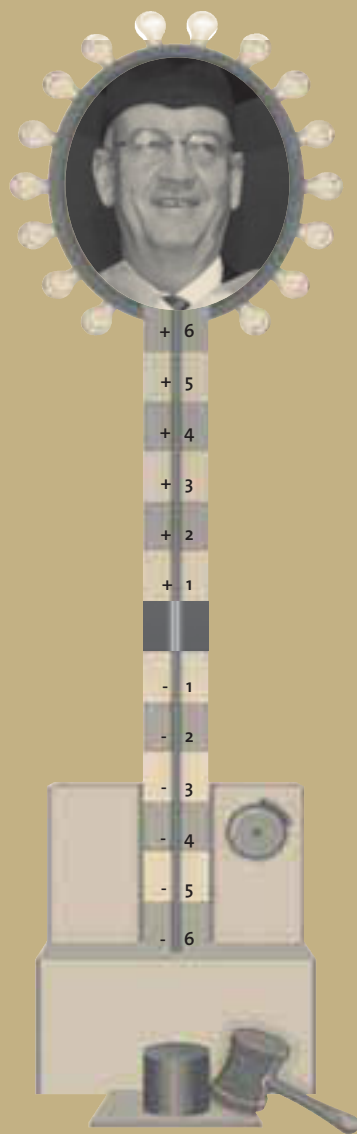
ken, wie es die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di seit langem verlangt. „Wir fordern, dass die Mitarbeiter ohne Druck und Androhungen Betriebsräte gründen können“, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane nach Bekanntwerden des Bespitzelungsskandals. Da die Installation von Überwachungskameras oder auch der Einsatz von Detekteien zur Diebstahlprävention mitbestimmungspflichtig sind, können Betriebsräte entsprechende Kontrollen verhindern oder eingrenzen. So geschehen in einer Bamberger Lidl-Filiale – einer der wenigen mit einem aktiven Betriebsrat. „Im Februar 2007 stand der Kameraeinsatz wegen Inventurdifferenzen bei uns zur Debatte. Betriebsrat und Belegschaft haben sich aber dagegen ausgesprochen“, erzählt Ulrike Schramm de Robertis, Betriebsratsvorsitzende in der Bamberger Filiale. Mit Wissen aller Beschäftigten wurde schließlich der eintägige Einsatz eines Detektivs in der Filiale akzeptiert.

BELEGCHAFTSVERRETUNG AUFBAUEN UND STÄRKEN! Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin macht sich in ihrem Offenen Brief vom 1. April 2008 an den Lidl-Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Gehrig und den Vorsitzenden der Geschäftsleitung, Frank-Michael Mros, für die Zulassung von Betriebsratswahlen bei Lidl stark. Sie selbst hat sich bereit erklärt, in dem seit Jahren dauernden Konflikt zu ver-

mitteln. Tatsächlich wehrt sich Lidl wie wenige andere Unternehmen gegen die Wahl von Betriebsräten. Gesprächsangebote von ver.di etwa über einen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitnehmervertretung bleiben unbeantwortet. Dass es dank „konspirativer Vorbereitung“, guter Unterstützung und engagierter Beschäftigter selbst bei Lidl eine Betriebsratsneuwahl geben kann, zeigt das Beispiel Hamburg-Eimsbüttel: In der dortigen Lidl-Filiale wurde am 1. November 2007 Tayeb Azzab zum Betriebsrat gewählt – mit 9 zu 8 Stimmen gegen den von der Arbeitgeberseite installierten Gegenkandidaten.

„Inzwischen gibt es bei uns mit der Belegschaft abgestimmte Arbeits- und Pausenpläne. Anfallende Mehrarbeit wird gleichmäßig auf alle verteilt“, sagt Tayeb Azzab, der seit fast sieben Jahren in der Eimsbütteler Filiale arbeitet. Mit dem Einsatz von Überwachungskameras ist er in seiner Zeit bei Lidl noch nicht in Berührung gekommen. Dass er und die Mehrzahl seiner Kolleginnen und Kollegen sich im Fall der Fälle gegen die Installation von Kameras wehren würden, ist glasklar. „Wir brauchen nicht mehr Kontrolle, sondern mehr Vertrauen.“

Gudrun Giese arbeitet als freie Journalistin schwerpunktmässig zum Thema Gewerkschaften und hat gemeinsam mit Andreas Hamann das Schwarz-Buch Lidl verfasst. Weitere Infos: www.lidl.verdi.de



Herr von Pierer! Offenkundig sind Sie in dreifacher Hinsicht Ihr Geld wert. Erstens haben Sie Siemens zu einem Weltkonzern mit Supergewinnen transformiert. Zweitens unterstützten Sie den Aufbau der Betriebsräteorganisation AUB, was die IG Metall schwächte und die Siemens-Gewinne stärkte (Sie bestreiten Kenntnis davon gehabt zu haben, dass Siemens die AUB schmierte.) Drittens haben Sie den Kanzler Schröder und – bis April 2008 – die Kanzlerin Merkel „beraten“. Hübsch ihr 2001 in Indien Schröder gegenüber geäußerter Satz: „Herr Bundeskanzler, in welches Land Sie auch kommen, Siemens war schon vor Ihnen da.“ Auch könnte sich erweisen, dass die 1,2 Milliarden Euro Siemens-Schmiergelder (von denen Sie natürlich nichts wussten!) gut angelegt waren. Zwar kostete das Siemens bisher 1,7 Milliarden Euro an Bußgeld, Kartellstrafen usw. Andererseits waren die Korruptionsgelder ja eine Art Anschlagfinanzierung, die sich am Ende ausgezahlt haben könnte. Wir finden es zutiefst ungerecht, wenn das neue Management Sie fallen lässt. Sie haben doch nur ihr Soll erfüllt.

LP21-HAU DEN LUKAS, SCALA VON -6 BIS +6

meldungen

Milliarden auf der Flucht (1)

Ende Februar 2008 leitete die deutsche Justiz eine spektakuläre Aktion gegen Steuerflüchtlinge nach Liechtenstein ein. Prominentes Opfer war der damalige Vorstandsvorsitzende der Post AG, Klaus Zumwinkel. Der Geheimdienst BND soll 4,2 Millionen Euro in den Ankauf der auf CD gespeicherten Daten „investiert“ haben. Bereits nach wenigen Tagen hatte der Fiskus als Resultat von ersten „Selbstanzeigen“ 27,8 Millionen Euro eingenommen, so dass die Financial Times Deutschland von „560 Prozent Rendite“ schrieb. Dass der Postchef derart spektakulär zu Fall kam, dürfte auch der internen Situation bei der Post AG (die im US-Geschäft gerade mehrere Hundert Millionen Euro in den Sand gesetzt hatte) geschuldet sein. Seither wurden jedenfalls keine Prominenten mehr derart „vorgeführt“. Doch die Aktion erweist sich weiter als äußerst werthaltig: Bis Ende April gab es knapp 200 „Selbstanzeigen“ und freiwillige Steuernachzahlungen an unterschiedliche Finanzämter in Höhe von 500 Millionen Euro. Danach hat jeder, der sich selbst anzeigte, mal auf die Schnelle 2,5 Millionen Euro an den Fiskus überwiesen.

Milliarden auf der Flucht (2)

Die in Liechtenstein angesiedelten 50.000 Stiftungen (bei 35.000 Einwohnern) dienen fast alle der – teillegalisierten – Steuerhinterziehung. Die Stiftungen sind von der Vermögens-, Erwerbs- sowie Ertragssteuer befreit. Vor allem müssen sie keinen gemeinnützigen Zwecken dienen. Stiftungsgründer können sich selbst oder Angehörige begünstigen. Nun dürfte der Steuerhinterziehungs-Standort Liechtenstein erstmals nachhaltig geschädigt sein. Don't worry, be happy, mag es da in den betuchten Kreisen heißen. Man kann sein Fluchtkapital ja auch in Andorra, in Monaco oder in der Schweiz anlegen. Sehr beliebt ist inzwischen auch der Stadtstaat Singapur (durchschnittliche Steuerbelastung für Unternehmen: 20 Prozent). Angesagt sind auch die Cayman Islands. Die Inselgruppe ist formell britisches Überseegebiet. Doch sie ist steuerpolitisch eigenständig, also für EU-Behörden und wohl auch für den BND nicht erreichbar. Dort kommen auf 52.000 Einwohner 80.000 Unternehmen, 300 Banken und 9000 Hedge Fonds. Alle großen

deutschen Banken leisten sich einen Firmensitz auf den Cayman Islands. Die dort verwalteten Vermögen werden auf ein Vielfaches der Liechtensteiner Geldanlagen geschätzt, genau auf 1,7 Billion US-Dollar (= 1.700.000.000.000 \$).

Fliegendes Airbus-Kasino

Das deutsch-französische Unternehmen EADS/Airbus teilte im Frühjahr 2008 mit, Kundenwünsche zum Bau von „fliegenden Kasinos“ zu prüfen. Airbus-Manager Francois Chazelle, der die für VIP-Jets zuständige Abteilung des Konzerns leitet, definiert den Markt wie folgt: „Glücksspiel ist natürlich ein Wachstumsmarkt (...) Die Idee von einem fliegenden Kasino ist schon früher erwähnt worden, aber jetzt scheint sie konkret zu sein.“ In Frage komme für ein solches fliegendes Kasino nicht irgendein Jet, sondern der weltweit größte. Chazelle: „Der A380 ist das erste Flugzeug, das groß genug ist, um einen vollständigen Kasinobetrieb zu bieten.“ Der Bedarf entstehe teilweise dadurch, dass in weiten Teilen Asiens das Glücksspiel strengen Auflagen unterliegt oder verboten ist. Aber, so Chazelle: „Ich denke, es geht vor allem um den Reiz, eine derart außergewöhnlich Aktivität anbieten zu können.“

Kluft Arm-Reich vergrößert sich

„Die Daten der letzten 25 Jahre belegen ganz eindeutig, dass in Deutschland die Ungleichheit zunimmt.“ So im April die Bilanz von Markus Grabka, der für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) derzeit am dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mitarbeitet. Der Bericht soll noch im Frühjahr 2008 vorgelegt werden. Soviel ist bereits bekannt: Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung verfügen über kein oder nur über ein sehr geringes Vermögen. Im Gegensatz dazu besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung knapp 60 Prozent des gesamten Vermögens im Land. 1996 hatten 7,3 Prozent der Bevölkerung weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zum Leben. 2006 betrug dieser Anteil bereits 11,4 Prozent. Gleichzeitig vergrößerte sich der Anteil der Menschen, die mehr als 200 Prozent des Durchschnittseinkommens beziehen von 6,4 Prozent 1996 auf 9,2 Prozent 2006.

nachgefragt:

Trendwende bei Tarifabschlüssen?



Foto: privat

Nach jahrelangen Reallohnverlusten haben die Gewerkschaften in der Stahlindustrie und im öffentlichen Dienst zumindest gewisse Einkommenssteigerungen durchgesetzt. Wie beurteilen Sie die jüngsten Tarifabschlüsse?

In der Tat heben sich die genannten Ergebnisse wohlthuend von denen der vergangenen Jahre ab. Beim Stahl und jüngst auch in der chemischen Industrie setzt sich der positive Trend des vergangenen Jahres fort. Bei Bund und Kommunen ist es nach drei Jahren ohne dauerhaft wirksame Lohnerhöhung gelungen, einen Abschluss zu tätigen, der deutlich über der Preissteigerungsrate liegt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass ein Teil der Beschäftigten eine halbe Stunde länger arbeiten muss, so bleibt unter dem Strich doch eine spürbare Reallohnerhöhung. Das ist ein positives Zeichen, weil wir in der Vergangenheit eine gesplante Tarifentwicklung hatten: In den exportnahen Branchen sah es relativ gut aus, der große Rest war mehr oder minder abgehängt.

Inwiefern ist die zugestandene Arbeitszeitverlängerung ein negatives Signal für andere Branchen?

Die Arbeitgeber werden natürlich versuchen, das in anderen Branchen zu nutzen. Ver.di ist es aber immerhin gelungen, den Einbruch bei den Arbeitszeiten – auf den die Arbeitgeber seit mehr als zwei Jahren drängen – halbwegs zu begrenzen. Dass diese Kröte geschluckt werden musste, ist vor dem Hintergrund des Gesamtabschlusses vertretbar.

Grundlage der durchgesetzten Lohnerhöhungen bei Stahl und im öffentlichen Dienst war die gute konjunkturelle Lage. Wenn die Wirtschaftskrise auch hierzulande greift, könnte das ein kurzer Lohnfrühling gewesen sein.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2009 stehen in der Tat noch in den Sternen. Es ist zu befürchten, dass sie schlechter ausfallen als in diesem Jahr. Dann wird sich zeigen, ob die Kampfkraft der Gewerkschaften ausreicht, auch im kommenden Jahr ein spürbares Reallohnplus zu erreichen. Man muss abwarten, wie schnell und wie tiefgreifend die Finanzkrise auf die europäische und speziell auf die deutsche Realwirtschaft übergreift.

Ist es vor diesem Hintergrund nicht ein Problem, dass die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen vor allem mit der guten Haushaltslage des jeweiligen Arbeitgebers begründet haben?

Es ist klar, dass eine Gewerkschaft in der Tarifrunde alle verfügbaren Argumente nutzt. Dazu gehört, dass die Finanzlage der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr so gut war, wie schon lange nicht mehr. Ver.di

wäre also schlecht beraten gewesen, nicht die Frage aufzuwerfen: Wann, wenn nicht jetzt, soll es für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Reallohnsteigerungen geben? Das darf aber tatsächlich nicht das einzige Argument sein, weil man sonst in konjunkturell schlechteren Zeiten in der Defensive ist.

Neben den relativ guten Lohnabschlüssen bei Stahl und im öffentlichen Dienst gibt es in anderen Branchen – wie dem nordrhein-westfälischen Kfz-Handwerk und dem Einzelhandel – Probleme, den Flächentarif überhaupt zu halten. Wie beurteilen Sie die Gesamtsituation?

Nicht nur bei Stahl und im öffentlichen Dienst, auch zum Beispiel in der Textilindustrie und der Landwirtschaft hat es erkennbar bessere Abschlüsse gegeben. Dennoch stimmt: Die Tarifentwicklung ist nicht generell positiv. Der Einzelhandel ist das markanteste Beispiel dafür, dass die Gewerkschaften in manchen Bereichen nach wie vor in der Defensive stecken. Die Arbeitgeber wollen ganz offensichtlich testen, ob die Gewerkschaften bereit und in der Lage sind, den Flächentarif zu verteidigen. Die Folge sind zunehmende Streikaktivitäten in einer Reihe von Branchen. Nach wie vor gilt: Die Tarifstandards stehen in vielen Bereichen unter Druck, das zeigt beispielsweise auch die Auseinandersetzung bei der Deutschen Post. Die Zeiten bleiben also konfliktreich und gute Abschlüsse sind alles andere als ein Selbstläufer.

Reinhard Bispinck ist Leiter des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Das Interview für LP21 führte **Daniel Behruzi**. Infos: www.tarifrunde-2008.de

Sprudelnde Gewinne

Wasser aus weiblicher Sicht

Dorothea Härlin

16

Auf dem Foto steht Agnes aus Maasai in Kenia vor ihrer neuen Regenwassertonne und erklärt die grundsätzliche Veränderung ihres Lebens durch die neue Regenwassernutzung. Bis vor kurzem musste sie, wie viele Frauen nicht nur in Afrika, vier Stunden zur Quelle laufen und dann wieder mit dem gefülltem Wasserbehälter zurück. Ein Achtstundentag also, um das Lebenselixier Wasser in die Familie zu bringen. Da blieb keine Zeit für anderes. Jetzt kann sie den neu angelegten Gemüsegarten bebauen und damit nicht nur ihre Familie gesünder ernähren, sondern durch den Verkauf des Überschusses etwas Geld dazu verdienen.

Eine exotische Geschichte? Wer über den Tellerrand des Lebens in der westlichen Industriekultur blickt, weiß, dass weltweit 1,1 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Milliarden Menschen ohne sanitäre Grundversorgung leben müssen. In der Folge sterben jährlich 1,8 Millionen Kinder und 3 Millionen Erwachsene. Alle 20 Sekunden stirbt ein Kind!

Weltbank und OECD kennen dieses gravierende Problem und wollen dagegen angehen, deshalb laden sie Experten der Wasserwirtschaft nach Paris ein. Diese Experten kommen aus den Chefetagen von RWE, Suzex und Veolia – den drei größten transnationalen Konzernen, die es sich zur Aufgabe

gemacht haben, Wasser weltweit zu privatisieren. Dabei stilisieren sie sich zu Rettern der Menschheit. Wasser gehört zu den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Kapital auf der emsigen Suche nach Anlagemöglichkeiten für sprudelnde Gewinne entdeckt hat.

GEFAHR ERKANNT, GEFAHR GEBANNT?

Wir machen es uns zu leicht, wenn wir meinen, das Dingfestmachen der „bösen Kapitalisten“ allein könne zur Lösung des Problems führen. Das Problem hängt eng mit dem westlich geprägten Glauben in unseren Köpfen an die Allmacht der Wissenschaft und des Expertentums zusammen. Ohne die Erfolge von Technik und Wissenschaft auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft in Frage zu stellen, muss das Totschlagargument der „Sachzwänge“, mit dem immer wieder argumentiert wird, hinterfragt werden.

Es sind vor allem Frauen, die in der Familie für die Ernährung, das Putzen, das Waschen und die Gesundheit zuständig sind. Frauen in Südafrika müssen die Münzen mehrmals umdrehen, bevor sie entscheiden, ob sie damit den Wasserzähler füttern, damit er etwas vom notwendigen Nass ausspuckt, oder ob sie sie in Milch oder Brot umsetzen oder in ein Busticket zur Arbeitssuche. In Korogocho, einem Slum in Kenias

Hauptstadt Nairobi, fragte ich Mary, eine Witwe mit acht Kindern, in ihrer Zweizimmerhütte, wie sie, die sich einen Wasserhahn mit 200 Menschen teilt, es schafft, dass ihre Kinder den Slum wohlgekleidet verlassen. Täglich verwandeln Hunderte Millionen Frauen mit Energie und Ideenreichtum das kostbare Gut in Lebensqualität für die ganze Familie! Ihr Erfahrungswissen scheint dennoch nicht gefragt.

Bei Veolia, einem der größten Wasserkonzerne der Welt, handelt es sich um einen hundertprozentigen Männerclub. Bei anderen Konzernen, bei der Weltbank oder der WTO, den Promotoren der Verwandlung dieses Allgemeingutes in eine Ware, ist es ähnlich. Typisch kapitalistisch! Ja, richtig, und dennoch lohnt es sich genauer hinzusehen. Immerhin ist Wasser ein absolut unverzichtbares Lebensgut, und daher müsste der freie Zugang als Menschenrecht in der UN Charta verankert werden. Auf einer internationalen Konferenz in Brüssel sagte mir eine Teilnehmerin aus dem Kongo: „Das ist eine gute Forderung, aber bis die erfüllt ist, sind bei uns Tausende verdurstet oder an Krankheiten in Folge der Wasserprobleme gestorben.“ Sie war mit drei Frauen angereist, in der Hoffnung, für ihre lokale Wassergruppe, in der ausschließlich Frauen aktiv sind, eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. Je dezentraler Wasserinitiativen





Fotos: Dorothea Härlin

arbeiten, desto höher ist der Anteil der Frauen. Manche sind kaum des Lesens und Schreibens mächtig. Ihr Lehrmeister ist der alltägliche Kampf um ein Leben in Würde, und er scheint zumindest in Ansätzen Wege aus der Misere anzudeuten, oft gepaart mit indigenem Wissen. Vor vielen Jahren schon sagte mir Mahoma Mwaungulu aus Malawi: „Wie wollt ihr uns helfen? Ihr habt doch keine Ahnung von unserer afrikanischen Technik und von unserem Wissen, mit dem wir seit Jahrhunderten das Wasser in den Griff bekamen“. Er wusste, dass die Verstärkung, das Agrobusiness und all das, was man Moderne nennt, heute andere Bedingungen setzt. Dennoch wollte er der Monokultur des westlichen wissenschaftlichen Denkens einen Ansatz entgegensetzen, der kulturell von Frauen tradiertes Alltagswissen einbezieht.

DEN BOCK ZUM GÄRTNER MACHEN. Absurd erscheinen aus dieser subjektorientierten Sichtweise heraus die Vorschläge und Projekte des real existierenden Kapitalismus, durch die Vermarktung dieses Lebensquells das Problem zu lösen. Erst durch seine „Inwertsetzung“ wird Wasser als hohes Gut anerkannt, argumentieren sie. Als sei das Wasserproblem nicht eng mit der Armut verknüpft. Einige der großen Wasserkonzerne haben inzwischen erkannt, dass die am grünen Tisch errechneten Milliarden Dollar

Umsatzeinnahmen aus dem Wassergeschäft von Menschen, die kein Geld haben, nicht zu bekommen sind. Manche Firmen ziehen sich wieder aus dem Wassergeschäft zurück, wenn auch nicht ganz freiwillig. Im Fall des US Konzerns Bechtle musste die bolivianische Bevölkerung von Cochabamba massiv nachhelfen, und es bleibt zu hoffen, dass die Bevölkerung im Irak, wohin der Konzern jetzt seine Aktivitäten verlagert hat, von den bolivianischen Kämpferinnen lernen wird.

Europäische Wasserkonzerne wie Suez, RWE und Veolia (ehemals Vivendi) ziehen sich partiell zurück, haben aber gemeinsam mit der Weltbank auch neue Wege gefunden, wie aus Wasser Gold zu machen ist: durch eine im Grunde noch brutalere Form der Privatisierung, die sie euphemistisch PPP (Public Private Partnership) nennen. Sie übernehmen 49,9 Prozent der Anteile eines Wasserunternehmens, stellen die komplette Geschäftsführung und erhalten eine Gewinngarantie auf das betriebsbedingte Kapital. Dem Staat verbleibt mit seinen 50,1 Prozent der Anteile allein, diese Rendite zu garantieren, egal wie die Geschäfte laufen. Ein Beispiel ist der Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe an RWE und Veolia mit einem ähnlich „ausgestalteten“ privatwirtschaftlichen Geheimvertrag. Der Berliner Senat stoppte im April 2008 ein Volksbe-

gehen, in welchem die Offenlegung der Verträge gefordert wurde. Er interpretiert das Grundgesetz so, dass der Schutz des Privateigentums über dem Schutz der Allgemeinheit steht.

Veolia spezialisiert sich noch auf eine weitere, fast todsichere Einnahmequelle: „Veolia Enviroment“ preist sich als weltweite Nummer 1 bei „Umweltdienstleistungen“ an. Im Klartext bedeutet das: Im Norden verkauft das Unternehmen seine Technik zu teuren Preisen an Kommunen oder an das eigene teilprivatisierte Konsortium. In den Ländern des Südens wird ihre angebotene Infrastruktur mit Entwicklungshilfegeldern bezahlt. So haben sie die Steuerzahler im Norden als sichere Einnahmequelle in Sachen Wasser und Umwelttechnik entdeckt und präsentieren sich gleichzeitig als die Retter in der Klimakatastrophe.

Die Brisanz des Themas wird von vielen Menschen in den Ländern des Nordens nicht gesehen. Bei den meisten fließt noch relativ gutes Wasser aus den Hähnen. Dass unsere steigenden Wasserpreise die Kassen der Konzerne füllen, mit denen sie dann in den Ländern des Südens auf Einkaufstour gehen, ist vielen noch nicht klar. Noch viel weniger, dass Gelder, die hier in den Kommunen und beim Staat für soziale Belange fehlen, andernorts in Form von Entwicklungshilfe auf die Konten der Wasserkonzerne gelenkt werden. Das Problem ist nur zu lösen, wenn wir uns mehr am Erfahrungswissen der Menschen orientieren. Womit wir wieder bei den Frauen angelangt sind.

Dorothea Härlin, pensionierte Studienrätin, ist seit dem G-7-Treffen in Genua 2001 bei Attac aktiv. Ihr Berliner Standbein hat sie im ATTACafé, in der AG Argumente von Attac Berlin und dem Berliner Wassertisch. Mit ihrem Spielbein nahm sie an internationalen Foren wie dem Weltsozialforum (WSF), dem Europäischen Sozialforum (ESF) und europäischen Attac-Treffen und Gengipfeln teil. Dieses Wissen bringt sie im bundesweiten Attac-Rat und der AG Internationales ein. Beim jüngsten WSF in Nairobi lagen ihre Schwerpunkte bei der Zukunft des WSF und beim Thema Wasser.

„Perlen“ aus Osteuropa

Die politische Ökonomie der Pflegearbeit in den Haushalten Europas



18

Susan Zimmermann

Innerhalb der europäischen Haushalte ist eine deutliche Zunahme von bezahlter Arbeit zu beobachten. Diese Arbeit wird in hohem Maße von Frauen, insbesondere von Migrantinnen geleistet. In Spanien arbeiten 70 Prozent aller Migrantinnen in diesem Sektor. In Italien wurden 1999 rund 90.000 weibliche Hausarbeiterinnen gezählt, in den großen Städten waren durchschnittlich 70 Prozent davon Migrantinnen. 2002 wurden dann im Rahmen einer Amnestie weitere 350.000 Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen legalisiert. In anderen Ländern ist die transnationale Haushaltsarbeit stärker illegalisiert und kaum dokumentiert. Mancherorts zögert man bei der statistischen Erfassung von ganz offiziell bezahlter Arbeit in Haushalten, weil diese nicht als „normale“ Arbeit gilt. In anderen Ländern differenziert die Statistik nicht zwischen Pflegearbeit in Haushalten und in anderen Institutionen. Insgesamt ergibt sich aus den vorliegenden Daten, dass die zunehmende Nachfrage nach Haushaltsarbeit in Europa seit den

1990er Jahren erheblich zur Feminisierung von Migration beigetragen hat. Neben der klassischen Putzfrau und dem nicht weniger klassischen Kindermädchen tritt die private Altenpflegerin unter den Haushaltsarbeiterinnen immer stärker in den Vordergrund.

Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Vor allem ist es die verstärkte Einbindung der Frauen der reicheren Länder und der Mittelschichten und von Frauen mit familiären Sorgeverpflichtungen in die Erwerbsarbeit. Die weibliche Erwerbsquote ist fast überall in Europa seit den 1990er Jahren deutlich angestiegen. Die betroffenen Frauen stehen für die unbezahlte häusliche Pflege der alten Menschen nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung. Die geschlechtsspezifische Macht- und Arbeitsteilung innerhalb der Familien behindert die Einbindung männlicher Familienmitglieder in die Pflege der Alten. Überall zu beobachten ist hingegen die unbezahlte Mitarbeit von zum Teil weitläufigen weiblichen Verwandten und weiblichen Sozialnetzwerken in der häuslichen Alten-

pflege. Sie wird mittlerweile auch statistisch erfasst. In den europäischen Ländern steht für die Pflege der Alten vergleichsweise weniger institutionelle Unterstützung bereit als für die Sorge um die Kinder. Nur fünf Prozent der Alten leben in (Alten-) Pflegeheimen. Da die Menschen immer länger leben, erhöht sich der Pflegebedarf beträchtlich. Verschiedene Staaten reagieren auf die dadurch entstandenen Engpässe mit der Einführung oder Erweiterung von Pflegeleistungen im Rahmen des Sozialversicherungssystems. In Deutschland geschieht das seit 1995 durch die Einführung entsprechender Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zugleich verengt sich durch die so genannten sozialpolitischen Refor-

Herdprämie soll kommen

Bundesfamilienministerin von der Leyen und Bundesfinanzminister Steinbrück haben sich am 27.2.2008 über eine Gesetzesformulierung zum Thema Betreuungsgeld geeinigt.

Aus der Pressemitteilung der Familienministerin: „In einem neuen § 16 Absatz 4 SGB VIII soll künftig geregelt werden, dass 'ab 2013 für diejenigen Eltern, die

ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden soll.' Durch die Einfügung des neuen Absatzes 4 in § 16 SGB VIII, der die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie zum Gegenstand hat, bringt die Bundesregierung zum Ausdruck, neben dem Ausbau der Kin-

dertagesbetreuung auch die herausragende Leistung der Eltern bei der Erziehung des Kindes zu würdigen. Die konkrete Ausgestaltung soll zum Jahre 2013 geklärt werden. Der Gesetzgeber ist dabei in seiner Entscheidung frei. (...) Die Bundesregierung will bis 2013 für jedes dritte Kind einen Platz bei einer Tagesmutter oder in einer Kindertagesstätte schaffen. Zudem wird es, wie im Koalitionsausschuss vereinbart, ab 2013 einen Rechtsanspruch geben. Der Bund stellt für den Ausbau der Kinderbetreu-



men das Spektrum der staatlichen und staatlich subventionierten Pflegeleistungen für alte Menschen zu Hause und in den Institutionen. Private Altenpflegeinstitutionen werden immer weniger bezahlbar. Selbst in Ländern, in denen die Altenpflege stark institutionalisiert ist und Mittel bedarfsorientiert zur Verfügung gestellt werden, wie etwa in Schweden, werden die Leistungen zunehmend auf medizinische und medizinnahe Kernbereiche konzentriert und reduziert.

Altenpflege ist ein Boommarkt. Dies veranlasst viele Haushalte, privat bezahlte häusliche Pflegearbeit in Anspruch zu nehmen. In Großbritannien wurden 2002

knapp zwei Drittel der Pflegestunden für alte Menschen durch den privaten Sektor in immer vielfältigeren Varianten geleistet. Ein Jahrzehnt früher betrug dieser Anteil nicht mehr als zwei Prozent. Der Altenpflegesektor wird immer mehr zu einem Markt, auf dem sich individuelle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sowie Arbeitnehmerinnen ebenso tummeln wie professionelle, oft international operierende Anbieter von Dienstleistungen im Pflegesektor und von kapitalmarktbasiereten privaten Rentenversicherungen.

Schließlich stellt häusliche Altenpflege, in rein wirtschaftlicher Sicht, einen extrem arbeitsintensiven und wenig rationalisierba-

ren Arbeitsbereich dar. Dies ist die wichtigste Ursache dafür, dass die Frage nach billiger Arbeit zum nahezu allein entscheidenden Faktor der Strukturierung dieses Teilar-

Fortsetzung auf Seite 21

ung ab diesem Jahr vier Milliarden Euro bereit. Schon heute können die Mittel auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarungen, die der Bund mit den Ländern im vergangenen Jahr geschlossen hat, abgerufen werden. Die Bundesregierung hat mit der Einigung heute die Vereinbarungen aus dem Koalitionsausschuss umgesetzt."

Mit der „Herdrprämie“, die 150 Euro monatlich betragen soll, fehlen denjenigen Eltern, die ihr Kind in die Kinderkrippe

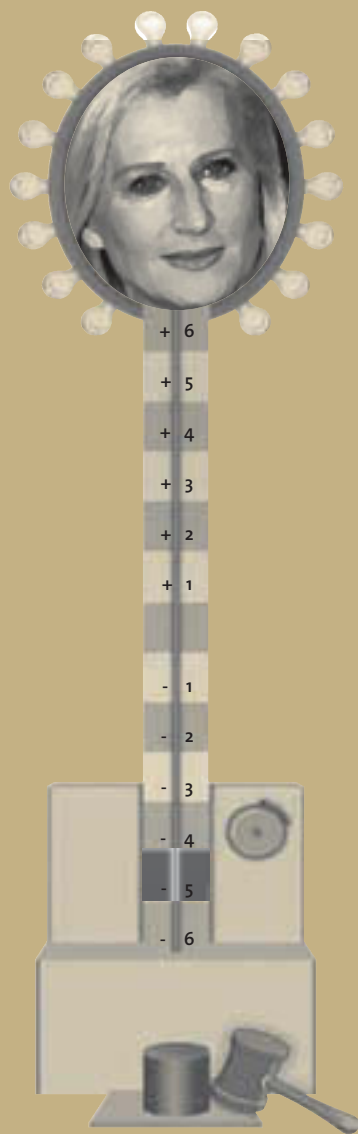
oder -tagesstätte geben, 150 Euro in der Haushaltskasse und die Kosten für die Kinderbetreuung. Damit werden insbesondere Einkommensschwache verleitet, ihre Kinder selber zu betreuen und ihnen so die wichtige frühkindliche Bildung vorzuenthalten. So wird auch in Zukunft ein traditionelles Familienbild gefördert, das überholte – vor allem christliche – Normen reproduzieren soll.

Gisela Notz



Anzeige

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de



Gott zum Gruß, Frau **Christa Müller!** Ihr neues Buch „Dein Kind will Dich“ wird beim katholischen Sankt Ulrich Verlag zwischen Buchtiteln wie „Die schönsten Wallfahrtsorte“ und „Vom Glück des Glaubens“ verlegt. In einem vierseitigen Beitrag wirbt das Blatt Bunte für Ihre Thesen und Ihr Buch mit der Überschrift „Eine Hausfrau im Glück“. Sie werden in dem Beitrag lobend mit Sätzen wie „Für ihren Mann Oskar Lafontaine gab sie die Karriere auf“ porträtiert. Was Millionen Frauen wünschen – berufliche Selbständigkeit und eine professionelle, liebevolle Betreuung auch von Kleinkindern – gerät Ihnen zur böartigen Verschwörung des Kapitals: „Die Krippenoffensive der Familienministerin ... dient anderen Interessen. Durch ein Überangebot (!) an Krippenplätzen sollen Hunderttausende von Müttern kleiner Kinder dem Arbeitsmarkt zugeführt (!) werden, damit die Löhne nicht steigen und die Unternehmen ihre Profite weiter erhöhen können.“ Nicht nur Rote zeigen da: die rote Karte!

meldungen

Förderung privater Kindertagesstätten

Nach dem Willen der deutschen Familienministerin Ursula von der Leyen sollen künftig auch gewerblich betriebene Kindertagesstätten gefördert werden. Ein entsprechender Referentenentwurf sieht vor, dies in einem „Kinderförderungsgesetz“ zu verankern. Damit würde die Vorschrift der Gemeinnützigkeit für Träger von Kindertageseinrichtungen abgeschafft. „Die Betreiber gewerblicher Kindertagesstätten (...) werden kostenintensive Bildung für die Reichen und billige Betreuung für die Armen anbieten“, fürchtet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Bis 2013 soll nach dem Kita-Ausbauprogramm das Betreuungsangebot für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, auf eine Quote von 35 Prozent angehoben werden. Dafür stellt der Bund ein Sondervermögen in Höhe von 2,15 Milliarden Euro bereit. Staat, Kirchen und Wohlfahrtsverbände hätten das Nachsehen, wenn das „Sondervermögen“ auch privaten Trägern zu Gute kommt. Der Direktor des Kölner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS), Dieter Drohmen, äußerte, dass dann vor allem in reichen Stadtteilen neue Kitas entstehen würden: „An Brennpunktbezirken haben private Unternehmen kein Interesse.“ Das Vorhaben von der Leyens stößt in SPD-Kreisen auf Kritik und wird von der Partei Die Linke abgelehnt. Die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Ekin Deligöz, rief demgegenüber dazu auf, „gewerbliche Anbieter nicht vorschnell zu verdammen.“

Betreuung von Kleinkindern in Frankreich und Deutschland

In Frankreich sind die Chancen, für Kleinkinder einen Platz in einer Kita zu bekommen, zwar besser als in Deutschland. Dennoch besteht auch hier ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Angeboten. 70 Prozent der Kinder unter drei Jahren werden in Frankreich von den Eltern – überwiegend den Müttern – betreut, 13 Prozent von einer Tagesmutter, neun Prozent in einer Krippe und weitere neun Prozent von „Sonstigen“ (Babysitter, Großeltern, Freunde). In der BRD werden 84,5 Prozent der Kleinkinder von den Eltern (in der Regel den Müttern), 13,5 Prozent in Kitas und weitere zwei Prozent in einer sonstigen „Kindertagespflege“ betreut. Die Regierung Sarkozy kündigte ein Sonderprogramm zur Schaffung von 350.000 neuen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren an.

Dramatisches Ansteigen der „Armen mit Arbeit („working poor“)

Eine aktuelle Studie der Universität Duisburg-Essen belegt es: Die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglohn ist in der BRD in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Fast jeder vierte kann kaum noch von seiner Arbeit leben. Als Niedriglöhne charakterisiert die Orga-

nisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) Löhne mit einem Niveau, das zwei Drittel des Durchschnittslohnes des jeweiligen Landes unterschreitet. In Westdeutschland entspricht das einem 9,61 Euro-Brutto-Stundenlohn. Von 1995 bis 2006 ist die Zahl derer, die für Niedriglöhne arbeiten, von 4,5 auf 6,5 Millionen Menschen – oder um 43 Prozent – angestiegen. Fast zwei Millionen Beschäftigte arbeiten für einen Bruttostundenlohn unter fünf Euro. Rund 70 Prozent derjenigen, die für Niedrig- und Niedrigstlöhnen arbeiten müssen, sind weiblich. Über ein Drittel der abhängig beschäftigten Frauen arbeiten bereits weniger als die „Normalarbeitszeit“.

Österreich: Vor allem Frauen mit Kleinpensionen

Anfang 2008 traten in Österreich bescheidene Pensionserhöhungen in Kraft. Sie fallen bei kleineren Pensionen mit 1,7 Prozent deutlich geringer aus als bei höheren Pensionen, bei denen 2,9 Prozent fällig wurden. Ende April entschied das Landesgericht Linz, dass damit eine indirekte Diskriminierung von Frauen erfolgt. Deren Pensionen liegen überproportional oft innerhalb der Einkommensgrenzen, die nur die geringere Pensionserhöhung ermöglichen. Erhält das Urteil Rechtskraft – die beklagte Pensionsanstalt hat Berufung eingelegt –, dann sind mehr als eine halbe Million Menschen davon betroffen. 2008 gab es laut der Tageszeitung „Presse“ in Österreich im Bereich der von Rente lebenden Arbeiter und Angestellten 498.000 Personen mit einer Pension unter 747 Euro im Monat; 354.000 (oder 71 Prozent) davon sind Frauen. Hinzu kommen noch Bäuerinnen und Bauern und Gewerbetreibende im Ruhestand.

Frauen in Parteien und Gewerkschaften

Vor hundert Jahren, am 15. Mai 1908, trat in Deutschland ein neues Reichsvereinsgesetz in Kraft, nach dem sich nun auch Frauen in politischen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften organisieren konnten. Damit wurden verschiedene Ländergesetze im deutschen Kaiserreich abgelöst. Nach § 9 des Preußischen Vereinsgesetzes durften bis dahin „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen“. Was „politische Gegenstände“ waren, bestimmte die Obrigkeit, meistens ein örtlicher Gendarm. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont. Auch Emma Ihrer, zu Ende des 19. Jahrhunderts erste und einzige Frau in der Gewerkschaftsführung, saß im Gefängnis wegen Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgesetz. 100 Jahre später sind Frauen vielfältig politisch tätig. Ihr Weg ist – auch in den Gewerkschaften – oftmals immer noch steiniger als der der männlichen Kollegen.

Feminismus & Ökonomie

Fortsetzung von Seite 19

beitsmarktes wird. Um – dementsprechend – Migrantinnen zur dominanten Arbeitskraftressource für diesen Sektor werden zu lassen, bedarf es allerdings auch der legalen wie faktischen Liberalisierung der Arbeitskräftewanderung zwischen Territorien bzw. Ländern mit deutlich unterschiedlichen Lohnniveaus, wie sie innerhalb der EU und zwischen der EU und den so genannten Drittstaaten zunehmend Realität ist.

Innerhalb Europas geht es dabei längst nicht mehr um einen einfachen Transfer von billiger Arbeitskraft in reiche Länder. Das System ist viel feiner abgestuft. So teilen sich etwa zwei Slowakinnen im Zweiwochenrhythmus die Pflegearbeit rund um die Uhr in einem Wiener Haushalt, pflegen ungarischsprachige rumänische Staatsbürgerinnen aus Siebenbürgen die alten Eltern der gehobenen Budapester Mittelschicht, wird die Pflegearbeit in polnischen Haushalten zur Option für hochgebildete Ukrainerinnen. Manche Migrantinnen leben in den Haushalten der zu Pflegenden, andere bilden eigene Wohngemeinschaften und helfen sich gegenseitig.

Omas, Mütter, Tanten – alle Teil der Pflege-Ökonomie. Die Sorge für den eigenen Haushalt im Herkunftsland stellt für viele Migrantinnen, die in Haushalten arbeiten oder Alte pflegen, ein zentrales Element der eigenen Lebensstrategie dar. Viele von ihnen haben zu Hause eigene Kinder, die mehr schlecht als recht von Ehemännern versorgt werden. Halbwüchsige Töchter leisten mehr und dürfen sich dafür etwa die Finanzierung einer weiterführenden Ausbildung erhoffen. Omas, Mütter, Tanten, Nachbarinnen sind bezahlt und unbezahlt in das Management des komplexen Systems einbezogen. Die Verbindungen und Austauschprozesse zwischen den beteiligten Haushalten sind mittlerweile unter Überschriften wie „transnationale Haushalte“, „transnationale Mutterschaft“ zum zentralen Gegenstand von Forschungen über Geschlecht und Migration geworden.

Dass es sich bei den im Sektor der häuslichen Altenpflege tätigen Arbeitskräften na-

hezu ausschließlich um – häufig nicht mehr ganz junge – Frauen handelt, erklärt sich nicht nur daraus, dass die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen auf deren „spezifisch weibliche“ Befähigung für diese Arbeit setzen. Vielmehr stellt die Präsenz der fremden Frau im Haushalt und in der Haushaltsarbeit die Verfasstheit dieser Lebens- und Arbeitsphären als privat und weiblich bestimmte nicht in Frage. Zudem wird einer fremden Frau im eigenen Haushalt generell weniger misstraut als einem fremden Mann. Diesem gegenüber ist man misstrauischer. Man hat Angst um die eigene heranwachsende Tochter, befürchtet Kindesmissbrauch, will sich männlich dominierte so genannte Ausländerkriminalität vom Leibe halten.

Aus diesen Fäden ergibt sich das Bild einer sich massiv beschleunigenden Kommerzialisierung der Altenpflegearbeit in Europa, die fundamental von der Teilung und Kombination der Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie zwischen verschiedenen Ländern, Regionen und Gesellschaftsschichten sowie ihrer Kombination geprägt ist. Als längerfristiger Trend ist die erzwungene Teilnahme von immer mehr Menschen, darunter Frauen aus reicheren wie ärmeren Ländern, an der bezahlten Erwerbsarbeit auszumachen. Die bezahlte Pflegearbeit konzentriert sich, vermittelt durch die so genannten transnationalen Pflegeketten bzw. Sorgearbeitsketten, in den reicheren Weltregionen (einschließlich einiger arabischer Ölländer) sowie mittleren und gehobenen Gesellschaftsschichten, wo man bzw. frau sich eine solche „Perle“ aufgrund ihrer besonders billigen Arbeitskraft leisten kann. In den ärmeren Ländern, Weltregionen und Gesellschaftsschichten bleibt das Loch, das der weltweite Zug zur Lohnarbeit um jeden Preis im Bereich der Sorge um andere Menschen hinterlässt, unverschämt ungestopft.

Susan Zimmermann ist Professorin am Institut für Geschichte und am Institut für Geschlechterwissenschaften der Central European University in Budapest

Peyman Javaher-Naghghi
Iran, Mythos und Realität
Staat und Gesellschaft jenseits von westlichen Sensationsberichten

208 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-031-3



H. Marcks & M. Seiffert (Hg.)
Die großen Streiks
Episoden aus dem Klassenkampf

264 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-473-1

Raya Dunayevskaya
Die Macht der Negativität
Schriften zur Philosophie der Revolution
Dissidenten der Arbeiterbewegung

ISBN 978-3-89771-472-4
384 Seiten, 24 EUR [D]



Cajo Brendel
Die Revolution ist keine Parteisache
Ausgewählte Schriften
Dissidenten der Arbeiterbewegung

ISBN 978-3-89771-442-5
320 Seiten, 18 EUR [D]

Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS

208 Seiten, 22 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-747-3



Gabriel Kahn
Neuer Anarchismus in den USA
Seattle und die Folgen

304 Seiten, 18,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-474-8

UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: +120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de



Keine Eintagsfliege

Der Klimawandel erfordert eine langfristige Bündnispolitik

Wolfgang Pomrehn



22

Es ist etwas in Bewegung gekommen. Fast 20 Jahre war der Klimawandel zwar etwas, das erhebliche Teile der Bevölkerung mit Sorge erfüllte, aber er war kein mobilisierungsfähiges Thema. Trotz der großen Bedeutung für den künftigen Weg der globalen Gesellschaft ließ es sich nicht in eine ernsthafte, breitere Kreise erfassende politische Kampagne gießen. Seit einem guten Jahr scheint sich das jedoch zu ändern. Die Umweltorganisationen stehen nicht mehr allein auf weiter Flur; allorten entstehen lokale Initiativen gegen neue Kohlekraftwerke, ATTAC hat eine Kampagne gegen Stromkonzerne und Klimawandel gestartet und auch Teile der radikalen Linken beginnen, sich für das Thema zu interessieren.

Offenbar ist die Zeit reif für eine linke Klimapolitik, überreif sogar. Seit einem Jahr mehrten sich unter den Wissenschaftlern Stimmen, die vorsichtig – wie Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung – oder auch offensiv – wie James Hansen vom Goddard Institute for Space Studies der US-NASA – darauf hinweisen, dass alles auch noch viel schlimmer kommen könnte. Vor allem die Gletscher auf Grönland und in der Westantarktis bereiten ihnen Sorgen. Rahmstorf schreibt, dass schon derzeit das Tempo des Meeresspiegelanstiegs am oberen Rand dessen liegt, was die Klimamodelle vorhersagen. Hansen, einer der renommiertesten US-Klimaforscher, hat gemeinsam mit Kollegen

eingehend die neuesten Erkenntnisse über die Klimageschichte untersucht. Sein Ergebnis: In früheren Warmperioden, die dem Niveau entsprechen, auf das wir uns zu bewegen, war der Meeresspiegel einige Meter höher.

Doch genauere Vorhersagen sind kaum möglich. Trotz intensiver Forschung sind die Kenntnisse über das Eis auf Grönland und in der Antarktis noch immer sehr begrenzt. Sicher ist allerdings, dass die bisherigen Modelle das Tempo des Eisverlustes unterschätzen, dass der Meeresspiegel ein äußerst kritischer Aspekt des Klimawandels ist und dass sein Anstieg erheblich schneller verlaufen könnte, als bisher in den Berichten des so genannten UN-Klimarates IPCC angenommen. Hansen und Kollegen gehen in ihrer Anfang April veröffentlichten Arbeit davon aus, dass die Pegelstände bis zum Ende des Jahrhunderts um mehr als einen Meter klettern könnten.

Auf jeden Fall ist inzwischen klar, dass die Menschheit nicht mehr allzuviel Zeit hat, soll das Schlimmste noch verhindert werden. Gingen in den 1990er Jahren die meisten Klimaforscher noch davon aus, die Industriegesellschaft müsse bis zur Mitte des Jahrhunderts oder auch etwas später von ihrer Sucht nach fossilen Energiequellen entwöhnt sein, so mehrten sich inzwischen die dringlichen Stimmen. Im nächsten Jahrzehnt muss zumindest die Wende in Rich-

tung einer völlig anderen, nicht fossilen Energiepolitik vollzogen sein, meint nicht nur James Hansen.

WO ANSETZEN? Daran wird deutlich, dass es mit den üblichen Eintagsfliegen linker Kampagnenpolitik nicht getan ist. Kurzfristige Erfolge, wie die Verhinderung bestimmter Kohlekraftwerke, sind zwar möglich und wichtig, aber alles andere als ausreichend. Die Frage ist also, wie eine langfristige Klimaschutzpolitik der sozialen Bewegungen und der Linken aussehen muss. Dass diese nur von ihnen kommen kann, dass heißt, aus der Gesellschaft heraus erzwungen werden muss, ist klar: Die Bundesregierung redet zwar viel vom Klimaschutz, bedient jedoch immer noch zu allererst die entgegengesetzten Interessen von Automobilindustrie und Energiekonzernen.

Umso wichtiger ist es, breite Bündnisse zu schmieden und eine Bewegung aufzubauen, die mehr als ein wenig Proteste und Politikberatung will. Man wird sich mit den Mächtigen anlegen müssen, doch es bieten sich auch zahlreiche Möglichkeiten, Forderungen zu formulieren, mit denen viele gesellschaftliche Kräfte eingebunden werden können.

Das beginnt bei verschiedenen sozialen Aspekten. Statt wie in der Vergangenheit bei Grünen und Umweltgruppen üblich, eine



pauschale Verteuerung der Energie zu fordern, kann ohne Weiteres der verbreitete – und natürlich berechtigte – Unmut über rasant gestiegene Heiz-, Strom- und Gas-kosten aufgegriffen werden. Die Grundversorgung muss drastisch verbilligt und dafür der „Luxusverbrauch“ umso mehr verteuert werden. Beim Strom könnte zum Beispiel gesagt werden: Es gibt für jede Person 800 Kilowattstunden im Jahr besonders günstig, doch wer darüber hinaus verbraucht, muss tief in die Tasche greifen.

KNACKPUNKT KOHLE. Das bei einigen Umweltschützern beliebte Missionieren ist hingegen kein sinnvoller Ansatz für eine erfolgreiche, langfristige Klimaschutzkampagne. Natürlich muss sich in vielen Punkten auch persönliches Verhalten ändern, aber vor allem muss dafür von gesellschaftlicher Seite der Rahmen geschaffen werden. Nur wenn es zum Beispiel ein wirklich funktionierendes öffentliches Verkehrssystem gibt, kann man von den Menschen erwarten, aufs Auto zu verzichten. Zentraler Ansatzpunkt ist in diesem Bereich daher gegenwärtig die Verhinderung der Bahnprivatisierung.

Aus der Perspektive des Klimaschutzes noch viel wichtiger ist allerdings die Frage der Stromversorgung. Rund 40 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen stammt aus Braun- und Steinkohlekraftwerken. Über 20 neue Anlagen sind in der Planung

und könnten die zentralisierten, klimaschädlichen Strukturen der deutschen Energiebranche auf Jahrzehnte zementieren. Vielerorts haben sich bereits lokale Initiativen gegen diesen Wahn gebildet. Neben den Klimaschäden bringt Kohle nämlich noch manches andere Problem mit sich: Die geplanten Anlagen sind riesig, verbrauchen viel Kühlwasser und emittieren Unmengen an Feinstaub, Quecksilber, Arsen, Cadmium und Stickoxiden.

Auch gegen den Abbau der Kohle wächst der Widerstand. Bergwerke gefährden die über ihnen liegenden Siedlungen, und die Tagebaue verwandeln ganze Landstriche in Mondlandschaften. In Brandenburg läuft daher seit Oktober 2007 eine Volksinitiative gegen die Erschließung neuer Vorkommen, die bundesweit mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung gebrauchen könnte. Schließlich ist der beste Klimaschutz noch immer, die Kohle im Boden zu lassen und die Energie stattdessen aus Wind und Sonne zu gewinnen.

NETZE ENTEIGNEN. Um letzteres im großen Maßstab zu ermöglichen, ist allerdings der Umbau der Höchstspannungsnetze von enormer Bedeutung, die bisher ganz auf die zentralisierte Versorgung durch die überdimensionierten Atom- und Kohlekraftwerke ausgerichtet sind. Deshalb wäre es wichtig, dass die in letzter Zeit von AT-TAC und anderen gestellte Forderung nach

der Enteignung der Konzerne dahingehend präzisiert wird, dass die Netze sofort in öffentliche Hand überführt werden müssen. Eine staatliche oder öffentlich-rechtliche, auf jeden Fall nichtkommerzielle Netzgesellschaft wäre ein hervorragendes Mittel, den Umbau der Stromversorgung voranzutreiben.

Für solche Forderung muss viel Bündnisarbeit geleistet werden – was nicht jedermanns Sache ist –, aber dies lässt sich durchaus auch mit spektakulären Aktionen verbinden. In Australien haben im letzten Jahren Aktivisten die Förderbänder in Newcastle, dem wichtigsten Umschlaghafen für Kohle vom fünften Kontinent, besetzt. Für fast einen ganzen Tag konnten die Ausfuhren blockiert werden. Für diesen Juli plant man eine Wiederholung im größeren Rahmen. In Deutschland bieten sich neben den Importhäfen vor allem die riesigen Bagger der Tagebaue an. Zeit, der Öffentlichkeit den Ernst der Lage zu demonstrieren, ist es allemal.

Wolfgang Pomrehn lebt und arbeitet als Journalist in Berlin, wenn er nicht gerade im Lande herumtour, um sein im September 2007 bei *PapyRossa* erschienenen Buch *Heiße Zeiten – Wie der Klimawandel gestoppt werden kann* vorzustellen.

nachgefragt:

attac hat eine Klimaschutz-Kampagne gegen Stromkonzerne gestartet

24



attac startet eine Kampagne gegen die Stromkonzerne unter dem sinnigen Titel Power to the People. Wie ist die Idee dafür entstanden?

Es war unter anderem eine Reaktion auf den G-8-Gipfel in Heiligendamm im Juli 2007, auf dem sich Angela Merkel als „Klima-Queen“ dargestellt hat. Bei attac haben wir daraufhin diskutiert, uns in die Klimadebatte einzumischen. Wir wollten uns aber nicht unmittelbar auf das Feld der Klimapolitik begeben, sondern an die Wurzel des Problems gehen. Das heißt, wir stellen die Eigentumsfrage, da wir in der privaten Verfügungsgewalt über das Weltenergiesystem einen wesentlichen Grund für den Klimawandel sehen.

Es geht uns also um die Enteignung der Stromkonzerne zugunsten einer demokratisch verfassten öffentlichen Hand. Dazu

gehört für uns unter anderem auch der Kampf gegen die Privatisierung von Stadtwerken und für die demokratische Kontrolle der Energieversorgung auf der lokalen Ebene. Das heißt, auch die verbliebenen öffentlichen Unternehmen – wie etwa EWE in Niedersachsen, Deutschlands fünftgrößter Energieversorger und noch zu 100 Prozent im öffentlichen Besitz – müssen demokratisch kontrolliert werden. Bisher führt eine obrigkeitstaatliche Struktur dieser Unternehmen meist dazu, dass die Stromversorgung nicht nach ökologischen und sozialen Maßstäben erfolgt. Ein anderes negatives Beispiel dafür ist die Vattenfall AG, die im Besitz des schwedischen Staates ist. Uns geht es also nicht um Verstaatlichung, sondern um demokratische Aneignung.

Ein anderer Aspekt der Kampagne ist, dass wir die soziale Frage betonen. Es gibt viele Leute, die kaum noch ihre Energierechnungen bezahlen können. Eine soziale Grundversorgung muss her. Anders wird man gar nicht die Mehrheiten für die nötige Energiewende zusammenbekommen.

Wie läuft die Kampagne?

Wir wollen mit der Kampagne die angesprochenen Fragen in die Klimapolitik hineinragen, auch in die lokalen Auseinandersetzungen um neue Kohlekraftwerke, an denen sich einige attac-Gruppen beteiligen. Wir hoffen, lokale Gruppen dazu anregen zu können, sich vor Ort die Energieversorgung anzueignen und gegen Privatisierung zu kämpfen. Auf der Bundesebene verfol-

gen wir den Prozess, den E.on mit der Ankündigung angestoßen hat, sein Netz verkaufen zu wollen. Dazu betreibt die Kampagne Presse- und Bündnisarbeit. Aber im Moment sind wir eigentlich noch dabei, Regionalkonferenzen abzuhalten, mit denen das Thema in attac verankert werden soll. Die werden bis in den Herbst stattfinden.

Das hört sich alles ein bisschen theoretisch an. Gibt es auch Aktionen?

Ja. Anfang des Jahres haben wir zum Beispiel gegen die Strompreiserhöhungen protestiert. Des Weiteren haben wir vor den Hauptversammlungen von RWE und E.on protestiert. Zur Zeit sind wir gerade dabei, intensive Kontakte nach Schweden zu knüpfen, um zu sehen, ob gemeinsam etwas gegen die Politik Vattenfalls gemacht werden kann. Schließlich wird sich ein Teil von attac sicherlich Mitte August am Klimacamp in Hamburg beteiligen, bei dem Aktionen gegen den dortigen Kohlehafen und gegen eine große Agrosprit-Fabrik geplant sind.

Wie langfristig ist die Kampagne angelegt?

Einen zeitlichen Rahmen gibt es noch nicht. Aber attac engagiert sich seit langem gegen Privatisierung und für demokratisierte öffentliche Dienstleistung. Wenn also die Kampagne einmal abgeschlossen werden sollte, dann wird das Thema „demokratische Kontrolle“ der Energieversorgung sicherlich nicht verschwinden.

Alexis Passadakis ist Mitglied im Koordinierungskreis von attac-Deutschland. Das Gespräch führte **Wolfgang Pomrehn**.



Die Ermächtigung der Natur: „sumak kausai“

Eduardo Galeano

Die Welt schafft tote Naturbilder – die natürlichen Wälder sterben, die Pole schmelzen, die Luft ist schwer zu atmen, die Blumen und das Essen werden künstlich – und Himmel und Erde spielen verrückt.

Während dessen diskutiert ein lateinamerikanisches Land, Ecuador, eine neue Verfassung. Darin soll zum ersten Mal in der Weltgeschichte die Möglichkeit geschaffen werden, die Rechte der Natur per Gesetz zu sichern.

Die Natur hat viel zu sagen, und es wird allmählich Zeit, dass wir, ihre Kinder, uns nicht mehr taub stellen. Und vielleicht hört sogar Gott den Ruf aus diesem Anden-Land und fügt ein elftes Gebot hinzu, das ihm damals auf dem Berg Sinai entfallen war: „Du sollst die Natur lieben, deren Teil Du bist.“

DIE NATUR, EIN OBJEKT, DAS SUBJEKT

WERDEN WILL. Viele tausend Jahre lang hatten fast alle Menschen das Recht, keine Rechte zu haben. Aber heutzutage – wo nicht wenige noch immer ohne Rechte sind – erkennt man wenigstens das Recht an, Rechte zu besitzen. Das ist immerhin mehr als eine karitative Geste der Herren der Welt, um ihre Dienerschaft zu trösten.

Und die Natur? In gewisser Weise könnte man sagen, dass die Menschenrechte auch die Natur mit einschließen, denn sie ist ja keine Postkarte, die man von außen betrachtet. Die Natur ist sich aber sehr wohl bewusst, dass auch die besten Gesetze sie nur als Eigentumsobjekt behandeln, und nie als Rechtssubjekt.

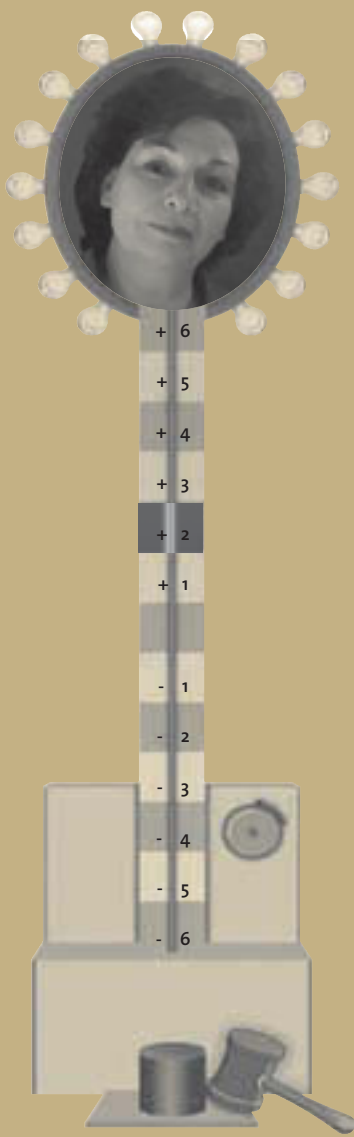
Reduziert zur einfachen Quelle von Naturressourcen und guten Geschäften, kann die Natur schwer verwundet, ja sogar ausgelöscht werden, ohne dass man ihre Beschwerden hören würde. Die juristischen Normen verhindern nicht einmal die offensichtliche Straffreiheit für Natur-Kriminelle. Im besten Falle bekommen die menschlichen Opfer eine mehr oder weniger symbolische Abgeltung – aber immer nur, nachdem der Schaden entstanden ist. Die Attentate auf die Erde, das Wasser oder die Luft werden von der Gesetzeslage nicht verhindert. Sie halten sie nicht einmal auf.

Trotzdem, es klingt irgendwie seltsam, nicht wahr? Dass die Natur Rechte haben sollte... Irgendwie verschroben. So als wäre die Natur eine Person! Dagegen scheint es das Normalste der Welt zu sein, dass die Konzerne Menschenrechte genießen. Schon im Jahr 1886 hat der Oberste Gerichtshof der USA – das Vorbild schlechthin für die Weltjustiz – die Menschenrechte auf die privaten Konzerne ausgedehnt. Per Gesetz besitzen sie die gleichen Rechte wie die Personen: das Recht auf Leben, auf freie Meinungsäußerung, auf Privatheit und alles sonst, als würden Konzerne atmen können. Inzwischen sind 120 Jahre vergangen, aber das Gesetz gilt noch immer. Niemand scheint sich daran zu stoßen.

Im Grunde genommen ist daher gar nichts Seltsames oder Anormales an dem Projekt, die Rechte der Natur in die neue Verfassung von Ecuador einzubringen.

SCHREIE UND GEFLÜSTER. Dieses Land hat viele Verwüstungen in seiner Geschichte erlebt. Nur um ein Beispiel zu nennen: Über ein viertel Jahrhundert lang, bis 1992, hat der Erdölkonzern Texaco ungestraft etwa 85 Milliarden Liter Gift über Land, Flüsse und Leute erbrochen. Nach dieser Wohltätigkeitsleistung am Amazonas in Ecuador

Fortsetzung auf Seite 27



Ach, wirklich, **Frau Goetsch!** Sie wollen es geschafft haben, die CDU Hamburgs auf einen menschen- und umweltfreundlichen Koalitionskurs zu verpflichten? Am alten und neuen Ersten Bürgermeister sei nur noch „der blaue Anzug richtig CDU“! Tatsächlich haben Sie vor der CDU-Position kapituliert, wonach die Elbvertiefung „nicht verhandelbar“ sei. Die Grünen werden also für eine Maßnahme mitverantwortlich sein, die „ein unkalkulierbares Risiko für Natur und Deichsicherheit“ darstellt. So steht es (noch) auf der Homepage der Hamburger Grünen (www.Hamburg.Gruene.de; Zugriff vom 28.4.2008). Noch am 18. März demonstrierten die Grünen und 8000 Menschen entlang der Unterelbe gegen die Elbvertiefung. Aber vielleicht hat diese Demo ja dazu beigetragen, dass Sie Bildungs-Senatorin wurden, dass Ihre Kollegin Anja Hajduk sich als „Supersenatorin“ (für Stadtentwicklung, Umwelt, Bau und Verkehr) sieht und dass Till Steffen für den Bereich Justiz als drittes grünes Mitglied am Senatstisch Platz nehmen darf – neben Ole von Beust, im CDU-blauen Anzug versteht sich.

meldungen

Hamburger Hafen – Verdopplung (1)

Als die CDU Hamburg im Vorfeld der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen den Landes-Grünen ultimativ ein Ja zur Elbvertiefung abverlangte, artikuliert sie vor allem die Forderungen des Hamburger Hafenbetriebs HHLA. Dieser ehemals rein städtische und seit Oktober 2007 zu 31 Prozent teilprivatisierte Konzern nimmt erheblichen und wachsenden Einfluss auf die Landespolitik. Die HHLA wird von der kapitalistischen Globalisierung und von dem rasanten Wachstum der internationalen Containerschiffahrt getrieben. Um in der Standortkonkurrenz der internationalen Containerhäfen mithalten zu können, will die HHLA die Kapazität in Hamburg bis 2012 auf 12 Millionen Standardcontainer (TEU) knapp verdoppeln. Dafür sollen 1,5 Milliarden Euro investiert werden. Parallel will der Hamburger Senat bis 2015 rund drei Milliarden Euro in die Hafeninfrastruktur investieren. 2007 wuchs der HHLA-Umsatz um 16 Prozent, der Gewinn gar um 32 Prozent. Erwirtschaftet wurden diese überproportionalen Ergebnisse von 4565 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2006: 4215).

Masterplan Güterverkehr – Verdopplung (2)

Mitte März 2008 legte der Bundesverkehrsminister einen „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ vor. Er wurde auch von Umweltverbänden gelobt, z.B. vom BUND: „Positiv bewertet der BUND, dass die Erstellung des Masterplanes im Verkehrsministerium ein Umdenken eingeleitet hat. Ein Thema wie die Notwendigkeit stärkerer Verkehrsvermeidung“ sei dort jetzt „endlich angekommen.“ Tatsächlich ist der Plan von Wachstumsfetischismus geprägt. Im Zeitraum 2004 bis 2025 soll die Güterverkehrsleistung um 71 Prozent gesteigert werden. Der Straßengüterverkehr soll überproportional wachsen (um 79 Prozent); der Straßengüterfernverkehr noch stärker (um 84 Prozent). Der Schienen-güterverkehr darf dann ebenfalls massiv mitwachsen (um 67 Prozent). Das Programm enthält vor allem konkrete Ausbauprojekte für das Straßennetz. Dazu heißt es im Masterplan: „Die Entmischung von Güter- und Personenverkehr auf der Straße lässt sich am effizientesten durch den sechs- und achtspurigen Ausbau der Bundesautobahnen erreichen“. Gleichzeitig soll das deutsche Autobahnnetz nochmals um rund 8000 Kilometer verlängert werden.

Der Masterplan sieht auch eine „Engpassbeseitigung bei der Schiene“ vor. Es ist die Rede von einer „Entmischung“ bei der Schiene, u.a. sollen Güterzüge in der Nacht „verstärkt priorisiert werden“ – also Vorfahrt haben. Kein Wort findet sich zu den bahntinternen Plänen,

im Zuge der Ende April beschlossenen Teilprivatisierung das Schienennetz um bis zu 10.000 km zu kappen.

Flugverkehr – Verdopplung (3)

Der (erfreuliche) Mißerfolg des Berliner Volksentscheids für einen fortgesetzten Flugbetrieb in Berlin-Tempelhof vom 27. April darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld der Flugverkehr über Berlin verdoppeln soll: von derzeit 200.000 Flugbewegungen im Jahr auf rund 400.000 im Jahr 2020. Für den Flughafen Frankfurt/M. ist „nur“ eine Steigerung um knapp 50 Prozent vorgesehen (von 500.000 auf 700.000 Flugbewegungen im Jahr). Auf dem Münchener Franz-Josef-Strauß-Airport sollen sich die Flugbewegungen auch verdoppeln (von 300.000 auf 610.000).

Alpentransit – Verdopplung (4)

Im April wurden in Österreich die neuesten Statistiken zum alpenquerenden Gütertransit mit einem kollektiven Aufschrei kommentiert. Danach rollten 2007 6,5 Millionen Lkw über Österreichs Alpenpässe; 1994 waren es „nur“ 3,6 Millionen. Die Entwicklung wird durch den Einsatz immer größerer Lkw noch beschönigt: Bei der Tonnage gab es im genannten Zeitraum eine Verdopplung. Dabei beeindruckt der Vergleich Österreich – Schweiz: Allein über den österreichischen Brenner-Pass fuhr um eine Million mehr Lkw als über alle schweizerischen Pässe. Dafür gibt es einen allgemeinen und zwei spezifische Gründe. Der allgemeine lautet: Die Schweiz ist kein EU-Mitglied; die in der EU proklamierte absolute Freiheit der Warenzirkulation hat hier keine Rechtskraft, weswegen u.a. sehr hohe Lkw-Mautgebühren möglich sind. Der erste spezifische Grund lautet: Die Schweiz erhebt eine Maut auf den Lkw-Transit, die drei Mal so hoch wie die deutsche Lkw-Maut auf Autobahnen und doppelt so hoch wie die Brennerpass-Lkw-Maut ist. Der zweite besondere Aspekt betrifft den „modal split“, die Verkehrsverteilung: In der Schweiz werden zwei Drittel des Gütertransitverkehrs auf der Schiene abgewickelt; „nur“ ein Drittel rollt per Lkw durch das Land. In Österreich konzentrieren sich 70 Prozent des Gütertransitverkehrs auf die Straße und „nur“ 30 Prozent auf die Schiene.

Nachrichtlich: Inzwischen entfallen rund die Hälfte aller internationalen Gütertransporte auf „intra-firm-trade“, auf Handelsströme innerhalb jeweils ein und desselben Konzerns: von VW Puebla zu VW Schanghai zu VW Salzgitter. Vergleichbares erfolgt innerhalb des GM/Opel-, des IBM- oder des Nestlé-Imperiums.



„Texaco's Ecuador Operation“ Foto: Amazon Watch 2002

Fortsetzung von Seite 25

wurde das in Texas gegründete Unternehmen verheiratet mit dem Chevron-Konzern aus Kalifornien unter der Leitung von Condoleezza Rice. Später hat eine Ölpipeline Condoleezza ins Weiße Haus gespült, während die Familie Chevron Corporation (mit der Marke Texaco) weiterhin die Welt vergiftete.

Die Wunden, die Texaco und andere Konzerne dem Boden von Ecuador geschlagen haben, sind nicht die einzigen Denkanstöße für die nun geplante juristische Erneuerung. Als Teil eines allgemeineren Prozesses zur Rückgewinnung älterer Traditionen Ecuadors und ganz Amerikas bekommt die Natur ihren Stellenwert zurück. Es geht darum den Staat in die Verantwortung zu nehmen für das Recht auf die Erhaltung (und Regenerierung) grundlegender Naturzyklen. Die einberufene verfassungsgebende Versammlung definiert bereits die Ziele für die angestrebte nationale Renaissance.

Im Hintergrund steht das Lebensideal von „sumak kausai“ – was auf Quechua (einer Sprache, die auch von den Inkas gesprochen wurde) „harmonisches Leben“ bedeutet. Gemeint sind sowohl die Harmonie unter uns Menschen, als auch die Harmonie mit der Natur, die uns zeugt, uns nährt und uns umgibt. Die Natur hat ein eigenes Le-

ben und auch eigene Werte, die jenseits von unseren Werten als Menschen Bestand haben.

Diese Traditionen sind in Ecuador in wunderbarer Weise noch immer lebendig, trotz des schweren Erbes des Rassismus, der weiterhin die Wirklichkeit und die Geschichte des Landes und ganz Amerikas verstümmelt. Jedenfalls sind diese Traditionen nicht Alleineigentum der zahlreichen indigenen Bevölkerungen, die sie über fünf Jahrhunderte der Verbote und Verachtung erhalten haben. Diese Stimmen der Vergangenheit, die uns nun helfen eine andere mögliche Zukunft zu erahnen, gehören dem ganzen Land und der ganzen Welt.

Seit dem das Schwert und das Kreuz auf amerikanischen Boden gelandet sind, hat die europäische Eroberung die Verehrung der Natur bestraft. Sie wurde als Sünde, als Götzendienst geahndet mit schweren Strafen wie Auspeitschen, Aufhängen oder Verbrennen.

Die Kommunion zwischen Natur und den Menschen, ein heidnischer Brauch, wurde zuerst im Namen Gottes, dann später im Namen der Zivilisation verdammt. In ganz Amerika und in der Welt zahlen wir noch immer für die Folgen dieser erzwungenen Scheidung.

Eduardo Galeano ist uruguayischer Schriftsteller und Journalist, Autor von *Die offenen Adern Lateinamerikas*, *Erinnerungen an das Feuer* u.a. Neu erschienen: *Especjos – Una historia casi universal*

SoZ Sozialistische
Zeitung

Anzeige

monatlich mit **24 Seiten**
Berichten und **Analysen** zum
alltäglichen kapitalistischen
Irrsinn und den Perspektiven
linker Opposition

In der Mai-Ausgabe u. a.:

- Tibet: Gibt es eine gerechte Seite? Materialien zur Diskussion
- Markt oder Staat? Die Krise der Landesbanken und die Kontrolle der Finanzmärkte
- Alain Krivine über den Mai 68 in Frankreich

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben)
gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag GmbH

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Sara Andersson



Foto: Alstöm-Chor

Europa verändern

Skandinavien verspricht sich viel vom Europäischen Sozialforum

28

Nach Florenz 2002, Paris 2003, London 2004 und Athen 2006 wird es in diesem Jahr wieder ein Europäisches Sozialforum (ESF) geben, und zwar im September im südschwedischen Malmö. Seit über einem Jahr laufen die Vorbereitungen. Im Vergleich zu Städten wie Paris, London oder Athen ist Malmö sehr klein, was zugleich Chancen, aber auch besondere Herausforderungen mit sich bringt. Zum einen wird das Forum mit seinen geschätzten 20.000 Teilnehmern unter den 300.000 Einwohnern sehr sichtbar sein und Ausstrahlung entwickeln. Zum anderen ist es aber ein Problem, dass Skandinavien sehr dünn besiedelt ist und die Entfernungen riesig sind (der Norden Norwegens, Schwedens und Finnlands ist von Malmö eben so weit entfernt wie Rom!).

Die Mobilisierung wird daher schwierig. Außerdem haben die wenigen sozialen Bewegungen nicht viel Geld, und der Sozialforum-Prozess ist zudem in Skandinavien bisher relativ unbekannt.

Wir haben dennoch den Versuch gewagt. Jüngste Entwicklungen in Schweden wie auch in den anderen skandinavischen Ländern haben gezeigt, wie wichtig es ist, das ESF zu uns zu holen. Die letzte Wahlen in Schweden haben eine neoliberale Regierung an die Macht gebracht. Die Gewerkschaften, die sehr eng mit der Sozialdemokratie verbunden sind, wurden in die Opposition gezwungen. Letzteres wiederum er-

möglicht ihre Teilnahme am ESF, die vermutlich unter einer sozialdemokratischen Regierung nicht möglich gewesen wäre.

KAMPAGNEN ZUR VERTEIDIGUNG DES SOZIALSTAATS. Unser berühmtes Wohlfahrtsystem ist inzwischen schweren Angriffen ausgesetzt, und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen schreitet schnell voran. Doch auch der Widerstand wächst. Die Kampagnen zur Verteidigung des Wohlfahrtsstaates in Norwegen wie auch in Schweden und Dänemark haben eine wichtige Rolle bei der Schaffung von neuen Kontakten zwischen Bewegungen gespielt, die bisher kaum zusammengearbeitet haben, wie zum Beispiel den Gewerkschaften sowie attac und Friends of the Earth. Die Zusammenarbeit bei der ESF-Vorbereitung hat diesen Effekt verstärkt. Das ESF nach Skandinavien zu holen war also wichtig, um den sozialen Bewegungen den positiven Impuls zu geben, den sie so sehr für ihren täglichen Kampf brauchen. Dies wird hoffentlich helfen, die öffentliche Debatte in eine andere Richtung, weg vom neoliberalen Mainstream, zu lenken.

Nicht zuletzt gibt es uns die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und Bündnisse mit Bewegungen aus anderen Teilen Europas herzustellen, die wir für die vor uns liegenden Aufgaben brauchen. Wir wollen, aufbauend auf unseren Traditionen von Volksbewegungen, starken Gewerkschaften, relativer Geschlechtergerechtig-

keit und einem starken Wohlfahrtsstaat, mit dem skandinavischen ESF dem Sozialforumprozess in Europa neue Impulse geben. Dafür brauchen wir aber Mithilfe. Wir wissen, dass starke Bündnisse von Bewegungen und Organisationen Europas Weg verändern können und verändert werden. Wir zählen wegen seiner Nähe vor allem auf starke Beteiligung aus Deutschland. Aber wir müssen uns auch gemeinsam bemühen, unsere mittel- und osteuropäischen Freunde in den ESF-Prozess einzubeziehen, denn sie haben eine zentrale Rolle in der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.

EINLADUNG NACH MALMÖ. Vom 17. bis zum 21. September wird Malmö das Zentrum eines fortschrittlichen Europas sein. Es wird Workshops, Seminare, Debatten, Demos, Filme, Musik, Kunst und viel Raum geben, über Strategien und das Bilden neuer Bündnisse nachzudenken. Zehntausende von Aktivisten und ein breites Spektrum von Organisationen werden sich treffen, um Erfahrungen auszutauschen und nicht zuletzt, um Vorschläge auszuarbeiten und effektive Mobilisierungen und Aktionen anzustoßen. Auf dem ESF geht es nicht um bloße Reflektionen über die aktuelle Situation – es geht darum, Europa und die Welt zu ändern. Wir sehen uns in Malmö!

Sara Andersson ist Mitglied von attac-Schweden und des Nordischen Organisationskomitees für das ESF 2008 in Malmö.
Infos: www.esf2008.org und www.fse-esf.org.
Übersetzung aus dem Englischen: Lunapark21

Pure Heuchelei

Japans soziale Bewegungen bereiten sich auf den G-8-Gipfel vor

Wolfgang Pomrehn



Richtig willkommen sind sie nirgendwo, die Mächtigen dieser Welt. Im Juli treffen sich die Chefs der G-8-Staaten wieder zu ihrem jährlichen Gipfel, und erneut wird es massive Proteste geben. Gastgeber ist Japan, und das Treffen wird in Toyako auf Hokkaido stattfinden, der nördlichsten der Hauptinseln des Archipels. Die ursprünglichen Bewohner der Insel sind übrigens die Ainus, die von den japanischen Eroberern vollständig an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Bei ihnen heißt die Insel Ainu Mosir.

Doch es ist kaum anzunehmen, dass sich die versammelten Staats- und Regierungschefs bei ihren Gesprächen vom 7. bis zum 9. Juli um derlei scheren. 20.000 Polizisten werden dafür sorgen, dass die graue Realität ihrer Politik sie nicht bei ihrem Tête à Tête behelligt, und wenn die nicht reichen, stehen auch noch Japans „Selbstverteidigungskräfte“ bereit, so nennt man dort die laut Verfassung nicht existente Armee. Mitte März gab es die ersten gemeinsamen Manöver von Polizisten und Soldaten. Für die Regierenden im benachbarten China wird das Ganze sicherlich eine interessante Lehre im „friedlichen“ Umgang mit Protesten sein.

ALTERNATIVGIPFEL SAPPORO. In Japan haben sich unterdessen verschiedene, zum Teil landesweite, zum Teil regionale, Bündnisse gebildet, die Aktionen gegen den G-8-Gipfel vorbereiten. In der Hauptstadt To-

kyo und den umliegenden Präfekturen gehen die eher reformorientierten Kräfte und die Linken getrennte Wege. In anderen Regionen ist eine Zusammenarbeit möglich. Gemeinsame Foren und Aktionen gegen die vorausgegangenen G-8-Ministertreffen in Kobe und Kyoto waren das Ergebnis.

Vom 6. bis zum 8. Juli wird es in Sapporo, das ebenfalls auf Hokkaido gelegen ist, einen Alternativgipfel geben. Geplant sind außerdem verschiedene Demonstrationen. An den Vorbereitungen beteiligen sich Gewerkschaften, Kleinbauernorganisationen, Gruppen der neuen Linken, attac-Japan, Umweltschützer und nicht zuletzt die Friedensbewegung. Diese befindet sich derzeit in einer wichtigen Auseinandersetzung um die Verteidigung des Artikels Neun der Verfassung, der Japan zu einem Land ohne Militär erklärt. Den japanischen Eliten ist so viel Pazifismus inzwischen ein übler Dorn im Auge.

Auch international tut sich einiges. Im benachbarten Südkorea mobilisieren der Dachverband der demokratischen Gewerkschaftsbewegung KCTU und andere Globalisierungskritiker, die bereits im Dezember 2005 den Protesten gegen die WTO-Konferenz in Hongkong eine kämpferische Note verliehen hatten. Aus Südostasien haben sich ebenfalls diverse Gruppen angekündigt, und das People's-Global-Action-Netzwerk, ein loser internationaler Zusammenschluss radikaler Globalisierungskritiker, or-

ganisiert so genannte Speakers Tours: Aktivisten reisen durch verschiedene Länder, um über die bevorstehenden Proteste zu informieren. Nicht zuletzt im benachbarten Russland wird die Trommel gerührt.

G-8 DIKTIERT KURS DER WELT. Ein internationaler Aufruf, den diverse Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen, Bauernorganisationen und radikalere Nichtregierungsorganisationen aus Japan, Südkorea, Indonesien und einigen anderen Ländern der Region unterzeichnet haben, bringt die Motive der Mobilisation gut auf den Punkt: „Die G-8-Nationen beherbergen nur 14 Prozent der Weltbevölkerung, und doch diktieren die auf diesen Treffen gemachten Entscheidungen den Kurs der Welt. Mehr denn je ist heute klar, dass diese Entscheidungen nichts als Zunahme von Armut, wachsende Unsicherheit, steigende Verschuldung, Militarisierung und Krieg gebracht haben. Und nun drängen die G-8-Staaten auch noch darauf, dass der Klimawandel, der die Zukunft des Planeten gefährdet, mit marktwirtschaftlichen Lösungen aufgehalten werden soll. Der Gastgeber, die japanische Regierung, hat versprochen, Klima zum wichtigsten Thema des Gipfels zu machen, doch das ist pure Heuchelei. In Wirklichkeit nimmt sie gerade unter dem Druck der japanischen Industrie Abstand von einer verbindlichen Begrenzung der Treibhausgasemissionen.“

Wahnwitz Agrosprit

Ernährungskrise stellt Kraftstoffe aus Nahrungsmitteln in Frage

Wolfgang Pomrehn

30

Das hat die Welt seit langem nicht gesehen. Eine Welle von Hungerrevolten breitet sich rund um den Globus aus. Von den Philippinen über Bangladesch, Ägypten und verschiedene Staaten Westafrikas bis nach Haiti liefern sich Demonstranten Schlachten mit der Polizei. Explodierende Preise für Grundnahrungsmittel treiben sie auf die Straße. Auf Haiti stürzte Mitte April gar die Regierung. 33 Länder, befürchtet die Weltbank, sind aufgrund steigender Lebensmittelpreise von internen Konflikten bedroht.

Um 130 Prozent ist der Weizenpreis von März 2007 bis März 2008 gestiegen. Für

Soja musste in der gleichen Zeit 87 Prozent mehr hingelegt werden, und Reis verteuerte sich seit 2004 um 100 Prozent. Allein im ersten Quartal 2008 war der Preis für die weißen Körner, die für mehr als die Hälfte der Menschheit das wichtigste Grundnahrungsmittel darstellen, um 50 Prozent geklettert, und in Ostasien befürchtet man für die kommenden Monate einen weiteren Anstieg um bis zu 40 Prozent.

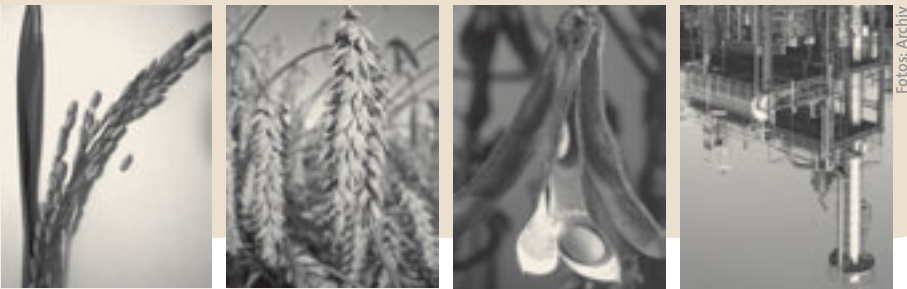
Hierzulande ist man zwar von Hungerdemonstrationen weit entfernt, doch wer sich mit Hartz Vier oder Minijobs durchschlägt, kann schon ganz gut nachempfinden, was

ägyptische Textilarbeiter oder indonesische Motorrikschafahrer erzürnt. Offiziell betrug die Inflationsrate im Euro-Raum im Frühjahr 2008 3,5 Prozent. Werden allerdings Lebensmittel stärker und sich verbilligende Elektronik geringer gewichtet, wie es ein Schweizer Statistiker kürzlich für einen speziellen Rentner-Warenkorb getan hat, dann kommt man zu einer deutlich höheren Rate. In der Schweiz liegt sie bei sechs Prozent, in Österreich und Deutschland dürfte sie ähnlich hoch sein. Noch schlimmer sieht es bei den Nachbarn im Osten aus, wo die Preissteigerung inzwischen meist im zweistelligen Bereich liegt.

Energetischer Unsinn

Agrosprit ist nicht nur höchst bedenklich, weil er der Nahrungsmittelproduktion gefährliche Konkurrenz macht. Er ist auch unter dem Blickwinkel der energetischen Effizienz einfach unsinnig. Die Energie, die im Rapsöl oder Ethanol steckt, geht letztendlich auf Sonneneinstrahlung zurück, die mittels Photosynthese in chemische Energie umgewandelt wird. Doch das ist ein denkbar ineffizienter Prozess. Nur ein Bruchteil der Sonnenenergie wird eingefangen. Unterm Strich ist daher die Energieausbeute des Agrosprits erheblich niedriger als bei anderen Techniken. In Brandis, im nördlichen Sachsen, entsteht derzeit der Fotovoltaikpark *Waldpolenz*. Dort werden nach Fertigstellung pro Jahr auf jedem Hektar des Betriebsgeländes etwa 360.000 Kilowattstunden elektrische Energie gewonnen. Umgerechnet auf die bloße Fläche der Solarmodule wäre es sogar mehr als das Doppelte, und das an einem

Standort, der im weltweiten Vergleich nicht gerade zu den günstigsten für die Ernte der Sonnenenergie zählt. Aus einem Rapsfeld lassen sich hingegen pro Jahr und Hektar nur rund 12.000 Kilowattstunden gewinnen, aus einem Maisfeld 23.000 und aus dem Zuckerrohranbau 38.000 Kilowattstunden pro Hektar und Jahr. Selbst die günstigste Agrospritvariante wird also von der Fotovoltaik in Sachen Energieertrag pro Fläche weit zurückgelassen. Das wird sich auch mit dem so genannten Agrosprit der zweiten Generation nicht groß ändern, für den auch Stängel und andere bisher ungenutzte Pflanzenbestandteile verwertet werden sollen. Selbst mit diesem Verfahren, das bisher noch keine Marktreife erreicht hat, wird der Energieertrag bestenfalls verdoppelt. Getoppt wird diese denkbar schlechte Bilanz der Energiepflanzen noch durch die Tatsache, dass Kraftstoffe in Pkw- und Lkw-Motoren mit miserablen Wirkungsgraden von rund 20 Prozent verbrannt werden. Der Einsatz von Strom in Bahnen, Bussen oder auch Taxis wäre erheblich sinnvoller.



URSACHEN: KLIMAWANDEL, FREI-

HANDEL... Der Notstand hat sich seit längerem abgezeichnet, auch wenn die hiesigen Regierungen mal wieder sehr überrascht tun. Schon im September 2006 berichtete die britische Zeitung *The Independent*, dass die weltweiten Nahrungsmittelvorräte seit Beginn des Jahrtausends bedenklich zurückgegangen sind. 1999 hatten sie gereicht, um die Weltbevölkerung 116 Tage zu ernähren, im Sommer 2006 langte es nur noch für 57 Tage.

Die weltweiten Reissvorräte befinden sich mit 72 Millionen Tonnen derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 1984. Die Gründe für die Nahrungsmittelkrise sind vielfältig. Zum einen sind schwere Unwetter in Südostasien und China sowie extreme Dürren in den USA und Australien zu nennen, die die Ernten vernichteten oder stark dezimierten. Manches davon fiel in die Rubrik normale Wetterkapriolen, doch der ausgebliebene Niederschlag in Australiens Kornkammer und die ausgedehnte Trockenheit in weiten Teilen der USA können als Vorboten des Klimawandels verbucht werden.

Was wir derzeit erleben, gibt uns also auch eine gewisse Vorstellung davon, wie prekär in einer wärmeren Welt die Ernährung der Weltbevölkerung werden könnte. Zum anderen ist die Nahrungsmittelkrise auch eine

Folge der Agrarpolitik der Industriestaaten. Ihre Subventionen in Kombination mit der Freihandelspolitik, die sie vielen ärmeren Ländern aufzwingen, gefährdet in den betroffenen Staaten vor allem die Kleinbauern. Diese können oft mit den europäischen und US-amerikanischen Billigwaren, die auf ihre heimischen Märkte drängen, nicht mithalten. Die Folge: Bauern geben ihre Felder auf, lokale Produktionskapazitäten verschwinden, viele Menschen gehen vom Land in die Städte und verlieren auch noch ihre Subsistenzgrundlage, das heißt, sie werden vom Markt abhängig und können sich in Notzeiten nicht mehr eigenständig ernähren.

... UND AGRARSPRIT Schließlich ist da noch als dritter und vielleicht wichtigster Ursachenblock die Umwandlung von Nahrungsmitteln in Agrarkraftstoff. In den Medien hat sich die verharmlosende Bezeichnung „Biosprit“ durchgesetzt, doch „Agrosprit“ trifft den Sachverhalt deutlich besser. Die deutsche Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, schätzt seinen Anteil an der derzeitigen Krise je nach Land auf 30 bis 70 Prozent, doch ihre Kabinettskollegen versuchen abzuwiegeln.

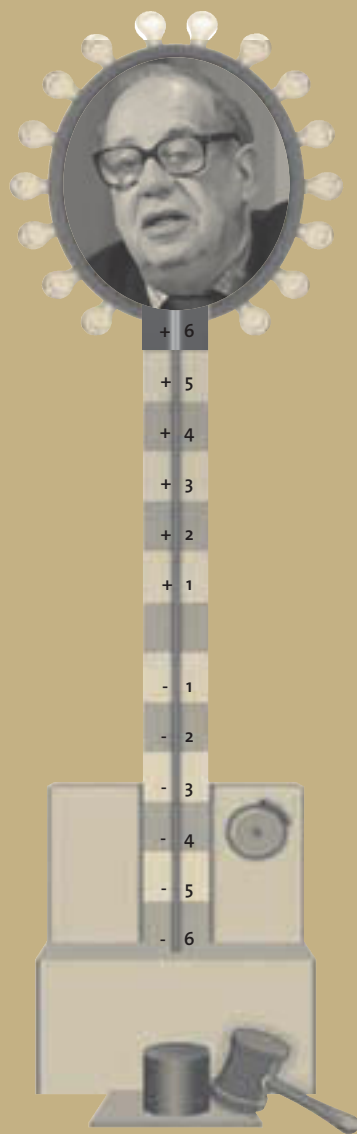
Immerhin ist die Bundesregierung eifrigste Befürworterin des EU-Beschlusses, nach

dem bis 2020 zehn Prozent des Pkw- und Lkw-Kraftstoffs aus Ethanol oder Agrardiesel bestehen soll. Auch in den USA, in Brasilien, Thailand, Australien, China und einigen anderen Staaten gibt es Beimischungsquoten. Ethanol wird aus der Vergärung von Zuckerrüben, Kartoffeln, diversen Getreidesorten und Zuckerrohr gewonnen, Diesel aus den Pflanzenölen von Palmen, Raps, Soja und zunehmend auch aus Jatropha. Letzteres ist ein Strauchgewächs, dessen Früchte ungenießbar, aber sehr ölhaltig sind. In einigen Ländern Afrikas beginnt kommerzialisierter, großflächiger Jatrophaanbau bereits die Nahrungsmittelproduktion zu verdrängen.

AGROSPRIT FÖRDERT KLIMAWANDEL.

Zwei Argumente werden für den Agrosprit gewöhnlich ins Feld geführt: Energiesicherheit und Klimaschutz. Was das erstere angeht, lässt sich leicht zeigen, dass die landwirtschaftlichen Flächen nie und nimmer reichen, um den derzeitigen Verbrauch von Erdöl mit nachwachsenden Rohstoffen zu ersetzen. Sie sind außerdem energetisch unsinnig (siehe Kasten). Auch Klimaschutz lässt sich mit ihnen kaum erzielen, denn bei ihrer Erzeugung fallen durchaus in größeren Mengen Treibhausgase an, insbesondere, wenn Palmöl verwendet wird oder wenn bei der Herstellung von Ethanol in Ostdeutschland Braunkohle-Strom zum Einsatz kommt.

2007 betrug die Produktion von Ethanol und Agrardiesel weltweit zusammen 53 Milliarden Liter, was gegenüber 2005 einen Zuwachs von 43 Prozent ausmachte. Damit konnten zwar erst vier Prozent des globalen Kraftstoffbedarfs gedeckt werden, aber es gibt, wie wir sehen, bereits dramatische Auswirkungen auf die Welternährung. Allein die USA wollen jedoch den Verbrauch von Ethanol bis 2017 auf 132,5 Milliarden Liter steigern. Mit anderen Worten: Die derzeitigen Probleme sind erst der Anfang einer sehr schweren Krise, wenn dem Wahnsinn Agrosprit nicht schleunigst Einhalt geboten wird.



Herr Ziegler, in der Regel schweigt die UNO zu der Rolle der Konzerne, die für die weltweiten Zerstörungen verantwortlich sind. Umso wichtiger sind Ihre klaren Worte als UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Es gehe, so äußerten Sie jüngst, „nicht darum, ob der Nestlé-Präsident ein schlechter und Jean Ziegler ein guter Mensch ist. Es geht um strukturelle Gewalt. Um eine Globalisierung des Kapitals, das eine Monopolisierung des Reichtums nach sich zieht. Die 500 größten transnationalen Privatkonzerne der Welt kontrollieren 52 Prozent des Bruttosozialprodukts.“ Sie beschreiben nicht nur die Struktur, die ohnmächtig machen könnte. Sie fordern dazu auf, dass die Ohnmächtigen zur Macht greifen, dazu, „dass die Fackel jedes getöteten und in seiner Würde verletzten Menschen weitergegeben wird in die Hände der Lebenden.“ Sie sind sich sicher, dass sich die „Ausgegrenzten vereinen“ und eines „Tages mit der Fackel, die sie tragen, einen Brand entfachen, der die alte Welt in Schutt und Asche legen wird.“

meldungen

Nestlé-Langzeitstreik

Seit dem 14. Januar 2002 führen die Beschäftigten von Nestlé Philippines in Cabuyao, 40 Kilometer südlich von Manila, einen Streik gegen Nestlé. Der Konzern zählt weltweit 275.000 Beschäftigte; auf den Philippinen produziert Nestlé Philippines Inc. (NPI) in vier Fabriken. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde am 22. Dezember 2005 der Vorsitzende der Nestlé-Gewerkschaft, Diosdada Fortuna, von zwei maskierten Männern ermordet. Auch der Amtsvorgänger von D. Fortuna, Milton Roxas, war während eines vorausgegangenen Streiks getötet worden. In den letzten fünf Jahren wurden Demonstrationen der Beschäftigten mehrmals von Sicherheitskräften und von Schlägern, die nach Angaben der Gewerkschaft die Geschäftsleitung angeheuert hatte, brutal angegriffen. Die Streikenden von Cabuyao führen seit der Ermordung ihres Gewerkschaftsvorsitzenden eine Kampagne unter dem Titel „There’s blood in your coffee – boycott Nestlé! – Da ist Blut in Ihrem Kaffee! Boykottiert Nestlé!“ Im Dezember 2007 erhielt Nestlé von ethecon – Stiftung für Ethik und Ökonomie“ die Negativauszeichnung „Black Planet Award“, vgl. LP21 Nr. 1, Seite 29).

Ziegler zu Nestlé

„Nestlé ist die mächtigste transkontinentale Gesellschaft auf dem Nahrungs- und Trinkwassersektor. (...) Nestlé wird von Peter Brabeck-Lemathe geleitet. Brabeck bekämpft gnadenlos jede Gewerkschaft, die sich ihm entgegenstellt, erobert Märkte mit der Brutalität eines Dschingis Khan und hält in (der Konzernzentrale im schweizerischen) Vevey einen Hofstaat von unterwürfigen Schranzen.“

Jean Ziegler, *Das Imperium der Schande*, München 2005, S. 252. Im April 2008 wurde Brabeck auf eigenen Wunsch an der Spitze von Nestlé von Paul Bulcke abgelöst.

Billigfertigung – Renault-Dacia (1)

1999 erwarb der französische Autokonzern Renault, der bereits Nissan kontrolliert, den rumänischen Autobauer Dacia. Bei Dacia wurde bald darauf ein Pkw-Modell entwickelt, das in erster Linie in Schwellenländern ab 5000 Euro verkauft wird: der Dacia Logan. Zur Überraschung der Konzernleitung entwickelte sich der Pkw zur Geldmaschine – vor allem durch Logan-Verkäufe in Westeuropa, wo das Modell ab 9000 Euro verkauft wird. 2007 wurde der Logan 360.000-mal verkauft. Bis 2011 soll die Produktionskapazität auf 1,4 Millionen Einheiten im Jahr gesteigert werden. Neben dem Hauptwerk im rumänischen Pitesti gibt es weitere Logan-Fabriken in Russland, Marokko, Kolumbien, Brasilien, im Iran, in Indien und China. Alle Werke sind auf Komponenten aus Rumänien angewiesen.

Teurer Streik – Renault-Dacia (2)

Ende März traten die 13.000 Beschäftigten im rumänischen Werk Pitesti in einen Streik. Sie forderten 65 Prozent mehr Lohn. Nach einer dreiwöchigen, harten Auseinandersetzung gab die Konzernleitung in Paris nach und vereinbarte mit den Streikenden eine Erhöhung der durchschnittlichen Löhne um 34 Prozent. Vor dem Streik betrug der monatliche Durchschnittslohn 1050 Lei (rund 285 Euro), er steigt nun auf rund 1400 Lei (oder umgerechnet 380 Euro). Doch eine solche Entlohnung stellt nach Auffassung von Branchenkennern das Logan-Geschäftsmodell in Frage, da in Pitesti mit einem vergleichsweise niedrigen Automatisierungsgrad und mit viel mehr Handarbeit als in westeuropäischen Autowerken gefertigt wird. Die Börsenzeitung verwies auf die weltweite Konkurrenzsituation auf dem Sektor Billigautos: „Da auch Toyota, Skoda und Fiat Pläne für Billigautos haben und zudem die indische Tata mit dem Ultra-Low-Cost-Fahrzeug Nano für 1600 Euro auf den Markt drängt, muss Renault allzu große Kostensteigerungen unbedingt vermeiden.“

Manager in Geiselnhaft

Anfang Februar 2008 plante der englische Chef des Autozulieferers Utilux im französischen Ort Devecey in der Nähe von Besancon eine „wilde Werksverlagerung“. Er wollte die Fabrik über das Wochenende in das Billiglohnland Slowakei umsiedeln. Als er am Samstag, dem 2. Februar, von den Beschäftigten dabei gestellt wurde, wie er mehrere Lkw vorfahren ließ, um das Firmenmaterial nach Osteuropa zu karren, nahmen die alarmierten Beschäftigten ihren Chef in Geiselnhaft. Sie hatten seit einem Monat keinen Lohn mehr erhalten. Die Belegschaft erreichte, dass die Firmenleitung ein ordentliches Konkursverfahren einleiten musste.

Drei Wochen später kam es im französischen Städtchen Toul bei Nancy zu einem weiteren „Manager-Kidnapping“. Dieses Mal traf es das französische Vorzeigeunternehmen Michelin, das beschlossen hatte, die Reifenfertigung am Ort (Marke: Kleber) einzustellen. Die zwei Michelin-Manager Marcel Lallite und Jan Gabriel Pontier wurden von der Belegschaft, insgesamt 800 Beschäftigte, vier Tage in ein Zimmer eingesperrt. Wirtschaftsministerin Christine Lagarde schaltete sich ein und verlangte von der Werksführung, sich gesprächsbereit zu zeigen (schließlich stand man vor Kommunalwahlen). Am Ende einigte man sich auf – für französische Verhältnisse – hohe Abfindungen für die Beschäftigten und das Versprechen der Konzernleitung, wonach jeder der Beschäftigten eine neue Anstellung in einem der 16 französischen Michelin-Werke in Frankreich angeboten bekommt.

Knäste in den USA

„Eine fieberhafte Orgie der Masseninhaftierung“

In Bezug auf das Straf- und Gefängnisssystem in den USA ist zu Recht viel von Guantánamo, den Folterexzessen in Abu-Ghraib und der Todesstrafe die Rede. Tatsächlich ist dies alles aber nur Ausdruck eines viel weiter reichenden und höchst besorgniserregenden Phänomens, das im Abschied vom Sozialstaat und im Übergang zum Neoliberalismus wurzelt.

Nach Wiedereinführung der Todesstrafe 1976 befinden sich heute 3.350 Gefangene in den Todeszellen der USA, und derzeit werden jährlich etwa 50 Häftlinge hingerichtet. Die gute Nachricht hier ist, dass die Zahlen seit der Jahrtausendwende leicht rückläufig sind.

Die wirklich gravierende Veränderung des US-Justizwesens seit Ende der sechziger Jahre ist eine Folge der – von der politischen Klasse und den Medien manipulierten – Sicht der Gesellschaft auf „den Straftäter“. In der sozialstaatlichen US-Gesellschaft der dreißiger bis siebziger Jahre waren Straffällige nicht nur als Täter, sondern auch als zu resozialisierende Opfer betrachtet worden. Doch in den 1970er Jahren setzte – zeitgleich mit dem Siegeszug des Neoliberalismus – ein Diskurs ein, der nur noch Schuld und Strafe kennt.

Dies sowie armutsbedingte Kriminalität und das Ende des Nachkriegsaufschwungs, durch das die Armen zur „überflüssigen Bevölkerung“ wurden, führten zu etwas, das der US-Autor Christian Parenti als „fieberhafte Orgie der Masseninhaftierung“ bezeichnete: Von 1975 bis 2007 stieg die Gesamtzahl der Häftlinge in US-Gefängnissen von 380.000 auf über 2,5 Millionen. Mittlerweile haben die USA die höchste Pro-Kopf-Gefangenenanzahl der Welt. Von 100.000 US-Amerikanern sitzen über 800 im Knast, in Deutschland sind es hingegen „nur“ ca. 80. 50 Milliarden US-Dollar wur-

Michael Schiffmann

den 2007 für das Gefängnisystem aufgewendet, und in vielen Bundesstaaten ist der Etat hierfür höher als das Bildungsbudget. Zugleich kam es zu einer Teilprivatisierung, die allerdings oft überschätzt wird. Privatunternehmen verdienen an dieser explosionsartigen Entwicklung des Strafwesens in den USA enorme Summen, aber immer noch sitzen weniger als zehn Prozent der US-Häftlinge in Privatgefängnissen ein.

Der Horror des Systems liegt nicht so sehr in den offensichtlich barbarischen Methoden, wie der Todesstrafe, sondern in dieser „Orgie der Masseninhaftierung“. Die Unerbittlichkeit der Bewährungsausschüsse, die Brutalität und Menschenverachtung, mit der Wärter ihren „Schutzbefohlenen“ begegnen, die Gewalttätigkeit der Häftlinge untereinander und viele andere Abscheulichkeiten ergeben sich daraus quasi zwangsläufig. Hinzu kommt der rassistische Charakter des Systems: Von den männlichen Schwarzen im Alter von 20 bis 34 Jahren sitzt jeder 9. im Gefängnis. Auch die Latinobevölkerung ist überrepräsentiert. Was für die Verhältnisse im Inneren gilt, gilt auch für das Verhältnis nach Außen: In ihrem Beitrag zu dem neuen Dokumentarfilm *In Prison My Whole Life* über den international bekannten US-amerikanischen Todeshäftling Mumia Abu-Jamal sagt die Radio- und Fernsehjournalistin Amy Good-

man: „Wenn wir uns die Gräueltaten unseres Landes in Abu-Ghraib und Guantánamo ansehen und uns fragen, warum diese Menschen glauben, das tun zu dürfen, müssen wir sagen: All das hat seinen Ursprung nicht dort. Es beginnt hier, in unserem eigenen Land, in unseren Gefängnissen. Der Hauptangeklagte im Folterskandal von Abu-Ghraib, Charles Graner, war zuvor Wärter in Mumias Gefängnis SCI Greene.“

Michael Schiffmann hat 2006 bei Promedia in Wien das Buch *Wettlauf gegen den Tod. Mumia Abu-Jamal: ein schwarzer Revolutionär im weißen Amerika* veröffentlicht.
www.againstthecrimeofsilence.de

Mumia Abu-Jamal weiter in Gefahr

Der Afroamerikaner war 1982 in einem grotesk unfairen Prozess wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt worden. Ein hohes US-Gericht verweigerte ihm nach 26 Jahren Haft Ende März dieses Jahres das weltweit (u.a. von Amnesty International) geforderte neue Verfahren. Sein Todesurteil wurde allerdings in lebenslänglich ohne vorzeitige Entlassung umgewandelt. Die Verteidigung beantragte inzwischen eine erneute Anhörung. Da auch die Staatsanwaltschaft in Berufung gehen will, bleibt Abu-Jamals Leben weiter in Gefahr.

...des Lied ich sing!

Das Frühjahrsgutachten
der Institute zur
aktuellen Konjunktur.
Eine Kritik.



34

Winfried Wolf

Eigentlich kann man bereits auf Seite 2 lesen, um was es sich handelt – um einen „Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“.

Doch nach außen firmiert die am 17. April 2008 erstmals vorgestellte 80-Seiten-Studie als „Frühjahrsprognose der Forschungsinstitute“ zur weltweiten und deutschen Konjunktur. Sie gilt als Ausdruck des geballten wirtschaftspolitischen Sachverstands, zumal bei dieser regelmäßig im Frühjahr vorgelegten Studie inzwischen acht Konjunkturforschungs-Institute in München (Ifo), Halle (IWH), Düsseldorf (IMK), Essen (RWI) und Kiel (IfW), Zürich (KOF) und Wien (Wifo und Institut für höhere Studien) kooperieren.

Beim Studium der gewichtigen Schrift drängt sich die Erkenntnis auf: Am Ende dominiert nicht die Wirtschaftswissenschaft, wohl aber die Politik. Vier Lehren sind aus dem Gutachten zu ziehen:

Lehre Nummer eins. Eine eher kritische und eher objektive Sicht dominiert bei der Beschreibung der US-Ökonomie.

Doch Auswirkungen auf die EU und die deutsche Ökonomie werden bestritten.

Die US-Ökonomie wird „am Rande der Rezession“ gesehen. Die Immobilienkrise in Nordamerika ist weitgehend zutreffend beschrieben. Es gibt auch den Hinweis, dass „in der Vergangenheit massive Rückgänge der realen Immobilienwerte häufig mit einer gesamtwirtschaftlichen Rezession einhergegangen“ sind (S.17). Dennoch soll es „kein Szenario einer ausgeprägten Rezession“ (in den USA) geben. Vor allem soll die Weltwirtschaft von den US-Krisentendenzen wenig beeinflusst werden. Der Welt-handel soll 2008 nochmals um fünf Prozent zulegen – u.a. wegen der „kräftigen Impulse von Seiten der amerikanischen Wirtschaftspolitik“ und der „hohen Wachstumsdynamik der Schwellenländer“. Dieselben Institute, die an dieser Stelle das US-

Konjunkturprogramm positiv bewerten, lehnen es für Europa ab (siehe Lehre Nummer vier). Sie sprechen den Schwellenländern, vor allem China und den übrigen asiatischen Boomstaaten, ein Gewicht zu, das ihnen nicht zukommt. Gleichzeitig negieren sie das reale Gewicht der USA in der Weltökonomie. Nordamerika – die USA und das mit den USA eng verflochtene Kanada – trägt zu 30 Prozent zum Weltsozialprodukt bei. Das Gewicht Chinas liegt bei fünf Prozent, alle asiatischen Staaten zusammen genommen bringen es auf 24 Prozent. Eine Krise in den USA muss massive Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft haben, zumal ein gutes Fünftel der Exporte Chinas und ein knappes Viertel der Exporte der EU in die USA gehen.

Lehre Nummer zwei. Es gibt nur in den USA eine Finanz- und eine Immobilienkrise. Die EU ist immun gegen derlei Gefährdungen.

Die teilweise zutreffende Beschreibung der Finanz- und Immobilienkrise in den USA steht in schroffem Kontrast zur Beschönigung vergleichbarer Gefährdungen in der EU. Trotz Krisenerscheinungen im EU-Finanzsektor sei „ein dämpfender Einfluss... auf die Kreditvergabe an Unternehmen im Euroraum ... nicht erkennbar“ (S.25). Die „Schwankungen des Immobilienvermögens haben im Euroraum einen geringeren Einfluss auf den privaten Konsum als in den USA“ (S.27). Ja, in Spanien sei das Ende des Immobilienbooms „eine großen Herausforderung für die Wirtschaft“ (S.31). Tatsächlich entfallen zehn Prozent der bisher bekannt gewordenen weltweiten Abschreibungen, die Finanzinstitute in Folge der Bankenkrise vornehmen mussten, allein auf deutsche Banken (80 von 800 Milliarden US-Dollar). Der Anteil, der dabei auf die europäischen Institute fällt, dürfte bei mehr als einem Drittel liegen. Tatsächlich ist die jeweilige Blase im spanischen, irischen, britischen und teilweise auch französischen Immobiliensektor ähnlich groß und bedrohlich wie in den USA Anfang 2007. Damit bedroht die Finanz- und Immobilienkrise in der EU auch direkt die Konjunktur in diesem Wirtschaftsraum. Die Gutachter schreiben das Gegenteil: „Im kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur im Euroraum wieder beleben, weil die Belastungen durch die Finanzkrise abklingen“ (S. 28).

Lehre Nummer drei. Besonders gut steht die deutsche Wirtschaft da. Sie ist quasi wetter- und krisenfest.

Im Frühjahrsgutachten heißt es auf Seite 33: „Die deutsche Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren robuster geworden, so dass die Gefahr einer Rezession heute geringer ist.“ Diese Aussage wird im wesentlichen durch zwei Faktoren „belegt“. Erstens habe sich die „internationale Wettbewerbsfähigkeit (Deutschlands) verbessert“. Und zweitens habe sich das „Wachstum des Produktionspotentials in den letzten Jahren beschleunigt, so dass konjunkturelle Abschlüsse vom Potentialwachstum nicht mehr so schnell zu einem Rückgang der Produktion führen.“ In Wirklichkeit bedeutet der Aufbau größerer Kapazitäten, zu

dem es 2006 und 2007 kam, dass jeder Produktionsrückgang schnell deutliche Überkapazitäten mit sich bringt. Die unausgelasteten Kapazitäten werden massiv auf die Gewinne drücken und können zusätzlich zu Produktionsrückgängen führen. Auch das Argument der größeren Wettbewerbsfähigkeit kann entgegengesetzt interpretiert werden: Da der Anteil der Exporte am deutschen Bruttoinlandsprodukt von 33 Prozent im Jahr 2000 auf 47 Prozent 2007 stieg (und im Frühjahr 2008 bei knapp 50 Prozent lag!), ist die BRD-Ökonomie extrem abhängig vom Welthandel und im Fall einer Krise in Nordamerika und eines Rückgangs des Welthandels (oder auch nur eines deutlich geringeren Wachstum desselben) außerordentlich verwundbar.

Lehre Nummer vier. Im Gutachten wird Pseudowissenschaft für eine Klassenkampfpolitik von oben eingesetzt.

Die Institute behaupten, 2008 würden „die real verfügbaren Einkommen“ zu einer „Kräftigung des Konsums“ führen. Das soll die Gemüter beruhigen und die Lohnforderungen der Gewerkschaften dämpfen. Tatsächlich ergeben auch die jüngsten Tarifabschlüsse im besten Fall einen Reallohnstillstand, wenn dabei die deutlich (auf drei Prozent) angestiegene Inflation berücksichtigt wird. So heißt es dann auch ausdrücklich: „Kontraproduktiv wirkt, dass Vertreter der Politik ... dafür plädieren, die Löhne stärker zu erhöhen“ (S. 66). In Wirklichkeit werden im Verlauf des Jahres 2008 die bisherigen Konjunkturstützen Export und Investitionsboom wegbrechen, so dass ein deutlicher Anstieg der Massennachfrage der einzige wirksame Schutz vor einer Rezession wäre.

Ähnlich politisch motiviert ist die dezidierte Stellungnahme des Frühjahrsgutachtens gegen Mindestlöhne. Die Gutachter argumentieren selbst dann gegen Mindestlöhne, „wenn diese nur bei 4,50 Euro pro Stunde liegen“ würden (S. 65 und S. 8). Mit Blick auf derart absurd und unmoralisch niedrige Mindestlöhne heißt es: „Damit würde man der Politik ein Instrument in die Hand geben, das zunehmend in Wahlkämpfen eine

Rolle spielen dürfte.“ Im Klartext: Die Bevölkerung darf erst gar nicht die Chance bekommen, direkt – „in Wahlkämpfen“ – auf „die Wirtschaft“ Einfluss zu nehmen. Die Passagen gegen Mindestlöhne und gegen einen Anstieg der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten zielen objektiv auf die Aufrechterhaltung einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Spaltung, bei der die Reichen immer reicher und das untere Drittel der Bevölkerung deutlich ärmer wird. Vornehmer ausgedrückt: Die Lohnquote liegt in Deutschland auf einem historisch niedrigen Niveau; die Gewinnquote erreichte einen Rekordstand.

Schließlich heißt es am Anfang und am Ende der Studie: „Derzeit wird ... gefordert, auch in Deutschland solle ... aufgrund der sich abschwächenden wirtschaftlichen Dynamik ein Konjunkturprogramm aufgelegt werden.“ Dagegen wird vorgebracht: „Aktionismus ist schon allein deshalb nicht angebracht, weil nach Einschätzung der Institute ... eine Rezession in Deutschland wenig wahrscheinlich ist.“

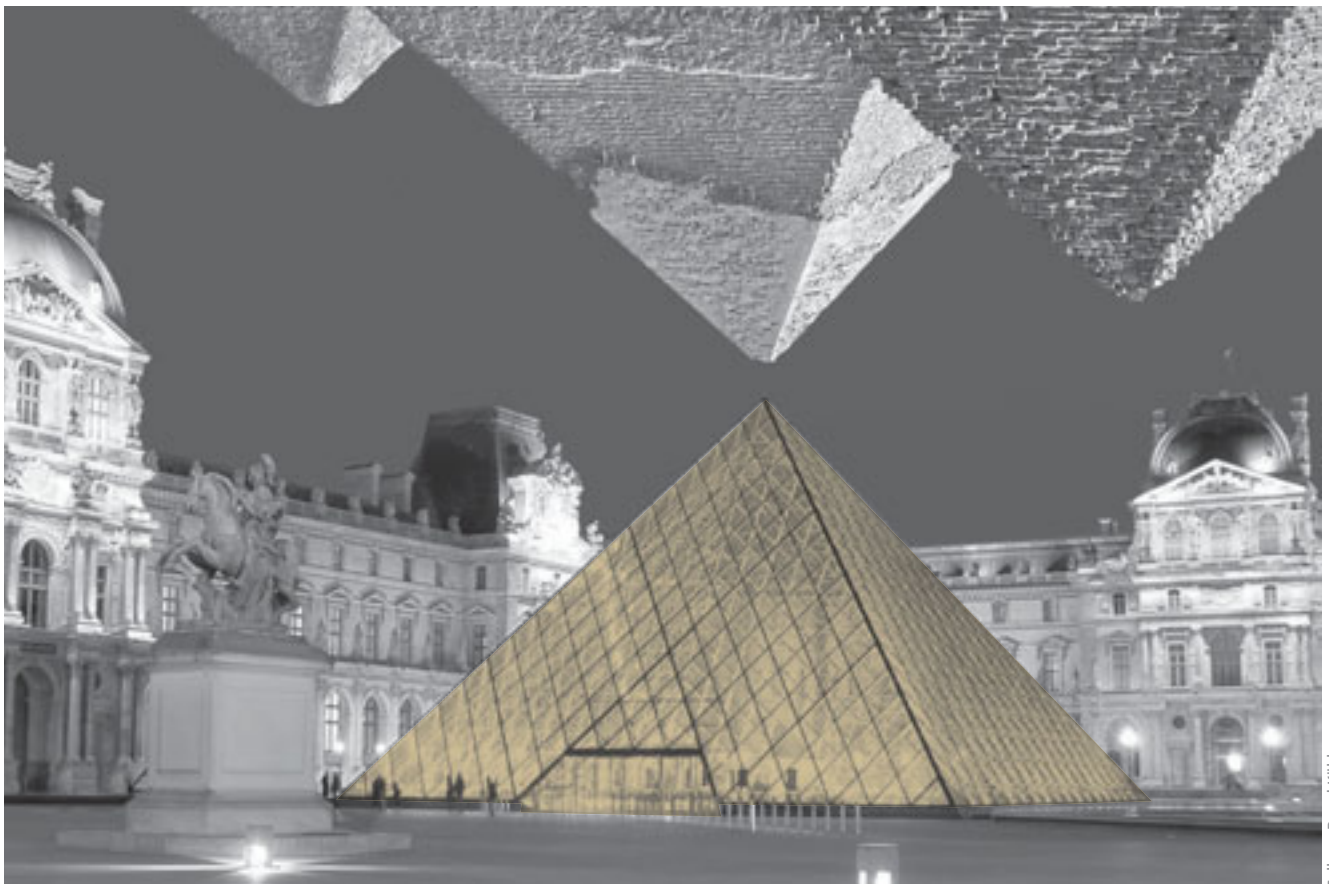
Das ist pure Tautologie. Die Herren Konjunkturforscher drehen sich im Kreise. Sie tragen fragwürdige Argumente zusammen, wonach es zwar Krisenerscheinungen an vielen Orten des Globus geben mag, diese jedoch den EU-Raum kaum und Deutschland nicht negativ treffen werden. Da es also in der EU und in Deutschland keine Rezession geben wird, weil es eine Krise nicht geben darf, ist auch ein Konjunkturprogramm abzulehnen. Ja, die brandgefährliche, den Abschwung verstärkende Haushaltspolitik der Bundesregierung wird gelobt. Es gebe „keinen Grund, die Konsolidierung als abgeschlossen anzusehen.“ (S.67).

Eingangs schrieb ich, die Studie sei ein „Dienstleistungsauftrag“, ein Gefälligkeitsgutachten. Das ist natürlich ungerecht und polemisch. Während die Bundesregierung für das Jahr 2008 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,7 Prozent ausgeht, haben die Gutachter errechnet, dass das BIP um 1,8 Prozent wachsen wird.



AM 17. MÄRZ 2008 GESTAND JOSEF ACKERMANN: „ICH GLAUBE NICHT MEHR AN DIE SELBSTHEILUNGSKRÄFTE DER MÄRKTE.“ DER DEUTSCHE BANK-CHEF FORDERTE EIN GEMEINSAMES VORGEHEN VON BANKEN, REGIERUNGEN UND NOTENBANKEN GEGEN DEN SCHWELBRAND, DER SICH IN DER WELTWIRTSCHAFT AUSBREITET. AUCH DER CHEF DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF), DERJENIGEN INSTITUTION, DIE SEIT JAHRZEHNEN ÜBERALL MIT DER REZEPTUR „HAUSHALTSSANIERUNG & ÖFFENTLICHE AUSGABEN REDUZIEREN“ ANTRITT, DOMINIQUE STRAUSS-KAHN, ERKLÄRTE ANFANG APRIL: „ICH GLAUBE NUN WIRKLICH, DASS DIE NOTWENDIGKEIT VON STAATSEINGRIFFEN DEUTLICH GEWORDEN IST.“ DIE US-REGIERUNG UNTER GEORGE W. BUSH, DIE SIEBEN JAHRE LANG EINE POLITIK DER STEUERSENKUNGEN FÜR DIE REICHEN UND DER KÜRZUNG VON SOZIALLEISTUNGEN BEI DEN BEDÜRFTIGEN BETRIEB, BESCHLOSS – UNTERSTÜTZT VON DER ZINSENKUNGPOLITIK DER US-NOTENBANK FED – EIN 107-MILLIARDEN-DOLLAR-KONJUNKTURPROGRAMM, DAS AB DEM MONAT MAI 130 MILLIONEN STEUERZAHLENDEN 300 BIS 1200 US-DOLLAR JE HAUSHALT PLUS 300 DOLLAR JE KIND IN DIE KASSEN SPÜLT.

36



Collage: Bernd Köhler

DIE PLÄDOYERS FÜR STAATLICHE INTERVENTIONEN WERDEN IN DEN SELTENSTEN FÄLLEN MIT EINER BEZUGNAHME AUF JOHN MAYNARD KEYNES VERBUNDEN. DOCH FAKTISCH WIRD ZUNEHMEND FÜR EINE KONJUNKTURPOLITIK PLÄDIERT UND PRAGMATISCH WIRD EINE KONJUNKTURPOLITIK BETRIEBEN, DIE AUF DEN BRITISCHEN ÖKONOMEN ZURÜCKGEFÜHRT WERDEN KANN. AUF WELTWEITER EBENE SIND ES „NUR“ NOCH DIE EU IM ALLGEMEINEN UND DIE DEUTSCHE REGIERUNG IM BESONDEREN, DIE SICH DEM AKTUELLEN STAATSINTERVENTIONISTISCHEM TREND ENTGEGENSTELLEN UND DIE IN ERSTER LINIE AUF INFLATIONSBEKÄMPFUNG, AUF EIN RELATIV HOHES ZINSNIVEAU UND AUF EINE HAUSHALTSSANIERUNG BZW. AUF DIE EINHALTUNG DER MAASTRICHT-KRITERIEN ORIENTIEREN.

IM NEUEN SPEZIAL VON LUNAPARK21 WERFEN DIE AUTOREN MANFRED SZAMEITAT (S. 37-42) UND SEBASTIAN GERHARDT (S. 43-47) SEHR UNTERSCHIEDLICHE BLICKE AUF KEYNES, DESSEN LEHREN UND SEIN WIRKEN. EIN GLOSSAR ZUM THEMA FINDET SICH AUF SEITE 46. DER AN DAS LP21 SPEZIAL ANSCHLIESSENDE ARTIKEL DES US-AMERIKANISCHEN ÖKONOMEN DOUG HENWOOD (S. 48-51) BESCHREIBT DEN PRAGMATISCHEN KEYNESIANISMUS, DEN DIE US-REGIERUNG BETREIBT. DIE ARTIKEL VON LUCAS ZEISE (S. 52/53) UND WINFRIED WOLF (S. 34/35 U. S. 7) HABEN DIE EHER PROZYKLISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER EU UND DEUTSCHLANDS ZUM THEMA.

Kapitalismus, Krisen & Keynes

Vom Nutzen keynesianischer Wirtschaftspolitik

Manfred Szameitat

37

John Maynard Keynes, geboren 1883 in Cambridge, gestorben 1946 in London, war Sohn eines Hochschullehrers und ein typisches Produkt der englischen oberen Mitteklasse. Er war Akademiker mit guten Abschlüssen, einigermaßen erfolgreicher Spekulant in Wertpapieren, begütert und schon seit dem Ersten Weltkrieg Berater der britischen Regierung in Wirtschaftsfragen.

Keynes' ökonomische Theorien zeichnen sich vor denen anderer bürgerlicher Ökonomen dadurch aus, dass sie wichtige Glaubenssätze der Nationalökonomie in Frage stellen. Insofern ist Keynes' Theorie, wenngleich selber bürgerliche Theorie, auch Stachel im Fleisch der bürgerlichen Nationalökonomie.

Ein Grundaussage orthodoxer Nationalökonomie lautet: „Der Markt gleicht Angebot und Nachfrage aus. Am Ende steht immer das Gleichgewicht“. Diese Sätze sind Ausdruck des Glaubens dieser Wissenschaft an die unsichtbare, aber dennoch wirksame Hand des Marktes. Das Wort von der unsichtbaren Hand des Marktes geht auf den Stammvater der Nationalökonomie, den Schotten Adam Smith zurück. Es ist seitdem unverändert die Kernthese der bürgerlichen Nationalökonomie. Sie bedeutet im Einzelnen, dass es zum Beispiel Arbeitslosigkeit nicht geben dürfte. Denn eigentlich müsste auch der Arbeitsmarkt schließlich geräumt werden. Das Angebot an Arbeitskräften müsste am Ende der Periode komplett nachgefragt und der Markt leergefegt sein.

Aus Keynes' Skeptizismus gegenüber dem automatischen Funktionieren des Marktes ergibt sich die Schlussfolgerung: Man muss dem Markt auf die Sprünge helfen. Da er es von selbst nicht schafft, den Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt (und anderen Märkten) herbeizuführen, muss jemand eingreifen, um den Ausgleich

herzustellen. Von selbst schafft das freie Wirken der Marktgesetze keinen reibungsfreien Wirtschaftsverlauf. Die Politik und der Staat müssen die Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems beheben, beseitigen oder zumindest mildern.

Woher kommen die Ungleichgewichte in der Marktwirtschaft? Weshalb entsteht Arbeitslosigkeit? Warum fragen die Kapitalisten nicht genügend Arbeitskraft nach? Die Frage lautet dabei nicht, warum Arbeitslosigkeit fortbesteht, wenn sie schon da ist. Das wäre eine einfache Frage – eine Frage danach, unter welchen Umständen der Kapitalismus überhaupt in Schwung kommt. Nein, Keynes interessiert das Problem, warum die kapitalistische Wirtschaft selbst dann oder gerade dann, wenn alles eigentlich prima läuft, plötzlich ins Stocken gerät. Wie kommt es, dass der Markt aus dem Gleichgewicht gerät, das ist seine Frage. Wie Marx ist Keynes also an einer Krisentheorie des Kapitalismus interessiert. Er liefert auch eine solche Theorie. Und wie Marx sucht Keynes die Ursache der Krise im Kapitalismus selbst. Das soll heißen, er sucht sie nicht, wie andere bürgerliche Ökonomen das gerne tun, bei äußeren Faktoren, etwa zum Beispiel Überschwemmungen, Missernten, Kriegen, Rohstoffpreisanstieg und Rohölverknappung usw.

Keynes beantwortet die Frage, was letztlich für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus verantwortlich ist, mit der These von einem immer wieder entstehenden relativen Überschuss an Kapital. Das Argument lautet grob vereinfacht etwa so: Grundsätzlich wird der Wirtschaftskreislauf im Kapitalismus von der Erwartung der Kapitalisten auf Profit in Gang gehalten. In der Hochkonjunktur, wenn die Wirtschaft bestens läuft, besteht nicht nur die Erwartung auf hohe Profite. Diese Profite stellen sich auch ein. Sie müssen ihrerseits aber wieder angelegt werden – mit einer mindestens ebenso

hohen Erwartung auf zukünftigen Profit verknüpft. Dem schnellen Wachstum der Profitmasse steht aber irgendwann einmal eine im Vergleich dazu zurückbleibende Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen gegenüber: Erst diese Nachfrage aber ermöglicht eine profitable Investition. Die Kapitalisten sehen keine ihren Maßstäben entsprechenden profitablen Anlagemöglichkeiten mehr. Sie horten die angehäuften Profite in Geldform. Sie investieren sie nicht. Die Nachfrage nach Investitionsgütern geht damit zurück. Der Wirtschaftskreislauf stockt. Die Krise beginnt. Das Kapital verfängt sich in der von ihm selbst gestellten Falle. Es ist bei Keynes, vordergründig ähnlich wie bei Marx, die Profitlogik selbst, die zum Ungleichgewicht führt.

LÖSUNGSANSATZ STAAT SCHLIESST NACHFRAGELÜCKE. Soweit in Umrissen Keynes' Analyse der kapitalistischen Krise. Die Lösung der Krise ist dementsprechend denkbar einfach: Da es an kaufkräftiger Nachfrage im privaten Sektor fehlt, muss der Staat für ein Plus in der effektiven Nachfrage sorgen. Er kann entweder selber Güter nachfragen, oder er kann, indem er anderen Geld gibt, diese in die Lage versetzen und sie dazu veranlassen, mehr Güter nachzufragen. Anders ausgedrückt: Der Staat schließt die Nachfrangelücke.

Bei dieser Nachfrangelücke geht es nie um ungenügende Nachfrage nach bestimmten Gütern oder auch Warengruppen. Es geht immer um den kapitalistischen Verwertungsprozess insgesamt. Es geht also auch um die Lücke in der Nachfrage nach dem gesamten Warenangebot der kapitalistischen Volkswirtschaft. Andererseits ist es im Rahmen dieser Theorie gleichgültig, was der Staat nachfragt. Keynes selbst hat selbstironisch als Beispiele für die Vergabe von Staatsaufträgen so nützliche Dinge vorgeschlagen wie den Neubau der Pyramiden oder das Ausheben von Gräben, um sie anschließend wieder zuzuschütten. Er hatte also durchaus Sinn für das Absurde des Kapitalismus. Es kommt bei dieser Produktionsweise nicht darauf an, was produziert wird, sondern dass produziert wird, damit Gewinn gemacht wird.

Bei diesem keynesianischen Schließen der Nachfrangelücke handelt es sich immer um einen einmaligen Schub. Der Staat soll eben nicht auf Dauer die fehlende Nachfrage ausgleichen, sondern die Ausgabenprogramme sollen zeitlich begrenzt sein. Sie wirken als Konjunkturschub. Wenn sie wirksam geworden sind, soll die Wirtschaft – bis zur nächsten Krise – wieder von alleine laufen. Ein besonderer Charme dieser Konjunkturstimulierung besteht da-

rin, dass die Wirkung im Regelfall um ein Mehrfaches größer ist als die Anschubfinanzierung selber. Keynesianer bezeichnen das als den „Multiplikatoreffekt“. Er beruht auf der einfachen Tatsache, dass diejenigen Unternehmen, die die zusätzlichen Staatsaufträge erhalten, ihrerseits selber mehr Rohstoffe, Arbeitskräfte, Zwischenprodukte usw. einkaufen müssen. Die Lieferanten dieser Waren und die zusätzlichen Lohnarbeiter geben wiederum selber mehr Geld aus.

Die Gesamtwirtschaft erhält damit einen einmaligen Wachstumsschub, der sie näher an die Vollausslastung ihrer Kapazitäten und an Vollbeschäftigung heranführt. Wenn das Konjunkturprogramm ausgelaufen ist, sollte die Wirtschaft auf erhöhtem Niveau, aber nicht dauerhaft schneller wachsen als zuvor.

Hinsichtlich der Finanzierung der öffentlichen Ausgabenprogramme ist es für Keynes wichtig, dass der Staat zur Finanzierung seine Schulden erhöht. Würde er statt dessen die Steuern anheben, würde die beabsichtigte Nachfragestärkung an anderer Stelle wieder aufgehoben werden. Wenn das Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht ist, steigen aufgrund der höheren Gewinne der Kapitalisten, wegen des stärkeren Konsums und höherer Löhne auch die Steuereinnahmen des Staates. Aus diesen Mehreinnahmen lassen sich die zusätzlich aufgenommenen Schulden locker begleichen. Schon wegen des Multiplikatoreffektes sowie wegen der meist progressiv gestalteten Lohn- und Einkommensteuer übertreffen auch die Steuermehreinnahmen über mehrere Perioden hinweg meist deutlich die Summe der aufgenommenen Zusatzschulden.

GESCHICHTE DES KEYNESIANISMUS. Die Grundzüge seiner Theorie hat Keynes schon in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelt. In der Weltwirtschaftskrise allerdings, die mit dem Aktien-Crash im Herbst 1929 einsetzte, erhielten seine Theorie und seine wirtschaftspolitischen Vorschläge die entscheidende Relevanz. Zunächst aber wurde in den Hauptländern des Kapitalismus das Gegenteil keynesianischer Politik betrieben – in Großbritannien selbst genau so wie in den USA durch die Regierung Hoover oder in Deutschland unter der Regierung Brüning. Die Nachfrage wurde durch die Sparprogramme der Regierungen und den Abbau der ohnehin spärlichen sozialen Sicherungssysteme weiter geschwächt. Überall ging das Bruttosozialprodukt drastisch zurück.

In den USA gelang der Umschwung zu einer keynesianischen

Wirtschaftspolitik, genannt New Deal, unter dem demokratischen US-Präsidenten Franklin Roosevelt. Die Konjunkturprogramme waren anfangs allerdings zaghaft, ebenso wie die Erholung der Wirtschaft. Der Zweite Weltkrieg wirkte dann wie ein gigantisches keynesianisches Wirtschaftsprogramm. In Deutschland setzte der Wirtschaftsaufschwung unter der Nazi-Diktatur ein. Auch die Aufrüstung und die öffentlichen Investitionen wie etwa die legendären Autobahnen kann man als typische keynesianische Konjunkturprogramme bezeichnen. Sie waren ökonomisch wirksam. Die Arbeitslosigkeit ging unter anderem auch deshalb zurück.

Interessant ist es, welche Rolle in Deutschland die Reichsbank unter Hjalmar Schacht bei dem Umschwung in der Wirtschaftspolitik spielte. Sie verweigerte den halbwegs demokratischen Vorgängerregierungen vor Hitler jeden Kredit, mit dem die Wirtschaftskrise hätte gemildert werden können. Als Hitler Reichskanzler wurde, änderte sie ihre Politik völlig. Jetzt tolerierte sie die massive Neuverschuldung der Regierung nicht nur, sie war auch gerne bereit, zur Finanzierung von Rüstungsvorhaben die Gelddruckmaschine in Gang zu setzen.

Die Weltwirtschaftsverfassung nach dem 2. Weltkrieg wurde wesentlich von Keynes inspiriert. An der entscheidenden Tagung in dem Örtchen Bretton Woods im amerikanischen Nordosten nahm Keynes selber teil. Das Entscheidende an diesem Abkommen kapitalistischer Länder war die feste Bindung aller Währungen an den US-Dollar. Dies bedeutete erstens, dass die Währungen nicht dem freien Markt überlassen wurden, so dass zweitens die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder nicht durch den Verfall oder die Aufwertung ihrer Währung konterkariert werden würde.

In den USA und in Großbritannien war Keynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftsdoktrin schlechthin. In der Bundesrepublik wurde Keynes anfangs nicht gebraucht. Die Zeiten, wo zu viel Profit vorhanden war, waren noch weit entfernt. Die Restauration des Kapitals brauchte schlichtere Ideologien nach Art des Kanzlers Ludwig Erhard. In die deutsche Politik eingeführt wurde Keynes von Karl Schiller, Wirtschaftsminister in der ersten Großen Koalition (1966 bis 69), die ihrerseits als Reaktion auf die erste konjunkturelle Krise in Westdeutschland entstand.

Das war just die Zeit, als in den USA die Gegenreaktion auf Keynes einsetzte. Der Grund für diese Abwendung war die schleichende Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition des US-Kapitals. Der Dollar geriet unter Druck. Anfang der 1970er

Jahre gab deshalb die Regierung Nixon das in Bretton Woods vereinbarte System fester Wechselkurse auf. 1979 begann mit der Regierung Margaret Thatcher in Großbritannien und 1980 mit dem Präsidenten Ronald Reagan in den USA eine brutale Gegenreaktion auf den Keynesianismus der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte. Heute nennen wir das Neoliberalismus. Beide Regierungen nahmen eine scharfe Rezession in Kauf oder führten sie durch hohe Zinsen bewusst herbei. Der massive Angriff auf die Gewerkschaften war erfolgreich. Die Arbeitslosigkeit stieg. Das Lohnniveau sank. Gemildert wurde diese Kahlschlagpolitik durch eine schuldenfinanzierte forcierte Aufrüstung. Später wurde dies auch „militärischer Keynesianismus“ genannt.

In Deutschland formierte sich der Antikeynesianismus in den 1970er Jahren. Es bildete sich der heute noch einflussreiche Politikzirkel Kronberger Kreis. Herbert Giersch entdeckte den Kernsatz deutscher Ökonomen, der da lautet „Die Löhne sind zu hoch“. Er wurde Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, das zur Kaderschmiede für deutsche Volkswirte wurde. Die Bundesbank formulierte ihre Geldmengenziele. Sie hatte das von Milton Friedman gelernt, jenem Professor aus Chicago, der staatliches Handeln in der Ökonomie für Teufelszeug hielt und dessen Schüler, die „Chicago Boys“, die Staatsmacht im Chile des Generals Pinochet dazu nutzten, um die Privatisierung der Sozialsysteme, Gefängnisse und Friedhöfe praktisch durchzuspielen. In Deutschland hieß und heißt bis heute das neoliberale Credo „Angebotstheorie“. Der Name rührt davon, dass Nachfragestimulierung à la Keynes tabu ist. Vielmehr müssen, so heißt es, die Angebotsbedingungen (für die Unternehmer) verbessert werden. Im Klartext: Ihre Kosten, nämlich Löhne und Steuern müssen runter. Diese Theorie stand 1982 Pate, als Lamsdorff, Kohl und Genscher die sozialliberale Regierung unter Helmut Schmidt ablösten. Sie ist seitdem unverändert die gültige Wirtschaftsdoktrin der Bundesregierungen. Das war so unter Kohl und unter Schröder. Und das ist so unter der Kanzlerin Angela Merkel, die in dieser antikeynesianischen Politik von SPD-Finanzminister Peer Steinbrück unterstützt wird, der als neuer Sparminister in die Annalen eingehen will.

Unter Kanzler Helmut Schmidt wurden noch keynesianische Konjunkturprogramme aufgelegt, wenn auch halbherzig und dementsprechend mit geringer Wirkung. In Schmidts Amtszeit fällt aber auch ein gehöriger Anstieg der Inflation. „Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“, sagte Helmut Schmidt damals. Als beide Raten deutlich über fünf Prozent stiegen, ernte-

te der Mann den Hohn nicht nur der Opposition. Dieser drastische Misserfolg hat letztlich die Regierung Kohl an die Macht gebracht und liefert einen rational nachvollziehbaren Grund dafür, warum der Keynesianismus in Deutschland abgelehnt wird.

Einer kurzen Episode in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sollte allerdings gedacht werden – der Zeit von Oktober 1998 bis März 1999. Weder SPD noch Grüne hatten ein schlüssiges wirtschaftspolitisches Programm. Das hatte dagegen der SPD-Vorsitzende und Finanzminister Oskar Lafontaine. Er entmachtete in einem ersten Schritt das Wirtschaftsministerium, er legte sich mit der Bundesbank an. Er holte sich zwei keynesianisch denkende Fachleute als Staatssekretäre. Er versuchte, mit der französischen Regierung eine Übereinkunft in Richtung einer koordinierten Nachfragepolitik herzustellen. Als Lafontaine weggemobbt war, ernannte Schröder Hans Eichel zum neuen Finanzminister. Der wiederum holte die Staatssekretäre aus der Kohl/Waigel-Zeit zurück. Sie durften dann deren klassische Angebotspolitik radikaler als unter Kohl durchsetzen und die Steuern für Unternehmen drastisch senken.

Im akademischen Betrieb in Deutschland sind Keynesianer in den letzten 30 Jahren systematisch marginalisiert worden. Das trifft besonders auf linke Keynesianer zu, die sich vor 30 Jahren als Memorandum-Gruppe organisiert haben. Aus Karriere-Sicht war das für junge Volkswirte ein Fehler. Professuren erhielten sie höchstens in Wien oder in Kanada, nicht aber in Deutschland.

Erst in allerletzter Zeit scheint es ansatzweise eine Rückbesinnung auf keynesianisches Gedankengut zu geben. Das hängt vermutlich auch damit zusammen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik offensichtlich in eine Art Dauerstagnation bei steigender Arbeitslosigkeit führt. Die Gewerkschaften ver.di und IG Metall haben sich entschlossen, in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine aktivere Rolle zu übernehmen, was sie von der Position der SPD weiter wegführt. Der DGB gründete 2005 ein eigenes Wirtschaftsforschungsinstitut und ernannte Gustav Horn zu dessen Leiter. Horn war zuvor aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgedrängt worden, weil er unverändert keynesianisch argumentierte. Unter den sechs staatlich geförderten Wirtschaftsforschungsinstituten hatte das DIW in Berlin traditionell eine keynesianische Ausrichtung. Diese Tradition war in jüngerer Zeit mit offensichtlicher Duldung der Bundesregierung durch eine neue Führung beendet worden.

Auch die linkskeynesianische Memorandum-Gruppe wird zumindest von den beiden großen Gewerkschaften in Deutschland akzeptiert und als Verbündeter betrachtet. Die Gruppe hat programmatisch und personell eine wichtige Rolle bei der Gründung der WASG – die später als Teil der Partei Die Linke wirkte – gespielt. Mit Lafontaine und den Vertretern der Memorandum-Gruppe sind damit erstmals seit langem im Bundestag wieder keynesianische Politikalternativen zu hören.

HÖHERE LÖHNE UND STEIGENDE PREISE. Dass der Keynesianismus kein Wundermittel gegen alle Übel des Kapitalismus sein kann, liegt auf der Hand. Im Folgenden sollen einige Grundprobleme erörtert werden, die sich regelmäßig einstellen, wenn keynesianische Wirtschaftspolitik betrieben wird. Der erste Problemkreis hängt mit dem Charakter des Keynesianismus als einer Art Klassenkompromiss zusammen. Keynes, der selbst kein Freund der Gewerkschaften und ein Kritiker von Streiks war, ist bei der Arbeiterschaft, bei den Gewerkschaften, traditionell auch bei den Sozialdemokraten sehr beliebt. Denn keynesianische Eingriffe des Staates senken die Arbeitslosigkeit. Per saldo bessert sich dadurch die Verhandlungsposition der Arbeitskraft und der Gewerkschaften. Das wiederum führt dazu, dass die Löhne tendenziell eher steigen.

Das wiederum ist der Grund, weshalb die Kapitalisten oft nicht sonderlich begeistert sind, wenn staatliche Konjunkturprogramme aufgelegt werden. Zwar verbessern sich durch diese Programme ihre Absatzchancen und steigen demzufolge auch ihre Gewinne. Gleichzeitig besteht aus ihrer Sicht die Gefahr, dass der Lohnanteil am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt steigt. Nicht genug damit. Mit den höheren Löhnen verschlechtert sich die Wettbewerbssituation der heimischen Kapitalisten gegenüber jenen im Ausland. In politischen Auseinandersetzungen setzt die Unternehmerlobby regelmäßig nur dieses zweite Argument ein. In Deutschland gilt mittlerweile die Wettbewerbsfähigkeit heimischen Kapitals im so genannten Standortwettbewerb als das entscheidende Kriterium für Wirtschaftspolitik schlechthin.

Weil der Aspekt Wettbewerbsfaktor als so schwerwiegend empfunden wird, sind viele keynesianisch argumentierende Ökonomen und Politiker ausgesprochen versessen darauf, Lohnbegrenzungsabkommen oder „Bündnisse für Arbeit“ oder Ähnliches zu installieren. Man kann diese Leute dann getrost als Rechtskeynesianer bezeichnen. Es geht ihnen darum, den Vorteil, den ein keynesianisches Programm beiden Klassen bietet, indem es aus einer Flaute

führt und Profite ebenso wie Löhne steigert, durch Zugeständnisse der arbeitenden Klasse vorweg schon einmal bezahlen zu lassen. Während der Regierungen von Kohl und Schröder hat es – außer im Zusammenhang mit der deutschen Einheit – zwar keine keynesianischen Programme mehr gegeben. Dafür haben diese Regierungen den Gewerkschaften in den „Bündnissen für Arbeit“ Zugeständnisse abgerungen für das Versprechen, keine negativen Konjunkturmaßnahmen, also Konjunkturbremsmaßnahmen durchzuführen.

Der Nachfrageschwung keynesianischer Programme kommt als höherer Output der gesamten Volkswirtschaft komplett nur dann an, wenn Wettbewerb auf den Gütermärkten herrscht. Das ist allerdings meist nicht der Fall. Man nehme als Beispiel die Energiebranche. Die höhere Gesamtnachfrage nach Strom veranlasst die Konzerne Eon und RWE erst einmal, die Preise zu erhöhen. Sie können das tun, denn sie müssen ernsthafte Konkurrenz nicht fürchten. Daran hat auch die Teilliberalisierung und Reregulierung der Branche nichts geändert. Das vom Staat in die Wirtschaft gepumpte Geld bleibt also – zum Teil jedenfalls – als höherer Gewinn bei den Stromkonzernen und letztlich bei deren Aktionären

hängen.

Weil es den anderen Unternehmen, die die höheren Strompreise bezahlen müssen – auch dank des angenommenen Konjunkturprogramms – vergleichsweise gut geht, können sie die höheren Energiepreise in ihren Produktpreisen weitergeben. Die Folge ist eine steigende Inflationsrate. Auf den Ausspruch Helmut Schmidts, des letzten Halbkeynesianers im Kanzleramt („Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit“), wurde schon hingewiesen. Er hat sich in den Zeiten steigender Inflation der 1970er Jahre als schlagendes Argument der Antikeynesianer erwiesen. Tatsächlich werden makroökonomische Konjunkturprogramme umso wirkungsloser, je monopolisierter die Gütermärkte sind. Auf diese Erkenntnis gibt es von Seiten der Keynesianer zwei verschiedene Antworten. Das Kartellamt stärken, Unternehmen zerschlagen und Staatsunternehmen privatisieren, schlagen die Rechtskeynesianer vor. Man kann aber auch die Preissetzungshoheit der Konzerne einschränken. So lautet die Antwort der Linkskeynesianer. In den Ohren der Marktwirtschaftler klingt das wahrlich sündhaft. Andererseits hat im Energiesektor die staatliche Genehmigungspflicht der Preise ohnehin Tradition.



Thesen zum Keynesianismus

1. Keynesianismus entstand als Antwort auf die Erfolge des Sozialismus in der ehemaligen UdSSR während der bisher tiefsten Krise des Kapitalismus.
2. Er ist Ausdruck des Primats der Politik über die Ökonomie – ähnlich den Systemen kapitalistischer Kriegswirtschaft oder des Faschismus. Der Keynesianismus gibt tendenziell dem Gesamtkapital den Vorrang vor den Einzelkapitalen.
3. Fast immer ist das Ergebnis keynesianischer Wirtschaftspolitik für das gemeine Volk relativ besser als der blanke Neoliberalismus. Schon deshalb wird sich die Linke, wenn sie zu wählen hat, immer auf die Seite der Keynesianer unter den kapitalistischen Varianten schlagen.
4. Keynesianismus ist eine Antwort auf konjunkturelle Probleme. Er ist deshalb – wenn überhaupt – nur eine vorübergehende Lösung. Die nächste Krise kommt bestimmt.
5. In der aktuellen ökonomischen Lage ist der Rückgriff auf Keynes höchst angebracht. Westeuropa, ganz besonders aber Deutschland, leidet unter der Schwäche effektiver Nachfrage. Politisch hieße Keynesianismus heute ein Ausbruch aus der Tabuisierung alternativer Wirtschaftspolitik. Auf der EU-Ebene wäre es ein erster Widerspruch zur Heiligsprechung des marktradikalen Neoliberalismus.
6. Keynesianische Wirtschaftspolitik ist auch in Zeiten der Globalisierung möglich. Sie müsste allerdings auf EU-Ebene oder im Rahmen der Euro-Staaten koordiniert stattfinden.
7. Keynesianismus birgt immer die Gefahr der nationalen Vereinnahmung der Arbeiterklasse (Standortdenken, Volksgemeinschaftsideologie etc.).
8. Keynesianismus birgt auch Chancen für weitgehende antimonopolistische Forderungen (Grenzen für die Preissetzungsmacht der Konzerne, Regulierung des freien Kapitalverkehrs).
9. Der Kampf um Elemente keynesianischer Wirtschaftspolitik ist heute notwendiger Teil des Klassenkampfes.

In jedem Fall wird ein Teil der Konjunkturprogramme immer in höheren Preisen verpuffen. Es kommt allerdings darauf an, diesen Anteil gering zu halten. Wichtig dabei ist, dass das Programm im richtigen Moment gezündet wird. Wenn die Unternehmen stark unterausgelastete Kapazitäten aufweisen, wird der Preissteigerungseffekt bescheiden bleiben, weil eine Erhöhung der Produktion den Unternehmen größere Gewinnsteigerung verspricht.

DIE OFFENEN GRENZEN. Keynesianische Konjunkturprogramme können nur dann effektiv sein, wenn die entsprechende Volkswirtschaft nicht allzu offen ist. Ein kleines Land wie Luxemburg z. B. ist für solche Programme völlig ungeeignet. 90 Prozent der Waren kommen aus dem Ausland. Wenn die Nachfrage staatlich erhöht würde, verstreute sich dieser Effekt über die Nachbarregionen und würde dort ohnehin verschwinden, weil er so gering ist.

Als klassisches Beispiel für das Scheitern eines keynesianischen Programms gilt Frankreich, als 1981 Francois Mitterand zum Staatspräsidenten gewählt worden war. Seine erste Regierung, die Regierung Maurois, betrieb eine expansive Wirtschaftspolitik, die noch vom gemeinsamen Programm von Sozialisten und Kommunisten inspiriert war. Sie fand in einem ungünstigen Umfeld statt: Alle anderen großen kapitalistischen Länder, vor allem die USA und Deutschland, steckten in einer Rezession. Die von Staatsaufträgen an die Industrie und vom staatlich gestützten Konsum der Lohnabhängigen erhöhte Nachfrage in Frankreich kam nur begrenzt den Kapitalisten im Inland zugute. Statt dessen stiegen die Importe rasch und drastisch an. Obwohl die Regierung die Importe zu begrenzen versuchte, setzte Kapitalflucht ein. Der französische Franc sackte ab, die Zinsen stiegen. Beides wirkte bremsend auf die Konjunktur. Die Regierung gab auf. Es war der letzte Versuch einer eigenständigen keynesianischen Wirtschaftspolitik in Westeuropa. Er scheiterte offensichtlich an offenen Grenzen. Die französischen Regierungen nahmen seit damals Kurs auf eine enge Allianz mit Deutschland, eine Geldpolitik im Schatten der D-Mark und letztlich auf die Währungsunion.

Dass keynesianische Politik in großen autonomen Wirtschaftsräumen möglich ist, beweist dagegen das Beispiel USA. Nach dem Crash am Aktienmarkt im Frühjahr 2000 stabilisierte die Regierung Bush durch massive Steuergeschenke an die wohlhabenden Bevölkerungsschichten den Konsum. Gleichzeitig stützte die Notenbank mit rekordniedrigen Zinsen den Immobilienmarkt und den Bankensektor. Der Effekt war eine nur milde Rezession 2000/2002 und eine schnelle Rückkehr zu akzeptablem Wirt-

schaftswachstum. Diese im Kern keynesianische Politik, weil sie mit massiven Nachfrageschüben aus staatlichen Mitteln arbeitet, hat durchaus auch fragwürdige Konsequenzen. So stiegen die Importe, während der Export der USA stagnierte. Der Dollar blieb damals dennoch relativ stark. Obwohl die Leistungsbilanz der USA extrem negativ ist und die USA mittlerweile das am höchsten verschuldete Land der Welt geworden sind, floss bis zum Jahr 2007 immer noch Kapital in God's Own Country.

Die aktuelle Reaktion der US-Regierung auf die neuen Krisenerscheinungen erfolgt in der beschriebenen Tradition eines pragmatischen Keynesianismus. Inwieweit dieser Politik Erfolg beschieden sein wird, wird sich noch erweisen. Sicher ist: Ohne die neuerlichen Interventionen der US-Notenbank, der Fed, mit ihren drastischen Zinssenkungen und ohne das derzeit wirksam werdende US-Konjunkturprogramm wäre die Gefahr, dass die USA in eine tiefe Krise geraten und die Weltwirtschaft in eine solche Rezession hineinziehen, deutlich größer.

Eine generelle Schlussfolgerung ist dennoch erlaubt. Sie lautet: Keynesianische Wirtschaftspolitik ist nur in großen, möglichst autonomen Wirtschaftsräumen möglich. Deshalb hat sich die Ausgangslage mit der europäischen Währungsunion auch stark verändert. Der Euro-Raum hat eine Außenhandelsverflechtung von rund zehn Prozent, ähnlich der der USA. In Deutschland allein macht der Warenaustausch mit dem Ausland bereits knapp 50 Prozent aus. Man kann schon daraus – und aus einer Reihe anderer Faktoren, die ähnlich wirken – schließen, dass keynesianische Konjunkturpolitik in Deutschland allein ein ziemlich riskantes Unterfangen wäre. Eine koordinierte keynesianische Konjunkturpolitik auf EU-Ebene oder auf der Ebene der Staaten der Euro-Zone könnte aber sehr wohl erfolgreich sein. Wahrscheinlich würde eine Koordination einiger expansiver Maßnahmen zwischen den Regierungen Frankreichs und Deutschlands genügen, um einen Absturz der Konjunktur in Europa zu bremsen und die Gefahr einer Rezession deutlich zu mildern.

Manfred Szameitat ist Wirtschaftsjournalist in Frankfurt/Main. Er schreibt für diverse Zeitungen vorwiegend über Banken und Finanzfragen. Aufsätze über Wirtschaftspolitik veröffentlicht er gerne in den Marxistischen Blättern.

Vollbeschäftigung für wen?

Die Sachwalter des Kapitals haben von Keynes gelernt

Sebastian Gerhardt

Ein Wort ist im Frühjahr 2008 auf die Bühne der deutschen Politik zurückgekehrt, das deutsche Regierungen in den letzten zwanzig Jahren gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser: „Vollbeschäftigung“. Die zuständigen Bundesminister erklären plötzlich, sie sei in Deutschland „möglich“. Und der Bundespräsident Horst Köhler, einer der Erfinder der Maastrichtkriterien und dann Chef des IWF, konkretisiert. Er wünscht sich als Fortsetzung des Schröderschen Verarmungsprogramms eine „Agenda 2020“. Durch Förderung von Investitionen, höhere Ausgaben für Bildung und Forschung sowie durch „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ soll die Massenarbeitslosigkeit beendet werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit – im März zählte sie 3,5 Millionen Arbeitslose – könnten solche Verlautbarungen als skurrile Erfolgspropaganda der Regierenden erscheinen. Sie sind es nicht, genauer gesagt: nicht nur. Das Statistische Bundesamt meldet für den Februar 39,63 Millionen Erwerbstätige, davon 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 532.000, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 610.000 Personen zu (Grafiken 1 + 2, Seiten 44 + 45). Zwar entfällt nur die Hälfte des Zuwachses auf Vollzeitstellen. Hunderttausende können von ihren Arbeitseinkommen nicht leben und beziehen ergänzendes Arbeitslosengeld II. Aber die Chance auf einen neuen, wenn auch oft schlecht bezahlten Job hat zugenommen, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt. In den Zeiten von Hartz IV ist für viele fast jeder Job besser als gar kein Job. Die Wiederkehr des Zieles der Vollbeschäftigung ist Ausdruck eines nachhaltig veränderten Kräfteverhältnisses.

NACHFRAGELÜCKE? Seit der Industrialisierung hat sich am Skandal der Massenarbeitslosigkeit immer wieder die Kritik entzündet. Die Vorstellung einer effizienten Verteilung der Ressourcen über den Markt, wo die richtigen Preise eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage herbeiführen, vertrug sich schlecht mit der Realität massenhafter Erwerbslosigkeit. Offensichtlich gab es da ein Angebot an Arbeitskräften, für das es keine Nachfrage auf Sei-

ten der Unternehmer gab. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929 entwickelten deshalb so unterschiedliche Menschen wie der Brite John Maynard Keynes, der polnische Autodidakt Michail Kalecki oder die Berater von Präsident Roosevelt unabhängig voneinander die Idee, dass mit staatlichen Interventionen der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden müsse, weil eine Nachfragelücke die Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten verhinderte: Ohne Nachfrage kein Umsatz, kein Wachstum und zunehmende Arbeitslosigkeit. Es drohten Stagnation und Niedergang, schlimmer noch: Aufruhr und Umsturz.

Manche zitierten schon damals gerne den Erzreaktionär Henry Ford: „Autos kaufen keine Autos.“ Schöner und präziser formulierte Kurt Tucholsky: „Wenn eine Firma für ihre Waren Reklame macht, sollte man sie immer fragen: ‘Bezahlt ihr eure Angestellten so, dass sie sich eure Waren kaufen können?’ Und wenn sie dann antwortet: ‘Für unsre Angestellten sind unsre Fabrikate nicht bestimmt’, so sage man ihr: Andre Firmen bezahlen ihre Angestellten auch nicht besser, sondern genauso schlecht. Und so viel reiche Chefs gibt es nicht. Und was ihr treibt, ist Selbstmord: Ihr ruiniert eure eigne Kundschaft. Ihr seid Fabrikanten für das Nichts.“ Interessanter Weise zieht Tucholsky eine Lösungsmöglichkeit für Absatzprobleme in Betracht, wenn auch nur, um sie zu verwerfen: „reiche Chefs“ und ihr Portemonnaie. Der Berliner Autor und gelernte Jurist wußte, dass eine Diskussion der effektiven Nachfrage sich nicht auf das Einkommen der Massen beschränken kann. Denn könnten die Beschäftigten von ihren Einkommen das gesamte Endprodukt kaufen, bliebe für die Chefs kein Reichtum übrig, kein Profit, keine Macht. Tucholsky war nicht der Auffassung, dass der Kapitalismus mit einem Gedankenexperiment abzuschaffen sei. Und so erwähnte er die Einkäufe der Chefs, auch wenn er sie nicht für eine Lösung hielt.

DER KRUG DER WITWE. John Maynard Keynes sah das ganz anders. Er wußte wohl, dass gezahlte Löhne als Nachfrage wirksam werden und so für Absatz sorgen: Da die Arbeitseinkommen im Kapitalismus nicht üppig ausfallen, müssen abhängig Beschäftigte alles ausgeben, was sie verdienen. Keynes vergaß deshalb aber

nicht, dass Löhne und Gehälter für die Unternehmer Kosten darstellen, den möglichen Gewinn beschränken. Nicht die Herkunft des Überschusses über die Kosten, wohl aber seine erfolgreiche Realisierung auf dem Markt interessierte ihn. Das Problem besteht darin, dass jeder Unternehmer frei ist in der Verwendung seines Gewinns. Er kann, muß aber nicht alles Eingenommene ausgeben. Wie können da Angebot und Nachfrage zusammen kommen?

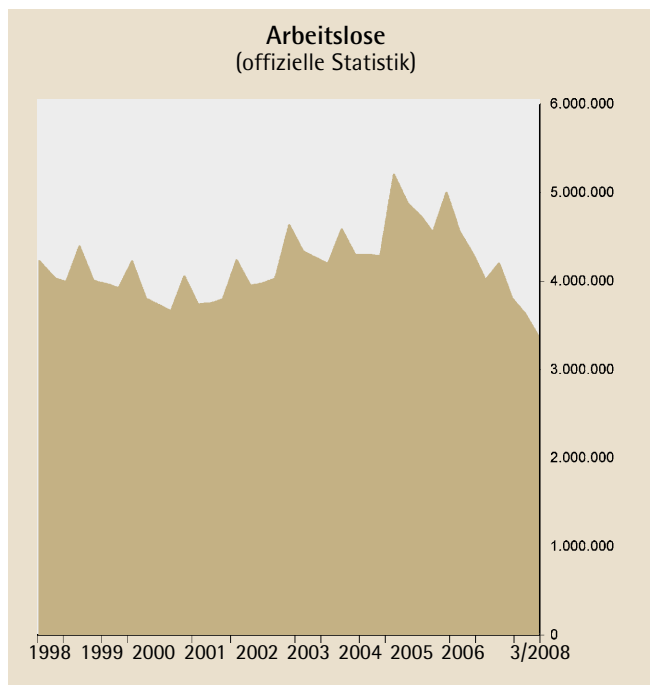
Die Lösung ist einfach, scheint Keynes aber überrascht zu haben: Die Unternehmer selbst müssen ihre Gewinne gegenseitig realisieren, indem sie nicht nur ihre Produktion auf den Markt werfen, sondern auch selbst im Maße ihrer Erlöse als Käufer auftreten. Das Geld, das der Käufer ausgibt, realisiert den Preis des Verkäufers. Zwar ist es nicht wie in der biblischen Geschichte vom Krug der Witwe, die Keynes zur Verdeutlichung heranzieht. Dort können der Prophet Elias, die Witwe und ihr Sohn alle essen, ohne zu ernten, und doch „ward das Mehl im Kad nicht verzehrt, und dem Ölkrug mangelte nichts.“ (1. Buch Könige, Kapitel 17) In der wirklichen Welt sind die Schöpfungen aus dem Nichts eher selten. In jedem Zeitabschnitt kann höchstens verkauft werden, was die vorhandenen Lager und die laufende Produktion hergeben. Die daraus entstehenden Gewinne sind daher auch nicht „unerschöpflich“, wie Keynes im ersten Überschwang schrieb.

Trotzdem hatte er einen richtigen Punkt getroffen: Der Markt ist keine Veranstaltung der individuellen Freiheit, sondern ein zusammenhängendes System mit eigenen Lösungsmöglichkeiten und Zwängen – auch für die Besitzenden. Zwar ist die Realisierung der Unternehmensgewinne nicht von einem ausreichenden Konsum der Massen abhängig, sondern im wesentlichen eine interne Angelegenheit der herrschenden Klasse. Aber ob diese Klasse mit sich selbst zu Rande kommt, daran hatte Keynes schon nach den Erfahrungen der zwanziger Jahre immer größere Zweifel: Die Rückkehr Großbritanniens zum alten Goldstandard im Jahre 1925 hatte die Industrie des Landes mindestens ebenso sehr geschwächt, wie sie das Bankkapital gestärkt hatte.

KEINE KONSUMGESELLSCHAFT. Erst die Weltwirtschaftskrise provozierte den Versuch einer bürgerlichen Totalkritik der damaligen Wirtschaftslehre, den Keynes 1936 vorlegte. Im Zentrum steht dabei das, so Keynes, jederzeit prekäre Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren: Wenn durch eine größere Ersparnis der aktuelle Konsum eingeschränkt wird, ohne dass im gleichen Umfang erweiterte Investitionen den Nachfrageausfall wettmachen, so bleibt die Nachfrage hinter dem Angebot zurück, der Absatz und die Gewinne sinken, die Beschäftigung nimmt ab und die Arbeitslosigkeit zu. Keynes führte allerdings in seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ die zaghaften Ansätze zu einer Untersuchung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge nicht fort, sondern versenkte sich in eine subtile Analyse dessen, was er die „Veranlassung zur Investition“ nennt, bei der die Gestaltung von Zins und Geldmarkt eine entscheidende Rolle

spielen sollen. Wer wissen will, was Kapitalisten von der Wirtschaft erwarten, der wird in darin viel Interessantes finden. Eine Erklärung kapitalistischer Krisen findet er jedoch nicht.

Denn die Keynesische Analyse geht von einem Dogma aus, das nicht weniger irreführend ist als die Erwartung eines allgemeinen Fortschritts durch die segensreiche Wirkung des Marktes. „Jede Erzeugung“, behauptet Keynes, „dient letzten Endes der Befriedi-



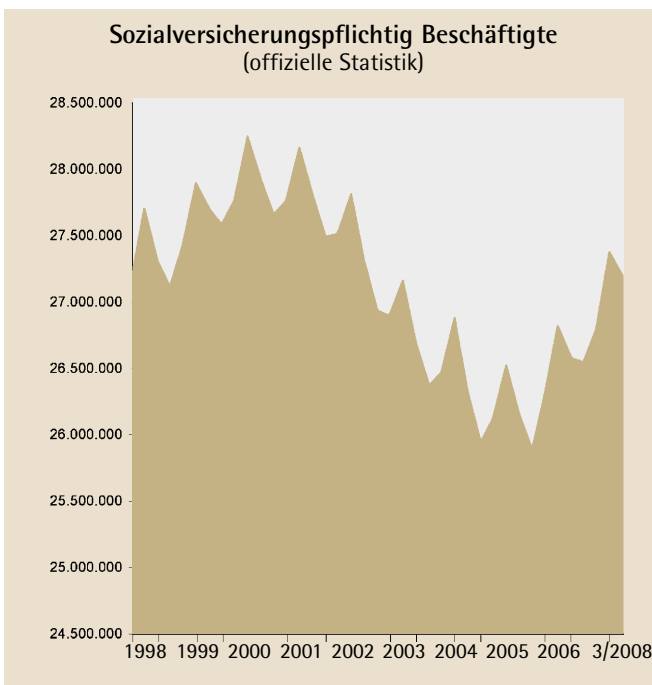
Grafik 1

gung des Verbrauchers.“ Wie die Mehrheit seiner Kollegen unterstellte Keynes dem Kapitalismus damit einen beschränkten Zweck, den er nicht hat: Kapitalakkumulation zielt nicht auf Bedarfsdeckung, sondern auf neuen Profit. Sie deckt auch keine Bedürfnisse, sondern schafft ständig neue – von denen viele, zumal auf Seiten der Beschäftigten, zunächst einmal unbefriedigt bleiben. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner akademischen Kollegen sah Keynes durchaus, was der Kapitalismus nicht war: eine Konsumgesellschaft. Aber er hielt trotzdem an dem Vorurteil fest, dass auch die kapitalistische Wirtschaft „letzten Endes“ dem Verbraucher dienen sollte.

KRISEN ODER STAGNATION. Damit verbaute sich Keynes leider den Zugang zur wenig menschenfreundlichen Dynamik des Systems. Investitionen gelten ihm nicht als Normalfall, der dem einzelnen Unternehmer durch die Notwendigkeiten der Konkurrenz aufgeherrscht wird, sondern als erklärungsbedürftige Besonderheit, die eine spezielle „Veranlassung zur Investition“ benötigt. Kein Wunder, dass seine langfristige Perspektive in der friedlichen Stagnation einer rundum befriedigten Gesellschaft bestand. Aber nicht nur langfristig, auch auf kurze Sicht ist die Keynesische Vorstellung vom Investieren widersprüchlich: Denn um die Nachfrage

auf einem bestimmten Niveau zu sichern, muß in jedem Jahr neu investiert werden, womit die Produktionskapazität steigt. Die abzusetzende Produktion aber bleibt im Keyneschen Modell konstant: Ein Investieren um des Investierens willen, ohne dass es eine Verwendung für die neuen Gebäude und Anlagen gibt – nicht weniger absurd als das Verbuddeln von Geldscheinen oder der Bau von Pyramiden. Die Absurdität lag allerdings nicht in der Sache, sondern im Modell. Kaum war Keynes „Allgemeine Theorie“ er-

Grafik 2



schiene, da machte sich Roy Harrod daran, den Widerspruch aufzulösen: 1938 erschien sein „Essay in dynamischer Theorie“. Harrod, Keynes' Freund und Kollege, wies darin nach, dass nur ein ganz bestimmter Wachstumspfad es gestattet, die durch die Neuinvestitionen geschaffenen Kapazitäten auch auszulasten. Er machte darauf aufmerksam, dass es auch bei Vollausslastung der Produktionskapazitäten zu Arbeitslosigkeit kommt, wenn die Kapazitäten zu gering sind. Parallel gelangte Evzej Domar in den USA zu ähnlichen Ergebnissen. Beide wiesen nach, dass Angebot und Nachfrage keine unabhängigen Kräfte sind. Sie sind tatsächlich nur die oberflächliche Auffassung von Produktion und individueller wie produktiver Konsumtion, die vielfältig zusammenhängen und nicht erst nachträglich durch Politik und Regulationsformen verbunden werden müssen.

Noch die Abweichungen vom Wachstumspfad werden durch diese Rückkopplung beschränkt: Eine Einschränkung der Produktion vermindert nicht nur die Aussichten auf Arbeits- und Gewinneinkommen, sie setzt auch Mittel frei, die zur Beschränkung von Verlusten eingesetzt werden können. Ökonomische Krisen sind keine Aufhebung des Kapitalismus, sondern die gewaltsame Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts – auch wenn man

vielleicht, wie Anwar Shaikh, Marxist sein muß, um das zu sehen: <http://homepage.newschool.edu/~AShaikh/>.

Eine andere Frage sprengt definitiv den Rahmen des pluralen keynesianischen Diskurses: Die Frage nach der Größe und Herkunft des Profits. Keynes hatte die Existenz eines Überschusses über die Kosten einfach vorausgesetzt – um sich Gedanken über den Verkauf zu machen. Die Nachkriegskeynesianer taten es ihm gleich und stellten im Anschluß an Harrod und Domar Theorien über den Zusammenhang von Wachstumsrate und Profitrate auf: Bei hohen Investitionen war auch der Profit hoch und der Konsum nur eine abhängige Variable. Für die Herkunft des Überschusses über die Kosten, des Surplus, interessierten auch sie sich nicht. Ausbeutung ist kein keynesianisches Konzept. Einzig Piero Sraffa, der große Ökonom mit dem schmalen Werk, näherte sich in den vierziger Jahren der Marxschen Erklärung über den Zusammenhang von Länge des Arbeitstages und Größe des Endprodukts. Da er jedoch – wie die Marxisten seiner Zeit – die Schwierigkeiten des Zusammenhangs zwischen Arbeitszeit, Produktionsstruktur und der Herausbildung einer allgemeinen Profitrate nicht zu lösen vermochte, publizierte er diese Überlegungen nicht.

TRIUMPH UND NIEDERGANG. Zu Lebzeiten war dem Steuer- mann John Maynard wenig praktischer Erfolg beschieden. 1940 fragte er verbittert, ob erst ein Krieg nötig sei, damit die bürgerliche Gesellschaft sich an die Mobilisierung ihrer Ressourcen wage. Erst in der Nachkriegskonjunktur konnte es scheinen, dass seine Lehre zur herrschenden Doktrin geworden sei. Die Intervention des Staates wurde nicht mehr als Notbehelf in Krisen- und Kriegzeiten, sondern als Normalität aufgefaßt. In den USA schrieb der Kongreß im Employment Act von 1946 sogar Vollbeschäftigung als Regierungsauftrag fest.

Allerdings war der Employment Act eine eher symbolische Veranstaltung, eine Beerdigung zweiter Klasse für die abgelehnte „Murray-Patnam-Bill“, die nicht nur schöne Ziele, sondern auch detaillierte Vollmachten für die US-Regierung vorgesehen hatte. Und keine drei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes scheiterte die US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit dem Versuch, nicht nur Lohnerhöhungen durchzusetzen, sondern durch Einfluß auf die Preisgestaltung von General Motors auch eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern: Nach 113 Tagen Streik – der größten Streikwelle der US-Geschichte – verzichtete die UAW am 13. März 1946 auf ihre weitreichenden Ziele. Zwar konnte sie in den folgenden Jahren eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik für die US-Autoindustrie erreichen. Doch das Unternehmen hatte mit der unternehmerischen Freiheit das Mittel verteidigt, sich mit Preiserhöhungen zu revanchieren.

Geklärte Machtverhältnisse standen so am Anfang der langen US-Nachkriegskonjunktur. Auf ihrer Grundlage erfolgte das scheinbar neutrale Wachstum der folgenden Jahre, das trotz vieler Fort-

Die Berichterstattung über die Wirtschaft fängt da an, wo es um Geld geht und die Freundschaft aufhört. Manchmal auch die Freundschaft zwischen Schreibenden und Lesenden. Das Gelände der Politischen Ökonomie ist für die arbeitende Klasse „zunächst und vor allem einmal Feindesland“ (Karl Korsch). Ein kleiner Wegweiser kann helfen.

Akkumulation: *Das Bewegungsgesetz des Kapitalismus. Von der Wortgeschichte her eine „Anhäufung“ oder „Ansammlung“ von irgendwelchen Dingen, bezeichnet der Begriff in der Ökonomie die Verwandlung von Profiten in neues Kapital, um mehr Gewinn machen zu können. Dazu müssen beide Seiten des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital wiederhergestellt werden: Die modernsten neuen Anlagen bringen keinen Profit, wenn nicht Leute da sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können.*

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik: *Der Schlager der Neoliberalen, denn es wird doch keiner bestreiten, daß man in gut gefüllten Geschäften besser einkaufen kann als in leeren. Deshalb sollen alle Kosten gesenkt werden: Steuern, Sozialabgaben, Löhne. Damit verbunden ist die Behauptung, dass die freie Konkurrenz der Privaten immer zu kostengünstigeren Ergebnissen führt als staatliche Regulation. Deshalb gehören Privatisierungen und Deregulierung zum Kern des Programms, das seit den späten siebziger Jahren in den westlichen Industrieländern klar dominiert.*

Erwerbslosigkeit: *Die zunächst neutrale Bezeichnung für den Umstand, dass Menschen keinen Job finden, die mangels eines ausreichenden Erbes oder Lottogewinns auf Lohn oder Gehalt angewiesen sind. Interessant wird es, sobald nach dem Umfang der Erwerbslosigkeit gefragt wird. Offizielle Statistiken erfassen zumeist nur die Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben. In den USA gibt es Telefonumfragen, wobei keiner mitgezählt wird, der in den letzten sechs Wochen nicht aktiv nach einem Job gesucht hat. Die Arbeitslosenzahlen sind Bestandsgrößen, die sich nach Berücksichtigung der Zu- und Abgänge aus der Erwerbslosigkeit ergeben: Im März 2008 meldeten sich 654.000 Menschen neu bei der Bundesagentur für Arbeit, ca. 760.000 meldeten sich aus der Erwerbslosigkeit ab – daraus resultiert die Verminderung der Arbeitslosenzahlen.*

Endprodukt: *Eine etwas laxe Umschreibung für das, was nach Abzug des Produktionsverbrauches vom Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeit übrig bleibt und verteilt werden kann. Die amtliche Statistik spricht von „Wertschöpfung“ und unterscheidet die Bruttowertschöpfung, die keine Abschreibungen für Maschinen und Anlagen berücksichtigt, von der Nettowertschöpfung, die entsprechende Abzüge vornimmt. Die Analyse dieser Daten ist eine Wissenschaft für sich (Eva Müller, Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Anwar M. Shaikh/E. Ahmet Tonak, Measuring the Wealth of Nations) – selbst wenn wir die große Frage nach den ökologischen Konsequenzen heutiger Wirtschaft unberücksichtigt lassen.*

Geldschöpfung: *Eines der letzten Wunder in unserer durchrationalisierten Welt – wenn man der Presse trauen könnte. Tatsächlich machen die Zentralbanken etwas, was nicht jeder kann, sie machen Geschäfte mit ihren eigenen Zahlungsverprechen. Diese werden korrekt unter den Passiva ihrer Bilanz verbucht und machen dort den Löwenanteil aus: als Banknotenumlauf. Die Zentralbank verschenkt ihr Geld nicht, sondern tauscht es für eine beschränkte Zeit gegen zinstragende Wertpapiere aus und streicht derweil die Zinsen ein. Auch wenn also Euros und Dollars auf Papier gedruckt werden: Sie sind kein Papiergeld, sondern beruhen auf Kredit. Und Kredit beruht hier wie überall nicht auf Glauben, sondern auf Sicherheiten.*

Maastrichtkriterien: *Die Voraussetzungen zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion aus dem Vertrag von Maastricht vom Februar 1992 – Preisniveaustabilität, niedrige Zinssätze, ein stabiler Wechselkurs, schließlich eine Beschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme auf eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes und des Standes der gesamten öffentlichen Verschuldung auf höchstens 60 Prozent des BIP. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt 1996 wurden*

die Obergrenzen für die öffentlichen Kreditaufnahme auch für die Zeit nach Einführung des Euro festgeschrieben.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik: *Der Sammelbegriff für eine keynesianisch orientierte Politik in den Zeiten einer Dominanz der -> angebotsorientierten Politik.*

Sparen: *Eine Name für zwei ganz unterschiedliche Sachen, die von der klassischen bürgerlichen Ökonomie von Adam Smith bis James Mill und Thomas Malthus klar unterschieden werden. Zum einen das unprofitable Aufhäufen irgendwelcher Schätze für künftige Zahlungsverpflichtungen („hoarding“), beispielsweise der Goldmünzen im Keller, der Euros unter dem Kopfkissen oder in der Kassenhaltung von Unternehmen. Zum anderen das bürgerliche, gewinnorientierte Sparen („saving“), wobei eine Person nicht selbst Geld ausgibt, sondern es einer anderen gegen Zinsen und Rückzahlungsverpflichtung überlässt: Die Mittel eines Sparbuchs liegen nicht im Keller der Sparkasse, sondern werden von ihr investiert. Weil unprofitabel, wird die Schatzbildung von den Ökonomen immer kritisch gesehen – aber sie ist notwendig, um auch in der Krise flüssig zu bleiben.*

Zyklus: *Wirtschaftliche Veränderungen, die nicht zufällig aufeinanderfolgen, sondern kausal zusammenhängen. Von den langen Wellen der Konjunktur über die Erneuerung von Bauten und Anlagen bis zu den Lagerhaltungszyklen von Unternehmen gibt es Zyklen unterschiedlicher Art und Länge, die sich in der Realität überlagern. Über die Wirkung des Auf und Ab hat Bertolt Brecht sein „Lied vom Wasserrad“ geschrieben, worin es unter anderem heißt:*

*„Ob sie besser waren oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer,
Und uns trat er. Ihr versteht, ich meine,
Dass wir keine andern Herren brauchen,
sondern keine!“*

schritte in der Lebenshaltung das Machtgefälle zwischen der arbeitenden Klasse und den Kapitaleignern nur vergrößerte. Daher war klar, wer für die Krise zahlen mußte, als in den siebziger Jahren sinkendes Wachstum und steigende Preise die Beschäftigten von zwei Seiten in die Zange nahmen. Der Keynesianismus durfte mit der Annahme des Full Employment Act im Oktober 1978 noch eine Abschiedsvorstellung geben. Wenige Monate später begann unter dem Demokraten Paul Volcker die Hochzinspolitik der FED.

ZWEI MODELLE – EINE LEHRE. Ende der siebziger Jahre verschwanden die Parolen von „Vollbeschäftigung“ und „Nachfragestimulierung“ aus den Reden der Politiker. Aber wie ein Blick auf die Entwicklung in den USA (Grafik 3) und der Bundesrepublik zeigt, verschwand der Keynesianismus nicht spurlos. Die Abbildungen zeigen die jährlichen Wachstumsraten, die Arbeitslosenrate und die Finanzierungssalden der drei großen Bereiche der Volkswirtschaft – private Unternehmen und Haushalte, staatlicher Sektor und die Leistungsbilanz gegenüber dem Ausland –, ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Summe der Finanzierungssalden der drei Sektoren muß – soweit die statistische Erfassung korrekt und umfassend genug ist – Null ergeben. Auch hier gilt: Keinesfalls „können die Götter aus Nichts irgend etwas erschaffen.“ (Lukrez) – und was die Götter nicht können, funktioniert auch im real existierenden Kapitalismus nicht. Wenn ein Sektor mehr ausgibt, als er einnimmt, muß an anderer Stelle umgekehrt mehr eingenommen werden, als man ausgibt.

Offensichtlich kann in beiden Ländern von einer Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten keine Rede sein. Die US-Regierung wollte in den achtziger Jahren weder auf ihr Rüstungsprogramm noch auf Steuererleichterungen für die Reichen verzichten – die Bundesregierung scheute keine Kosten, um in den neunziger Jahren die Wiedererlangung der vollen Souveränität durch den Anschluß der DDR zu sichern. Die Ausweitung der öffentlichen Verschuldung ist kein Tabu – es kommt nur darauf an, wem sie zugute kommt.

In Deutschland blieben die Defizite des Anschlußkeynesianismus eine Episode, wenn auch eine folgenreiche. Die Bundesrepublik hat sich im Osten eine historisch beispiellose industrielle Reserve-

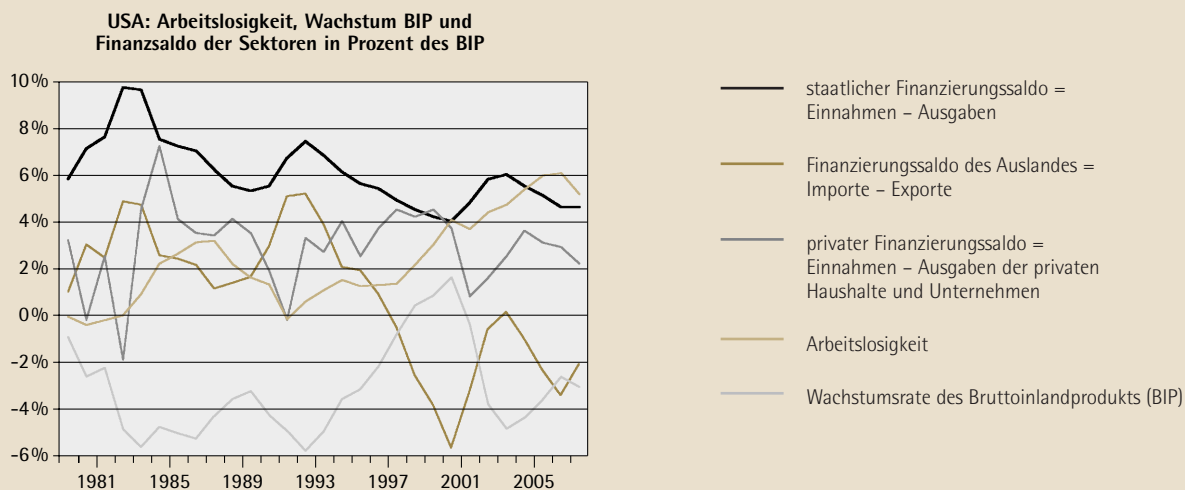
armee zugelegt, mit der nachhaltig die Löhne gedrückt werden. Die resultierenden Gewinne aber werden nicht verprasst, sondern im Ausland investiert. Die deutschen Leistungsbilanzdefizite wurden nach wenigen Jahren überwunden, und die Bundesrepublik konnte den Rückschlag in den Auslandsvermögen bis 2004 wieder aufholen. Damit schuf sie die Grundlage für den harten Euro, der mit der Ausschaltung von Wechselkursspekulationen in Europa zweifellos keynesianische Elemente aufnimmt. Das Selbstbewußtsein der kerneuropäischen Eliten zeigte sich 2003 in ihrer Weigerung, den USA in den Irak zu folgen, wobei sie sogar mit dem Erzfeind Rußland gemeinsame Sache machten. Schließlich erfüllt seit 2006 auch der deutsche Zuchtmeister selbst wieder die Maastrichtkriterien.

Dagegen wird das Außenhandelsdefizit der USA seit Ende der neunziger Jahre nicht nur von der Staatsverschuldung, sondern auch von einer massiven Ausweitung des privaten Konsums getragen. Wie Till von Treeck in mehreren Studien für das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung argumentiert hat, führte das Wachstum des Finanzsektors in den angelsächsischen Ländern zu einer Umverteilung von Profiten zugunsten der privaten Anleger bei gleichzeitiger Beschränkung der Investitionen in den Unternehmen. Ein Problem mit der effektiven Nachfrage hat die USA aber nicht: Der Luxuskonsum der share- und bondholder, der Aktienbesitzer und Anleihegläubiger, schließt die Bresche.

Wie der Blick in die Geschichte und in die Geschäftsbücher des Kapitals zeigt, muß der Kapitalismus an einer Beschränkung der Masseneinkommen nicht zugrunde gehen. Wenn der Widerstand gegen Arbeitshetze und Lohnkürzung gering ist, wird beides fortgesetzt. Nicht einmal vor einem leergefegten Arbeitsmarkt haben die Unternehmen heute Angst, da die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander die Löhne niedrig hält. Unter diesen Bedingungen ist die Ankündigung von Vollbeschäftigung kein Versprechen. Sie ist eine Drohung mit weiteren Sozialkürzungen und Arbeitszwang.

Die verwendeten Zahlen sind entnommen der IMK-Studie "Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: Tendenzen in den USA und in Deutschland aus makroökonomischer Perspektive" (5/2007)

Grafik 3



Die Krise ist da

Doug Henwood

Montage: J. Römer · www.unterbilken.de

48

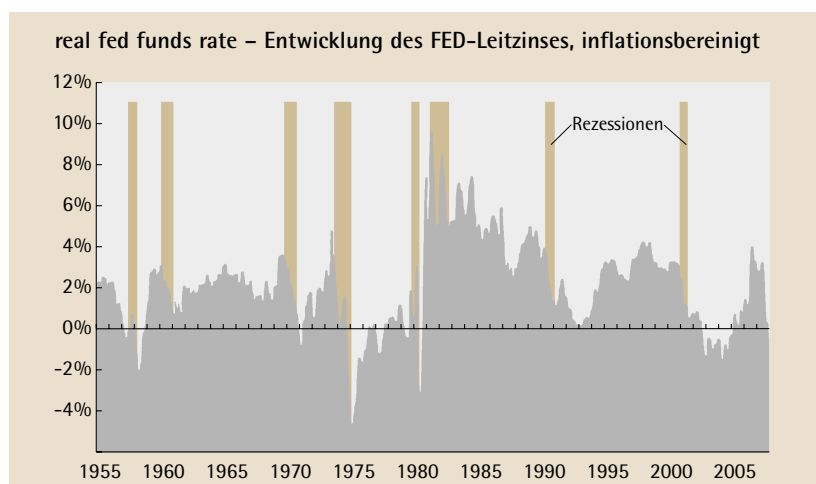
Mit Geld und guten Worten kämpft die US-Regierung gegen die Rezession

Armer, armer Aktienmarkt: Er braucht fast jeden Tag einen neuen Schuss, oder er fällt in Ohnmacht. David Rosenberg, Chefökonom bei Meryll Linch, betont in seiner Analyse vom 14. März, dass jede neue Ankündigung einer Unterstützung dem Markt einen Schub für einen oder zwei Tage gab, der sich aber nach dem Ende der Euphorie sogleich ins Gegenteil verkehrte. Der Aktienindex Standard&Poors 500 zeigt diese Entwicklung des US-Markt seit dem Ausbruch der aktuellen Finanzkrise im letzten August. Größere Interventionen sind im Schaubild vermerkt: Zinssenkungen der Federal Reserve, die Ankündigungen der Regierungsprogramme zur Unterstützung von Hypothekenschuldnern (FHA Secure, Project Lifeline, Hope Now), Sonderprogramme der Fed zur Unterstützung der Bankenliquidität (Term Auction Facility, Term Securities Lending Facility), Aktionen zur Absicherung von Kreditversicherern usw. Die Tagesgewinne nach diesen Ankündigungen summieren auf insgesamt 22 Prozent – doch an den Tagen ohne solche Unterstützung, die zehnmal häufiger waren, fielen die Kurse um insgesamt 33 Prozent. So haben alle Aktionen den Fall der Kurse nicht aufhalten können – wenngleich es ohne die Pressemitteilungsmaschinerie wohl noch schlimmer gekommen wäre (Die Liste der Marktinterventionen haben wir von Rosenberg übernommen und aktualisiert.).

Der letzte Schub kam von der Leitzinssenkung der Fed am 18. März. Die Zinssenkung war erwartet worden. Sie fiel eher geringer aus, als der Markt gehofft hatte, und wurde von härteren Worten über die Preissteigerung begleitet, als von den Fed-Astrologen vorhergesagt. Trotzdem machte die Zinssenkung die Händler und Investoren für einige Stunden glücklich. Der Zinsschritt brachte den realen Tagesgeldsatz – den Zinssatz, zu dem die Banken einander kurzfristig Zentralbankgeld leihen, vermindert um die Preissteigerungsrate – deutlich unter Null. Der Tagesgeldsatz – die Federal Funds Target Rate – ist der empfindlichste Indikator für die Politik der Fed. Wie die Grafik unten zeigt, sind negative Realzinsen für Tagesgeld ziemlich selten, vor allem in

einer frühen Phase einer Rezession. Den Gang der Dinge haben die Zinssenkungen und außerordentlichen Kreditlinien und der ganze Rest nicht geändert: Auch wenn sie noch nicht schrumpft, so wirkt die US-Wirtschaft doch stetig schwächer. Die wichtigsten Indikatoren zeigen noch keinen Zusammenbruch, aber es ist auch keine Stabilisierung in Sicht.

DIE RETTUNG VON BEAR STEARNS. Die überraschendste Mitteilung wird im Kursdiagramm gar nicht deutlich: Die „Rettung“ von Bear Stearns – wenn Sie die praktische Liquidation einer 85 Jahre alten Firma eine Rettung nennen wollen. Es hatte einfach keinen Einfluss auf den Handel – nicht zu vergleichen mit dem Aufschwung einen Tag



später, obwohl die Fed weniger tat, als von ihr erwartet worden war. Trotzdem erregte der Deal große Aufmerksamkeit, sogar bei Menschen, die sich sonst kaum um die Wall Street kümmern.

War die Aktion notwendig? Die Antwort auf diese Frage läuft auf eine andere Frage hinaus: Was ist mit „notwendig“ gemeint? Wenn Sie ein Anhänger des Freihandels sind, so lautet die Antwort klar: „Nein, notwendig war sie nicht. Lasst die Pleite doch ihren Lauf nehmen, langfristig wird sich alles klären.“ (In einem ähnlichen Zusammenhang machte Keynes einmal die berühmterberühmte Bemerkung, dass wir „langfristig alle tot“ sind.) Einige radikalere Linke scheinen dem zuzustimmen: Lasst das ganze verrottete System zusammenbrechen, dann können „wir“ es neu aufbauen. Das Problem bei der freihändlerischen Position besteht darin, dass die langfristige Klärung tatsächlich sehr lange dauern kann – zehn Jahre oder länger. Und das Problem bei der revolutionären, dass derzeit wenig von dem „wir“ zu sehen ist, das den Wiederaufbau bewerkstelligen soll. Und selbst wenn da etwas wäre – es gibt keine Garantie, dass „die anderen“ gerade „uns“ rufen würden.

Das Herauskaufen von Bear Stearns ist dagegen für solche Menschen notwendig, die nicht um einer politischen Konsequenz willen das Risiko eingehen wollen, Millionen arbeitslos zu machen. Die Firma war nicht so groß – „war“, denn sie wird nun in JP Morgan Chase untergehen –, aber sie ist verbunden mit einer Menge anderer Institutionen, Banken und Hedge Fonds. Wenn Bear Stearns pleite gegangen wären, hätten diese ihren Partner für viele aktuelle Geschäfte verloren, und viele hätten ebenfalls zumachen müssen – womit wieder neue Firmen hätten hingezogen werden können.

Auch abgesehen von solchen direkten Folgen für die Geschäftspartner wäre die Erschütterung des Vertrauens enorm. Ohne Vertrauen können die Finanzmärkte aber

nicht arbeiten: Wenn Bank A nicht glaubt, dass Bank B zahlen kann, wird sie mit ihr keine Geschäfte machen. Das würde das normale Kreditgeschäft mit Firmen und Privatkunden einfrieren lassen, so dass auch die Realwirtschaft rasch baden ginge.

STEUERZAHLER GEFRAGT. JP Morgan wollte weniger als zwei Dollar für eine Bear Stearns Aktie zahlen, ein Dreißigstel dessen, was die Investmentbank eine Woche vor der Übernahme gekostet hatte. Doch JP Morgan berücksichtigt auch die Risiken für einige der zweifelhafteren Vermögenswerte von Bear, die sich als nahezu wertlos herausstellen könnten. Deshalb bietet die Fed JP Morgan eine Garantie für den Worst Case von bis zu 30 Milliarden Dollar – die nötig werden oder auch nicht. Wie in diesem Fall hat die Fed bisher vor allem Versprechen gemacht, die sie noch nicht einlösen musste. Bisher gab es keinen nennenswerten Einsatz öffentlicher Gelder für diesen Ausverkauf oder eine der anderen außerordentlichen Maßnahmen der letzten Monate. Die Fed ist eine der seltenen Kreaturen, die, ohne verhaftet zu werden, Geld drucken können. Sie untersteht nicht der Finanzhoheit des Kongresses, weil sie keine Mittel aus dem Bundeshaushalt erhält, sondern finanziert sich selbst: Sie kauft mit ihren Noten Bundesanleihen und streicht die Zinsen dafür ein. Nachdem sie alles abgezogen hat, was sie für ihre Kosten hält, überweist sie den Rest als den Zentralbankgewinn – in der letzten Zeit etwa 25 Milliarden Dollar jährlich – wieder an das Finanzministerium.

Es ist jedoch ziemlich unwahrscheinlich, dass diese Krise ohne den Einsatz von Steuergeldern gelöst wird: Wahrscheinlich wird ein ganzer Haufen davon nötig sein. Die Lösung der US-Sparkassenkrise der achtziger Jahre kostete etwa 200 Milliarden an Bundesgeldern – erstaunlicher Weise weiß niemand, wie teuer es genau war. Unter Berücksichtigung der Inflation entspricht das heute etwa 400-500 Milliarden Dollar.

In den frühen neunziger Jahren brauchte Schweden etwa zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für die Lösung einer ähnlichen Finanzkrise – das entsprechende US-Äquivalent beträgt fast 300 Milliarden Dollar.

Da der Einsatz öffentlicher Gelder wahrscheinlich unvermeidlich ist, wäre es ziemlich nett, würde die breite Öffentlichkeit auch etwas für ihr Geld kriegen – wenn auch die Präzedenzfälle nicht ermutigend sind. In jedem Fall braucht das Finanzsystem eine Re-Regulierung jener Art wilder Spekulation, die in den letzten Jahrzehnten normal geworden ist. Die Typen von der Wall Street werden behaupten, ihnen würde so geschadet, und im übrigen sei eine Regulierung unmöglich. Doch diese Einwände sollte man schlicht ignorieren. Der ganze Boom- und Pleitenzyklus ist teuer und sehr gefährlich geworden. Schon das Platzen der new-economy-Blase und das Enron-Debakel hätten zu einer Re-Regulierung führen sollen. Aber dazu kam es nicht. Diesmal ist der Kater noch größer – wie soll es beim nächsten Mal ausgehen, wenn es so weitergeht? Einige Leute in Washington haben angefangen, über diese Dinge zu reden. Doch ohne ersten öffentlichen Druck wird die Kontrolle wohl sehr milde ausfallen.

Es wäre auch gut, würden neue Institutionen aus den Wracks des Subprime-Abenteuers entstehen: Zahlungsunfähige kleine Banken und Hypothekenhändler könnten in kommunale Träger oder gemeinnützige und genossenschaftliche Institutionen verwandelt werden. An Stelle von Zwangsversteigerungen könnten öffentliche Einrichtungen die betreffenden Häuser übernehmen und in genossenschaftliches Wohneigentum verwandeln. Dabei müssten die Nutzer weiterhin eine, wenn auch verminderte, Grundschuld tilgen, dürften ihr Eigentum aber nur zu kontrollierten Preisen und an die Genossenschaft verkaufen. Die nötigen Abschreibungen auf die alten, überhohen

Kreditforderungen müssten die Regierung und die betroffenen Banken übernehmen.

DAS GRUNDLEGENDE PROBLEM. Damit kommen wir zum nächsten Punkt: dem Wohnungsproblem selbst. Offensichtlich haben sich viele Leute gestreckt, um Häuser zu kaufen, die sie sich nicht leisten können. Sie sind nun in der peinlichen Lage, am Schuldendienst zu scheitern. Die Gläubiger waren verrückt und vergaben Hypotheken, ohne die Zahlungsfähigkeit der Schuldner prüfen. Und die Schuldner nahmen Kredite auf, die sie überforderten: Sei es, weil die Banker sie über die Konditionen belogen, sei es, weil sie die Banker über ihre Finanzen belogen oder hofften, steigende Immobilienpreise würden die Schuldenlast erträglich machen. In manchen Ecken des Landes kostet ein Bungalow eine halbe Million Dollar, da gibt es nicht viel Auswahl, wenn man kaufen muss. Da Hauseigentum aber ein amerikanischer Fetisch ist, ziehen viele Menschen eine Mietwohnung selbst dann nicht in Betracht, wenn sie nur halb so viel kostet wie ein Kauf.

Das ganze Finanzdrama dreht sich also um die schlichte Frage, dass Menschen Hypotheken aufgenommen haben, die sie nicht bedienen können – um damit Häuser zu kaufen, die nun im Wert sinken. Alles Wirbeln der Fed kann dieses Problem nicht wirklich lösen – ebenso wenig wie irgendeine Aktion der Regierung.

Der Immobilienboom seit der Mitte der neunziger Jahre ist ein völlig neuartiges Phänomen in der US-Wirtschaftsgeschichte. Nach Robert Shillers sehr weit zurückreichendem Index gab es immer Aufschwünge und Abschwünge der Immobilienpreise, die einander weitgehend aufhoben: bereinigt um die Inflation lagen die Hauspreise 1990 etwa da, wo sie 1890 waren. Das änderte sich jedoch ab 1996, bis Mitte 2006 stiegen die Immobilienpreise um 85 Prozent. Seit diesem Gipfel sind sie um 13 Prozent gesunken (Grafik S. 50). In

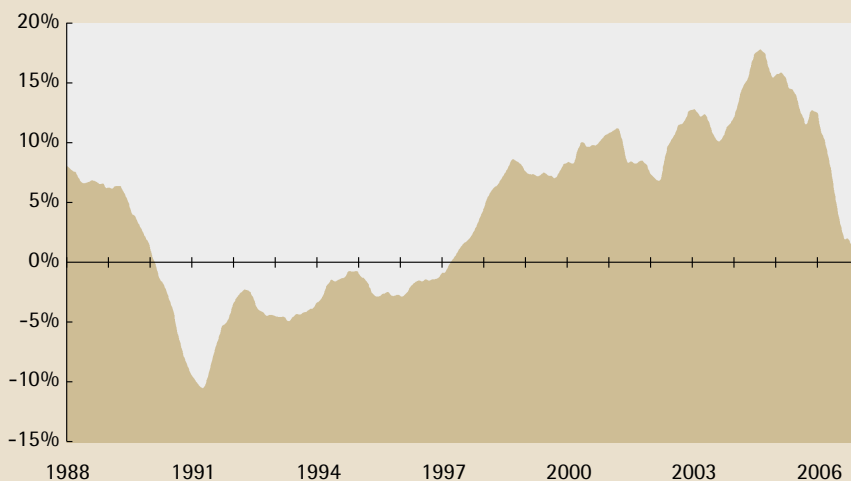
den letzten Zyklen fielen die Immobilienpreise im Abschwung etwa um die Hälfte des vorangegangenen Zuwachses, und die Abschwünge dauerten fast so lang wie die Aufschwungphasen. Demnach wäre jetzt etwa ein Viertel des Abschwung geschafft – allerdings bietet die Vergangenheit keine Garantie für den künftigen Verlauf.

Auch der Vergleich der Immobilienpreise mit den Haushaltseinkommen legt nahe, dass noch einiges bevorsteht. Lange Zeit betrug die Hauspreise etwa das Drei- bis Vierfache der durchschnittlichen jährlichen Haushaltseinkommen, während der Blase stiegen sie aber auf das Fünffache (Grafik S. 51). Seither sind sie ein wenig gefallen, aber entweder fallen sie noch um weitere 17 Prozent oder die Einkommen müssen ihnen langsam entgegenkriechen. Angesichts der Konjunkturaussichten kommt tatsächlich nur ein „Kriechen“ in Frage. Bei konstanten Immobilienpreisen und nominellen Einkommenszuwächsen von drei Prozent

immer wieder. Am Anfang war es die höchst erfolgreiche Strategie von Paul Volcker, der die Inflation der siebziger Jahre durch den Angriff auf die Position der US-Arbeiterklasse beenden konnte. Auf dem Höhepunkt der Hochzinspolitik konnte damals Mexiko seine Auslandsschulden nicht mehr bedienen, was die offene Schuldenkrise der Dritten Welt auslöste. Die ganzen achtziger Jahre gab es Befürchtungen, deshalb könne das gesamte Finanzsystem kollabieren. Einige Banken mussten Verluste hinnehmen, doch das Kapital – vertreten durch das US-Finanzministerium und den IWF – verwandelte die Krise in seine Chance. Es begann der lange Prozess der „Strukturanpassungen“ und Marktöffnungen, die uns die heutige neoliberale Welt beschernten. Und angesichts einer Arbeitslosenrate von 10,8 Prozent auf dem Tiefpunkt der Rezession Ende 1982 entsagte daheim die US-Arbeiterklasse der Militanz und Widerständigkeit der siebziger Jahre. Dann kam der Crash der Aktienmärkte von 1987, kurz

Jährliche Wachstumsraten der Immobilienpreise in den USA

Standart & Poors / Case-Shiller-Weise Immobilienpreis-Index (Inflationsbereinigt)



würde es noch bis Mitte 2009 dauern, bis der langfristige Durchschnitt wieder erreicht wird.

EIN RÜCKBLICK. An einem ähnlichen Punkt standen wir in den letzten 25 Jahren

nach dem ersten „Geburtstag“ des Left Business Observer. Jung und naiv machten wir damals düstere Prophezeiungen, die nicht eintrafen. Dann brach der Boom kreditfinanzierter Unternehmensübernahmen zusammen, es kam die Sparkassenkrise –

aber immer noch keine Depression. Es folgten einige Jahre langsamen Wachstums der Beschäftigung und der Masseneinkommen, doch die Arbeitslosigkeit blieb mit maximal 7,5 Prozent unter dem Niveau von 1982 (ganz zu schweigen von den 24,9 Prozent des Jahres 1933). Es brauchte einige Jahre, bis sich die US-Wirtschaft vom Kater nach den Schulden der achtziger Jahre erholt hatte, doch 1994 lief die Konjunktur wieder heiß. Die Fed zog angesichts eines Beschäftigungswachstums von 3,5 Prozent die

Auf's neue wurden die Niedergangsprophezen laut: Die Massen müssten erwachen und das Joch der Konzerne abwerfen. Doch obwohl Millionen US-Bürger ihre Altersversorgung in großen Teilen oder sogar ganz verloren: Der Kollaps der Finanzmärkte blieb ebenso aus wie die Rebellion der Massen.

WIRTSCHAFTLICHE AUSSICHTEN. Und wie sehen heute die unmittelbaren wirtschaftlichen Aussichten aus? Als die Fed die Leitzinsen am 18. März nur um 75 statt der erwarteten 100 Basispunkte senkte, wurde in der Pressemitteilung in scharfer Form auf die Inflationsrisiken verwiesen. Sicher ist die Inflation mit etwa vier Prozent im Jahr höher, als die Fed

deflationäre Kraft, die fast alle Preise herunterdrückte. Das war das Thema der Business Week-Titelstory am 6. Dezember 2004: „Dies sind die drei härtesten Worte der US-Industrie: Kürze deinen Preis – um mindestens 30 Prozent oder verliere Deine Kunden.“ Bis heute drückt die chinesische Konkurrenz, doch sind die chinesischen Preise – die Inlandspreise für die chinesischen Konsumenten wie die Exportpreise in die USA – gegenüber der Niedrigpreisphase von 1997 bis 2005 bereits deutlich gestiegen. Wahrscheinlich kam die Titelstory, als die Geschichte schon fast vorüber war – ähnlich wie bei der berühmten Story vom Niedergang des Aktienhandels, genau drei Jahre vor Beginn des größten und nachhaltigsten Bullenmarktes der US-Geschichte.

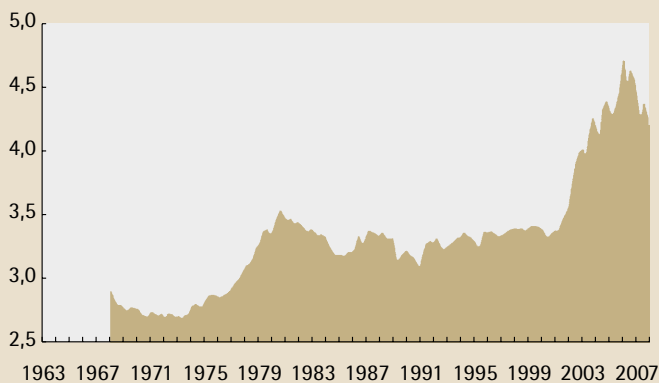
Es kann sein, dass die Warenpreise auch durch Spekulanten hochgetrieben werden, die angesichts der schlechten Aussichten für Finanzanlagen in solche Märkte ausgewichen sind. Einiges deutet darauf hin, dass solche spekulativen Positionen wieder aufgelöst werden, womit der Inflationsdruck bald zurückgehen könnte. Doch bislang verkomplizieren die Inflationsaussichten die Rettungsmission der Fed gründlich.

Die wichtigsten Indikatoren des Wachstums sehen nicht gut aus. Die Konjunkturindizes fallen seit einigen Monaten und bewegen sich in der Nähe der Daten aus der Zeit kurz vor den Rezessionen von 1990 und 2001. Allerdings sieht es bei weitem nicht so schlecht aus wie vor den Rezessionen von 1974/75 und 1981–82. Wenn also jetzt viele Gurus eine tiefe Rezession vorhersagen, so ist davon zumindest in der Statistik noch nichts zu sehen. Doch wer weiß, vielleicht kommt das noch.

Übersetzung: **Sebastian Gerhard**

Doug Henwood gründete 1986 den *Left Business Observer* (LBO). Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift *The Nation*. Wichtigste Buchveröffentlichung: *Wall Street*, Verso, London 1997.

Verhältnis der durchschnittlichen Hauspreise zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen



Leitzinsen wieder an: Wenn der Arbeitsmarkt leer gefegt ist, könnte die Militanz der Siebziger zurückkehren. Am Ende des Jahres stürzten die hohen Zinsen Mexiko in eine Finanzkrise und eine scharfe Rezession. Die übliche Bande, US-Finanzministerium, IWF & Co., organisierte die Wiederherstellung der mexikanischen Kreditwürdigkeit und verhinderte die Ausbreitung einer lokalen Finanzkrise auf das Weltfinanzsystem. Dafür musste die mexikanische Wirtschaft bluten. Nebenbei verdiente das Finanzministerium sogar noch an dem Deal.

Später folgte die Asienkrise von 1997–1998. Wieder griffen die monetären Institutionen ein, wieder wurde eine Kernschmelze des globalen Finanzsystems vermieden, wieder bezahlten die betroffenen Ländern wie Südkorea oder Thailand mit einer tiefen Rezession. Schließlich der Crash der New Economy und die Skandale um Enron & Co.

will. Sie ist auch höher als das, was wir alle in den letzten Jahren erlebt haben. Inflation plus Wachstumsschwäche – das wäre zusammen das Gespenst der siebziger Jahre, die Stagflation. Damals jedoch war die Inflation teilweise ein Ergebnis steigender Arbeitskosten. Seit der Politik von Ronald Reagan und Paul Volcker haben sich die Arbeitseinkommen aber nicht erholt. Heute wird die Inflation von steigenden Warenpreisen angetrieben: Öl natürlich, aber auch Metalle, Lebensmittel und andere materielle Dinge, von denen die Theoretiker der virtuellen New economy schon dachten, sie wären längst unwichtig geworden.

Eine der Triebkräfte des globalen Inflationsdrucks ist China, dessen rasches Wachstum eine unstillbare Nachfrage für die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens geschaffen hat. Dies ist ein bemerkenswerter Wandel in Chinas globaler Wirkung. Vor wenigen Jahren erschien das Land noch als große

Haltet den Dieb!

Für die Krise verantwortliche Privatbanken verweisen auf Sparkassen

Lucas Zeise

52

IKB

Der Glaube an die wohltuende Wirkung freier Märkte ist Teil unseres Kulturguts. Die nun zehn Monate dauernde globale Finanzkrise ist da eine Herausforderung für Ideologen. Gewürdigt werden soll ein wirklich schickes Argument der Marktrechtfertigung. Es wird vor allem für deutsche Gemüter immer wieder neu ersonnen und gegen jedwede antimarktwirtschaftliche Gesinnung in Stellung gebracht. Es lautet: Der Staat ist schuld. Die Politiker sind unfähig. Beide greifen in die Marktprozesse ein, die ansonsten zum stabilisierenden Gleichgewicht tendieren.

In Deutschland wird derlei Schnickschnack aus zwei Gründen gern erzählt. Einmal hat der neoliberale Kinderglaube vom segensreichen Wirken des freien Marktes unter Ökonomen eine Massenbasis. (Anmerkung: Anders denkende Fachvertreter werden an Universitäten, Banken und Forschungsinstituten seit Jahrzehnten nicht mehr zugelassen). Zum anderen gibt es hierzulande einen bedeutenden staatlichen Bankensektor. Es sind die Sparkassen, die flächendeckend im Land vertreten sind und die fast alle den Kommunen gehören. Sie sind beim Publikum einigermaßen beliebt und deutlich Marktführer, weit vor der größten börsennotierten privaten Bank, der Deutschen Bank. Außerdem gibt es die Landesbanken, die ursprünglich als „Girozentralen“ den

Zahlungsverkehr der Sparkassen organisierten und Bankdienstleistungen beispielsweise im Ausland übernahmen, für die einzelne Sparkassen keine Kapazitäten hatten. Eigentümer der Landesbanken sind zum Teil die Länder, meist in Verbindung mit den Sparkassenverbänden.

DIE WELTWEITE FINANZMARKTKRISE IST VON PRIVATEN GEMACHT. Die deutschen Landesbanken sind laut Medien die Hauptakteure der Finanzkrise. Sie haben verantwortungslos Staatsvermögen verzoockt. Bei dieser Darstellung spielt es keine Rolle, dass die privaten Banken im eigenen Land, aber auch die der soliden Schweiz oder die aus dem Finanzzentrum London oder jene aus dem Gelobten Land des freien Unternehmertums, den USA, vielfach größere Beträge verjubelten. Da ist es ganz egal, dass das Epizentrum der Spekulationskrise in den USA liegt. Es kümmert nicht, dass die Vorstände der größten und bis vor kurzem renommiertesten privaten Institute jüngst nach Milliarden-Abschreibungen gehen mussten – meist mit satten Abfindungen. Es kümmert nicht, dass schon ein oberflächlicher Blick erkennen lässt: Die Höhe der Bankenverluste hat nichts mit ihrer Eigentümerstruktur zu tun. Allenfalls damit, in welchem Land die Bank residiert und welcher Bankenaufsicht sie unterliegt. Um zu zeigen, dass der Staat generell nicht

wirtschaften kann, wird die börsennotierte IKB in den Medien mal eben so dem Staatssektor zugeschlagen. Die IKB war in Deutschland als erste in eine existentielle Notlage geraten. Wie viele andere Banken auch hatte die IKB außerhalb der Bilanz Fonds gegründet, die in zunächst hochverzinsliche, auf US-Ramschhypotheken basierende Wertpapiere investierten. Als die Probleme bekannt wurden, schnürte die größte IKB-Aktionärin, die bundeseigene Bank KfW, ein Rettungspaket, dem später weitere folgten. Die KfW war 2001 vom damaligen Finanzminister Hans Eichel angewiesen worden, den Versicherungskonzernen Allianz und Münchener Rück deren Anteile an der IKB abzukaufen. Damit wurde die KfW größter Einzelaktionär bei der bis heute mehrheitlich privaten IKB.

Die privaten Banken hatten damit ein gutes Argument, um die Auffangkosten für die IKB in Höhe von vielen Milliarden Euro der KfW und damit dem Bund zu überlassen. Im Falle einer Pleite hätte der Einlagensicherungs fonds des privaten Bankgewerbes den Löwenanteil zahlen müssen. In einem weiteren Schritt hat die KfW sämtliche Risiken aus den mit Ramsch gefüllten IKB-Fonds übernommen. Jede schlechtere Bewertung der dort enthaltenen Risiken schlägt sich nun bei der KfW nieder. Das wiederum ermöglicht neoliberalen Politi-

kern und den Medien neue PR-Spielchen. Die Staatsbank KfW wird selbst zur Problembank. Als die KfW Anfang April ihre Jahresbilanz vorlegte und die durch die IKB entstandenen Abwertungsverluste auf 1,8 Milliarden Euro bezifferte, identifizierte der FDP-Mann im KfW-Aufsichtsrat, Jürgen Koppelin, sofort weitere zu stopfende Löcher. Die KfW-Chefin Matthäus-Maier trat zurück, obwohl sie am wenigsten für die Lage kann. Finanzminister Steinbrück ruft nun nach einem „Banker-Profi“ an der KfW-Spitze, obwohl er genau weiß, dass just Banker-Profis die Verantwortung für die Bankenkrise tragen.

KRITIK AN DER BANK ALLER BANKEN IST

TABU. Während öffentliche Banken aller Art aufs Schärfste getadelt werden, bleibt eine staatliche Bank von jeder Kritik verschont. Es ist die Bank der Banken, die von politischen Einflüssen völlig befreite Deutsche Bundesbank. Sie teilt sich mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin, die wiederum dem Bundesfinanzminister untersteht, die Aufsicht über die deutschen Banken. In trauter Zweisamkeit haben diese beiden Institutionen die wichtigste und einfachste Bankenaufsichtsregel nicht angewendet. Wie sieht diese Regel aus? Sie lautet: Die Bank muss alle Geschäfte, die sie tätigt, mit einem Quantum Eigenkapital unterlegen. Diese Regel ist das A und O der Banken im Kapitalismus und sie ist der wichtigste Inhalt der internationalen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung bei Banken, unter dem Namen Baseler Abkommen bekannt. Sie soll die Kunden der Bank davor schützen, dass ihre Einlagen für Spekulationsgeschäfte verwendet werden. Sie soll zweitens die Allgemeinheit davor schützen, dass die Banken ein zu großes Rad drehen. Ohne die Pflicht, jeden Kredit nicht nur mit fremdem Geld, sondern auch mit Eigenkapital zu unterlegen, könnten Banken unbegrenzt Kredit- und Geldschöpfung betreiben – bis zum Kladderatsch.

Kommt einem das nicht bekannt vor? Hat nicht beispielsweise die gute IKB solch schöne Fonds außerhalb der Bilanz etabliert, spekulative Geschäfte getätigt, ohne

Eigenkapital vorzuschießen? Kein Wort der Reue bei Bafin oder Bundesbank. Statt dessen der trockene Hinweis, im internationalen Baseler Abkommen seien solche Dinge erlaubt, wenn die Finanzierung kurzfristig erfolge. Das stimmt. Es spricht jedoch nicht für die Qualität des Abkommens, das von den Bankaufsehern entworfen wurde. Im übrigen hätte die Bundesbank Alarm schlagen müssen, als sie bemerkte, wie viele Banken sich solche außerbilanziellen Vehikel zulegten. Wenn ihr das zu indiskret erschienen wäre, so hätte sie, wie es beispielsweise die spanische Zentralbank tat, ihren heimischen Banken dringend von außerbilanziellen Geschäften abraten können. Die spanischen Banken haben den Wink ihrer Zentralbank weitgehend befolgt und daher heute ein Problem weniger.

Es ist also fair zu sagen: In Deutschland hat die Bankenaufsicht (konkret: Finanzministerium und Bundesbank) versagt. Beide Institutionen haben schlechter agiert als die in anderen europäischen Ländern. Zu ihrer Entlastung ist lediglich anzumerken, dass sie nicht ganz so schlecht wie die der USA waren, die das Geschäft mit den Ramschhypotheken aktiv befördert hatten. Nach Monaten des öffentlichen Jammerns über die Misere öffentlicher Banken fordern ansonsten kluge Leute, speziell diesen Banken spekulative Geschäfte zu verbieten. Dem eigentlichen Problem werden solche Forderungen nicht gerecht. Denn zum einen ist jede Kreditvergabe spekulativ. Wer weiß schon, ob der Schuldner am Schluss auch zahlt? Zum anderen konzentrieren sich solche Forderungen zu Unrecht auf den öffentlichen Bankensektor. Das spekulative Riesenrad wurde von *allen* Banken gedreht. Von den Privaten vor allem. Die Öffentlichen haben „nur“

mitgemacht. Die Forderung lenkt auch davon ab, dass der Finanzsektor insgesamt an die Kandare genommen werden muss. Die damit bisher befassten Institutionen haben versagt. Der blinde Glaube an die segensreiche Wirkung von Deregulierung und freiem Walten des Marktes hat dieses Versagen gefördert.

Schließlich kommen Forderungen nach Einschränkung der Handlungsfreiheit für öffentliche Banken den Wünschen des privaten Bankgewerbes entgegen. Landesbanken und Sparkassen wären dann endlich Institute minderer Reichweite. Die Privatbanken wären auf einem weiteren Feld die Konkurrenz los. Das Gezeter über die Fehler der staatlichen Banken hätte seinen Zweck erfüllt. Und es könnte, nun ganz auf eigene Rechnung, am nächsten großen Rad gedreht werden.

Lucas Zeise war 1999/2000 an der Gründung der Financial Times Deutschland beteiligt und schreibt dort noch regelmäßig eine Kolumne.

Deutsch Bank proudly presents:

Rekordgewinn*

*im 1. Quartal 2008



"Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?"

Bert Brecht, Die Dreigroschenoper, Bild 9, 1928

Unzeige

Kosovo – welche Wirtschaft?

Hannes Hofbauer

54



Im Kosovo stellen sich die Fragen menschlichen Zusammenlebens, und damit auch die Grundlage von Ökonomie, fundamental. Unterschiedliche internationale Wahrnehmungen auf das Land erschweren einen allgemein gültigen Analyserahmen. Laut gültiger UN-Resolution 1244 ist das Land am Amselfeld „integraler Bestandteil“ Serbiens. Eine „Koalition der Willigen“, die sich um die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien schart, unterstützt allerdings durch die Anerkennung der am 17. Februar 2008 ausgerufenen Unabhängigkeit eine neue Staatenbildung in Europa. Schon bei der von Brüssel vorbereiteten Mission „Eulex“, die mit 2200 Juristen und Polizisten koloniale Strukturen langfristig absichern soll, werden die Widersprüche deutlich. In der selben Mission werden deutsche Richter im Kosovo agieren, während ihre spanischen Kollegen – wegen der ablehnenden Haltung Spaniens zur Kosovo-Unabhängigkeit – ihrem Selbstverständnis nach Dienst in Serbien leisten. Auch die ökonomischen Fragen – von den Privatisierungen bis zur Bezahlung der Auslandsschulden – sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen.

VOM PROTEKTORAT ZUR KOLONIE. Eine Unabhängigkeit für das Kosovo ist nicht vorgesehen. Der von der UNO abgelehnte, gleichwohl von Washington und Brüssel akzeptierte Ahtisaari-Plan sieht keine Selbstbestimmung für Pristina/ Pristina

vor. Ein künftig von der EU bestimmter „Hoher Repräsentant“ führt die zivile Verwaltung, indem er die legislative und exekutive Macht in einer Hand bündelt (was jedem bürgerlich-parlamentarischen Verständnis von Gewaltenteilung Hohn spricht). Militärisch haben sich KFOR und NATO festgesetzt, ohne dass kosovarischen Stellen auch nur geringste Mitspracherechte eingeräumt würden.

Wirtschaftlich wird das Kosovo bis zur Machtübernahme der EU seit 1999 von der so genannten „Säule“ der UN-Verwaltung (UNMIK) geführt. Dieser von Belgrad nicht anerkannten Institution stand zuletzt der Brite Paul Acda vor, der über die „Kosovo Trust Agency“ auch für die Privatisierung der Arbeiterselbstverwaltungsbetriebe zuständig war.

Begonnen hat die ökonomische Übernahme im Kosovo mit einem militärischen Überfall. Am 15. August 2000 stürmten 3000 KFOR-Soldaten in britischen, französischen, italienischen und pakistanischen Uniformen, unterstützt von Kampfhubschraubern, die Anlagen des größten kosovarischen Industriekomplexes, die Trepca-Minen im Norden, im serbisch besiedelten Teil des Landes. Der Vorstandsvorsitzende der Aktiengesellschaft, der Serbe Novak Bjelic, wurde verhaftet und ins serbische Kernland abgeschoben. In Trepca wurden seit der Zeit des Römischen Reiches zunächst Gold und Sil-

ber, später Zink- und Bleivorkommen abgebaut. In den 1980er Jahren arbeiteten hier 20.000 Beschäftigte. Nun wurde der ehemalige jugoslawische Vorzeigebetrieb geschlossen. Das industrielle Kernstück des Kosovo wartet auf neue Eigentümer. Die ungeklärte Staatlichkeit hat interessierte Investoren wie Morrison & Knudsen (USA), Eramet (Frankreich), Thyssen-Krupp (Deutschland) und IMR (Kasachstan) bislang zögern lassen.

Bei über 20 Ausschreibungen sind in den vergangenen Jahren von der Kosovo Trust Agency kleinere und mittlere Betriebe an neue Eigentümer verkauft worden, die meisten davon an exil-kosovarische oder albanisch-makedonische Unternehmer. Der Haken: Belgrad hat diese Privatisierungen nicht anerkannt und die formalen Eigentümer der ehemaligen Selbstverwaltungsbetriebe, die Arbeiter, wurden nicht gefragt.

KEIN STROM, KEINE STRASSEN. Zwei Probleme hemmen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes: die schlechte Infrastruktur und die mangelhafte Stromversorgung. Im wirtschaftlich rückständigsten Teil Ex-Jugoslawiens, dessen BIP pro Kopf und Jahr bereits Mitte der 1980er Jahre mit 730 US-Dollar nur zwölf Prozent des slowenischen und nur 33 Prozent des serbischen Pro-Kopf-Einkommens ausmachte, ist seit Beginn der 1990er Jahre so gut wie nicht mehr investiert worden. Die Belgrader Stel-

len hatten weder Mittel noch Lust, in das immer stärker albanisch-nationalistisch auftretende Kosovo Geld zu pumpen, zumal sich Slowenien seit Ende der 1980er Jahre weigerte, in den jugoslawischen regionalen Ausgleichsfonds einzuzahlen. Muhamet Mustafa vom Riinvest-Institute in Prishtine bezeichnet die 1990er-Jahre als „Dekade der Deindustrialisierung“. Trug die industrielle Produktion 1989 noch zu 46 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Kosovo bei, so war dieser Anteil bis 1999 auf 15 Prozent abgesunken. Nach acht Jahren UNMIK-Verwaltung hat sich daran nichts geändert.

Eine einzige Überlandstraße führt von Prishtine aus dem Binnenland hinaus. Es ist jene über das Amsfeld in die makedonische Hauptstadt Skopje. Wird selbige, wie im Januar 2006 geschehen, von einem Bergrutsch blockiert, ist das Kosovo – damals für fast zwei Monate – auf dem Landweg für Gütertransporte unerreichbar. Der Flughafen von Prishtine wiederum ist wegen Inversionswetterlagen vor allem im Winter oft tagelang gesperrt. Den durch die geografischen Bedingungen beschränkten Zugang zu Märkten – verschärft durch die Blockadepolitik von wechselweise UNMIK und Belgrad an der kosovarisch-kernserbischen Grenze – sieht Vladimir Gligorov, Ökonom am „Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche“, auch als Haupthindernis für die zukünftige Entwicklung des Landes.

Der internationalen Verwaltung gelang es nicht einmal, die Stromversorgung des Landes sicherzustellen. Serbische Lieferungen wurden aus ideologischen Gründen blockiert. Aus Albanien kann wegen der lange, unter Enver Hodscha, betriebenen, auf Wasserkraft bauenden Autarkiepolitik, die auch dort zu ständigen Stromengpässen führt, keine leistungsstarke Stromleitung in Richtung Kosovo verlegt werden. Investitionen in die riesigen Braunkohlevorkommen auf dem Amsfeld fanden unter UNMIK und KFOR nicht statt.

UNMIK begnügte sich, den Mangel zu verwalten und das skurrile Verteilungssystem „ABC“ einzuführen. Es besteht aus einer Mischung von privater Zahlungsaufforderung

und kollektiver Bestrafung. Wenn eine Gemeinde 90 Prozent ihres Stromverbrauchs aus dem vergangenen Monat bezahlt hat, erhält sie das Rating „A“. Zahlungsmoral zwischen 60 und 90 Prozent ergibt Rating „B“, zahlungsschwächere Gemeinden müssen mit Rating „C“ vorlieb nehmen; in diesem Fall macht es keinen Sinn mehr, Stromrechnungen zu bezahlen.

Die Stromverteilung erfolgt dann je nach vorhandener Kapazität. Im Dezember 2006 wurde Rating-B-Gemeinden nach jeweils fünf Stunden zwei Stunden lang die Lieferung gekappt, während C-Ortschaften nur dann in den Genuss von Strom kamen, wenn Überschüsse vorhanden waren. Die Folge: Das Land dröhnt von Benzinaggregaten. Wer sich diese Art der Privatisierung von Energie einmal anhören will, dem sei eine Reise in den Kosovo empfohlen.

ÖKONOMISCHE SÄULEN, RÜCKÜBERWEISUNGEN UND VERBRECHEN.

Mit englischen Vokabeln umschreibt der durchschnittliche Kosovo-Albaner die wirtschaftlichen Säulen des Landes: Remittances und Donors, Rücküberweisungen und Spenden. Die Emigration und die „Internationalen“ vor Ort tragen die Ökonomie der Provinz. Am Höhepunkt der nationalen Solidarität im Jahr 2000, als albanische „Steuereintreiber“ in Deutschland und in der Schweiz bei ihren Landsleuten abkassierten, betrug der Anteil der finanziellen Rücküberweisungen an den ausländischen Einkünften des Landes 70 Prozent, derzeit sind es immer noch 20 Prozent.

Als einzige produktive Branche kann sich die Bauwirtschaft sehen lassen. Kriegseinwirkungen und Landflucht

sind dafür verantwortlich; auch dient die Branche, wie am Überangebot von Tankstellen und Hotels zu erkennen ist, zum Weißwaschen von Schwarzgeld. Waffenschmuggel, Menschenhandel und Drogengeschäft haben im vergangenen Jahrzehnt Dimensionen erreicht, die auch bei westeuropäischen Politikern und Medien Alarmglocken schrillen lassen. „Verbrechen lohnt sich“, titelte unlängst die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. In dem Beitrag, der sich kritisch mit möglichen sicherheitspolitischen Risiken der kosovarischen Unabhängigkeit auseinandersetzt, wird ein Experte zur Mafia im Kosovo wie folgt zitiert: „Jeder Staat hat organisierte Kriminalität – aber im Kosovo hat die organisierte Kriminalität jetzt einen Staat“. Was der gute Mann vergessen hat: Kosovo wurde von der UN und soll demnächst von der EU verwaltet werden. Die durch und durch verrottete Ökonomie des Landes ist Produkt dieser kolonialen Struktur.

Von **Hannes Hofbauer** erscheint im Oktober 2008 das Buch: *Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus* im Wiener Promedia Verlag.

Anzeige



guernica
Zeitung für Frieden & Solidarität,
Neutralität und EU-Opposition

Wir schreiben,
was andere verschweigen.
guernica-LeserInnen wissen mehr ...

Ein kostenloses Probeexemplar kann angefordert werden bei:
Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, A-4020 Linz
Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at

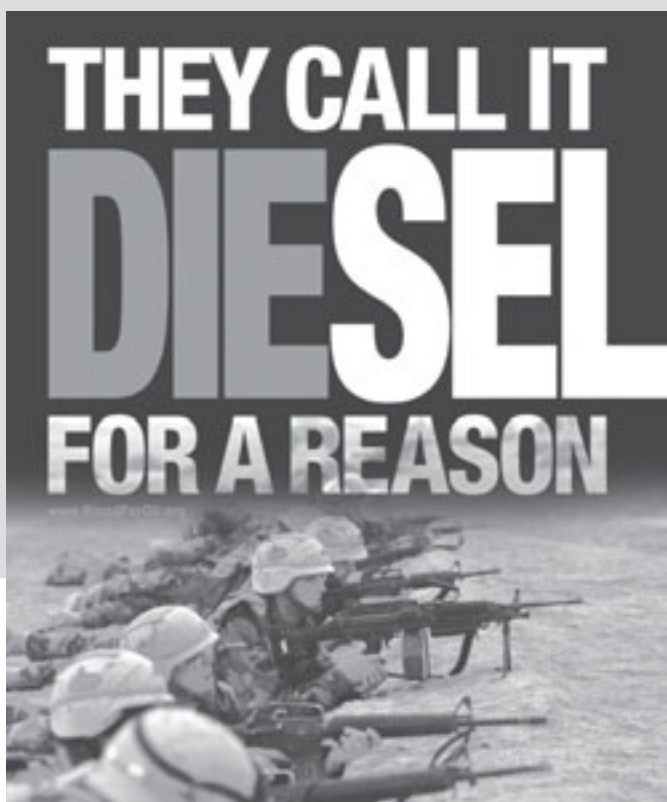
www.werkstatt.or.at

guernica abonnieren - für den Frieden engagieren!

Fünf Jahre Irak-Krieg – Die Ökonomie des Krieges und der Besatzung

Öl als Beute

Joachim Guilliard



56

Fünf Jahre, nachdem Bush triumphal „mission accomplished – Auftrag erfüllt“ verkündete, herrscht im Irak immer noch Krieg, und ein Ende ist nicht in Sicht. Über eine Million Iraker wurden getötet. Mehr als vier Millionen sind auf der Flucht. Vom Wiederaufbau und der versprochenen Demokratisierung ist nichts zu sehen – im Gegenteil. Die Bush-Administration habe im Irak keinen Fehler ausgelassen, so eine häufig geäußerte Kritik. Doch ihr Ziel war nie ein stabiler, demokratischer Irak. Es war die Umsetzung ihrer ehrgeizigen Pläne, die zur Katastrophe dieses Ausmaßes führte.

GIGANTISCHE ÖLVORRÄTE ALS ULTIMATIVER GEWINN. Über 60 Prozent der Öllreserven der Welt liegen in der Golfregion. Doch seitdem die Ölindustrien des Mittleren Ostens in den 1970er Jahren nationalisiert wurden, stehen diese Reserven außerhalb der direkten Kontrolle des Westens und fielen aus den Bilanzen seiner Ölkonzerne. Insbesondere die USA und die einstige Kolonialmacht Großbritannien versuchten seither, diese Entwicklung soweit wie möglich wieder umzukehren. Und nicht erst, seit der langjährige Chef der US-amerikanischen Zentralbank Alan Greenspan dies in seinen Memoiren bekannte, war es offensichtlich, dass dies auch einer der

maßgeblichen Gründe für die Kriegs- und Sanktionspolitik gegen den Irak ist. Im Irak allein liegen mit 115 Milliarden Barrel (1 Barrel = 159 Liter) mindestens zehn Prozent der nachgewiesenen globalen Erdölvorkommen. Weitere 220 Milliarden Barrel Öl von bester Qualität werden noch vermutet. Schon nach heutigen Preisen würde dies zusammen einem Wert von über 30 Billionen US-Dollar entsprechen. Dieses Öl wird jedoch noch sprudeln, wenn fast alle anderen Quellen leer gepumpt sind.

Vizepräsident Dick Cheney hatte Ende 1999, als er noch Chef von Halliburton war, dem weltgrößten Zulieferer und Dienstleister der Ölindustrie, den zusätzlichen Ölbedarf bis 2010 auf 50 Millionen Barrel pro Tag geschätzt, das Sechsfache der aktuellen Fördermenge Saudi-Arabiens. Wenn es darum gehe, so Cheney die explodierende Nachfrage zu befriedigen, sei der „Mittlere Osten, mit zwei Dritteln der Ölreserven der Welt und den niedrigsten Förderkosten, nach wie vor der Ort, wo der ultimative Gewinn liegt.“

Mehr als ein Jahrzehnt lang haben die Regierungen von George Bush sen. und Bill Clinton vergeblich versucht, das Regime Saddam Husseins durch ein mörderisches

Embargo zu stürzen. Die treibenden Kräfte in der Regierung von George W. Bush waren dann entschlossen, Nägel mit Köpfen machen.

Dick Cheney rief Anfang 2001, unmittelbar nach Amtsantritt und lange vor dem 11. September, eine Energy Task Force ins Leben, die den Mittleren Osten, zum „primären Fokus“ der US-amerikanischen Energiepolitik erklärte. Die Länder der Region sollten mit Nachdruck überzeugt werden, „ihre Energiesektoren für ausländische Investitionen zu öffnen“. Das Hauptinteresse der Arbeitsgruppe galt jedoch der Lage irakischer Ölfelder und der Struktur der irakischen Ölindustrie.

Nachdem die Anschläge vom 11.9. den Weg für den Krieg freigemacht hatten, wurde die konkrete Planung des Zugriffs auf das irakische Öl schließlich ab 2002 in der Arbeitsgruppe „Öl und Energie“ fortgeführt, die das State Department im Rahmen seines „Future of Iraq Projects“ eingerichtet hatte.¹

DAS „PROJEKT FÜR EIN NEUES AMERIKANISCHES JAHRHUNDERT“. Dennoch ging es bei der Eroberung des Iraks nicht allein um den Zugriff aufs Öl. In diesem Fall hätte



man das Land rasch zu stabilisieren versucht und nur die Führungsspitzen in Polizei, Armee und Verwaltung ausgetauscht. Auf Befehl von Dick Cheney und Pentagonchef Donald Rumsfeld wurden jedoch die Armee und Polizei vollständig aufgelöst und weite Teile der bisherigen Verwaltung ebenfalls – mit den zu erwartenden Folgen. Ziel war nicht nur ein Regimewechsel. Der Irak sollte dauerhaft als Regionalmacht ausgeschaltet werden und auch nie wieder als starker eigenständiger, sich an nationalen Interessen orientierender Staat aufstehen. Aus den Ruinen des alten Iraks sollte vielmehr ein neoliberales Modell entstehen, das ausländischem Kapital vollen Zugriff auf die heimische Wirtschaft und den Energiesektor gewährt.

Die Etablierung einer massiven permanenten militärischen Präsenz sollte zudem Ausgangsbasis für die Umwandlung der gesamten Region sein, mit dem vorrangigen Ziel, US-Konzernen einen privilegierten Zugang zur Wirtschaft der dortigen Länder zu gewähren. „Freie Märkte und freier Handel sind Schlüssel-Prioritäten unserer nationalen Sicherheitsstrategie“ heißt es dazu in der als Bush-Doktrin bekannt gewordenen „National Security Strategy“ (NSS) von 2002.

Dahinter stand das zentrale Ziel der Bush-Regierung, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die beherrschende Stellung der USA dauerhaft zu sichern und mit allen Mitteln zu verhindern, dass eine neue Macht oder Allianz von Mächten diese Vormachtstellung gefährden könnte. „Das erfordert, dass keine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen eine ausreichende Grundlage für den Aufbau einer Weltmacht wären“, heißt es in einem bereits 1992 für den damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney erstellten Strategiepapier. Den Krieg gegen den Irak im Jahr 1991 hatte US-Präsident George Bush mit dem Satz „We create a new world order – Wir schaffen eine neue Weltordnung“ begründet.

Letztlich kann der Irak-Krieg des Jahres 2003 auch als militärische Lösung einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise und einer erbitterten Weltmarkt- und Blockkonkurrenz gesehen werden. Er war aus Sicht der US-Regierung ein notwendiger Schritt zur Aufrechterhaltung der Dollar-Hegemonie, angesichts eines immer stärker werdenden Euros. Die direkte Kontrolle des irakischen Öls sollte zum einen die Kreditwürdigkeit der USA festigen, zum anderen allen Plänen, den Handel mit Öl auch in anderen

Währungen, wie dem Euro abzuwickeln, einen Riegel vorschieben. Krieg und Kriegsbeute sollten die Basis für ein neues „amerikanisches Jahrhundert“ sein.

DIE SHOCK AND AWE-THERAPIE. Die Umsetzung ihrer Pläne für den Irak wurde von der Bush-Regierung konsequenterweise in privatwirtschaftliche Hände gelegt, in die des Consulting-Konzerns Bearing Point, der einen detaillierten Masterplan für das ökonomische Design des zukünftigen Iraks ausarbeitete. Selbst die Agenda der zukünftigen irakischen Regierungen wurde schon auf Jahre hinaus vorgezeichnet. Die militärische Eroberung des Iraks folgte bereits einem Plan, der seitens der US-Strategen als „Shock and Awe“ bezeichnet wurde – etwa „in einen Schockzustand und in Erstarrung versetzen“. Just so wurde nach dem militärischen Sieg vorgegangen.

Die Besatzungsbehörde und Statthalter Paul Bremer erließen in kurzer Zeit Dutzende von Gesetzen, die das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* als Erfüllung der „Wunschliste internationaler Investoren“ bezeichnete. Auf einen Schlag wurden alle bisherigen Investitionsgesetze außer Kraft gesetzt und die gesamte Wirtschaft des Landes, mit Ausnahme des Rohstoffsektors, für ausländische Unternehmen vollständig geöffnet. Bremers Erlasse erlaubten fremden Investoren die vollständige Übernahme irakischer Firmen und gewähren ausländischen Banken und Konzernen Freiheiten, wie sie in kaum einem anderen Land anzutreffen sind. Subventionen in Nahrung, Gesundheit und Bildung wurden auf Druck von IWF und Weltbank heruntergefahren, Zölle weitgehend aufgehoben und die durch zwölf Jahre Embargo stark geschädigten Firmen schutzlos der internationalen Konkurrenz ausgeliefert. Für die meisten Menschen bedeutete dies den Ruin. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf über 70 Prozent. Ein „kapitalistischer Traum“ schwärmte hingegen *The Economist*. Selbst die Urheberrechtsgesetzgebung wurde neu gefasst, um beispielsweise Agrarkonzernen den Erwerb von Patentrechten auf traditio-

nelle Saatgut-Arten zu ermöglichen. Diese Erlasse sind größtenteils auch heute noch Gesetz.

Größeren Privatisierungsmaßnahmen stand jedoch – neben dem wachsenden Widerstand im Land – vor allem die fehlende völkerrechtliche Legitimation von Abkommen entgegen, die unter Besatzungsherrschaft geschlossen werden. Jeder Investor musste fürchten, dass seine Verträge von einer zukünftigen souveränen Regierung für nichtig erklärt werden. Zunächst musste daher durch eine geeignete Verfassung und ein durch Wahlen legitimiertes Parlament die erforderliche Rechtssicherheit hergestellt werden. Federführend bei der Verfassung waren US-Juristen gewesen. Ein Entwurf

von Bearing Point bildete die Grundlage zu dem im Sommer 2007 vom Kabinett verabschiedeten Ölgesetz, das ausländischen Konzernen den Weg zur Kontrolle über den größten Teil des irakischen Öls ebnete. Starker Widerstand bis in die Reihe der US-Verbündeten hinein hat seine Annahme im Parlament bisher allerdings verhindert.

Geplant ist die Einführung so genannter „Produktionsteilungsabkommen“ (PSA). PSAs sind sehr langfristige Abkommen über Zeiträume von 25 bis 40 Jahren, die formal die Ölfelder im Besitz des Staates lassen, praktisch jedoch den Konzernen die volle Kontrolle über die Ausbeutung der Ressourcen und exorbitante Anteile am Gewinn gewähren.

Verhandlungen für die ersten 12 von 63 bisher dafür vorgesehenen Ölfelder haben schon begonnen. Während die Konzerne mit Renditen von 42 bis 162 Prozent rechnen können, würden nach konservativer Schätzung von Experten und bei einem unterstellten Ölpreis von 40 US-Dollar pro Barrel allein dadurch dem Irak knapp 200 Milliarden US-Dollar an Einnahmen verloren gehen. Nach heutigen Preisen wäre es schon eine halbe Billion.

Im Moment üben die USA die Kontrolle über die Ölproduktion über einen hochrangigen Stab von Beratern aus, in dessen Leitung sich ehemalige Topmanager der Ölmultis abwechselten. Das Öl-Ministerium wurde stets von Exilirakern geleitet. Die

Ölbusiness und Bush-Regierung



Zu den treibenden Kräften hinter den Plänen der US-Regierung im Irak nach dem militärischen Sieg gehören die großen Ölkonzerne, die in beiden Wahlkämpfen mit enormen Summen die Kasse von George W. Bush gefüllt hatten. Die Bush-Administration ist auch in personeller Hinsicht sehr eng mit der Ölindustrie verbunden. George W. Bush selbst kommt, wie sein Vater, Bush sen., aus dem Ölgeschäft. Viele Regierungsmitglieder und Berater der Bush-Administration hatten vor ihrem Wechsel nach Washington auf der Gehaltsliste von Ölunternehmen gestanden. Dick Cheney war zuletzt Vorstandschef von Halliburton, dem größten Dienstleister für Ölförderungs-Ausrüstungen. Bis zu seiner Amtseinführung war Cheney als Berater für die Regierung in Aserbaidschan tätig. Noch in den Jahren 1999/2000 fädelte er für Halliburton und das Ölunternehmen Ramco Energy einen großen Öldeal am Kaspischen Meer ein. George W. Bushs erste Sicherheitsberaterin und spätere

Außenministerin Condoleezza Rice war zehn Jahre lang Mitglied im Aufsichtsrat des Ölkonzerns Chevron. Donald Louis Evans war in den Jahren 2001–2005 US-Wirtschaftsminister; er leitete zuvor das große Öl- und Energieunternehmen Tom Brown Inc. Spencer Abraham war 2000 bis 2005 US-Energieminister; er war eng mit DaimlerChrysler, aber auch mit General Motors und Ford liiert.

Die schillerndste Verbindung von Ölgeschäft, Politik und Kriegsgewinnlertum personifiziert wohl Zalmay Khalilzad, der gebürtige Afghane mit US-Pass. Dieser arbeitete 1997/98 für den US-Ölkonzern Unocol (heute Teil von ConocoPhillips) und kooperierte mit dem Taliban-Regime in Kabul beim projektierten Bau einer Erdgaspipeline aus Zentralasien und durch Afghanistan. Im Zeitraum Ende 2001 und bis Sommer 2005 war Khalilzad Sonderbeauftragter der US-Regierung bzw. US-Botschafter im nunmehr besetzten Afghanistan. Von Juni 2005 bis März 2007 war er US-Botschafter im nunmehr besetzten Irak. Khalilzad war Ende der 1990er Jahre prominentes Mitglied des im Artikel erwähnten „Project for the New American Century (PNAC)“ und Unterzeichner eines an den damaligen US-Präsident Bill Clinton gerichteten Schreibens, das dazu aufforderte, „Saddam Hussein und sein Regime... unter Einsatz aller diplomatischen, politischen und militärischen Mittel zu beseitigen.“

Angaben nach: *Invading the World, One Economy at a Time* – Antonia Juhasz *on The Bush Agenda, Democracy Now!*, 25.4.2006; *Wikipedia*, April 2008; Winfried Wolf, *Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft. Das Öl. Der Krieg*, Hamburg 2003, S.192ff.

meisten Minister hatten bereits in der oben genannten Arbeitsgruppe „Öl und Energie“ des „Future of Iraq Project“ mitgewirkt.²

TROTZ DES MILITÄRISCHEN DESASTERS GIBT ES KRIEGSGEWINNLER. Zweifelsohne sind die großen Verlierer des Krieges, mit wenigen Ausnahmen, die Iraker. Auch die Bevölkerung der USA zahlt einen hohen Preis. 4.000 Soldaten sind gefallen, die Kriegskosten werden von unabhängigen Experten bereits auf über drei Billionen Dollar geschätzt. Ins Gedächtnis gerufen sei jedoch nochmals: Der Wert der irakischen Ölvoräte liegt nach dem aktuellen Ölpreis beim Zehnfachen.

Die USA stecken im Treibsand eines Krieges fest, den sie auch nach Ansicht vieler US-Experten nicht gewinnen können. Der Irak ist nun tatsächlich für längere Zeit als Regionalmacht ausgeschaltet. Doch die Stellung einer anderen regionalen und Ölmacht wurde gestärkt: die des Iran. Die irakischen Ressourcen stehen zwar weitgehend unter Kontrolle der USA. Die geplante Steigerung der irakischen Ölproduktion scheiterte jedoch kläglich. Durch Kriegsschäden, Inkompetenz und Korruption beim Wiederaufbau sowie durch Sabotage blieb die Menge des exportierten Öls stets unter dem schon bescheidenen Niveau, das sich unter dem Embargo eingependelt hatte.

Für viele ausländische Unternehmen wie Halliburton, Bechtel Group, Parsons Delaware, Fluor Corporation, wurde der besetzte Irak dennoch zur Goldgrube. KBR, bis vor kurzem noch Teil von Halliburton, hat allein über 20 Milliarden US-Dollar erhalten. Bechtel kassierte mindestens 2,8 Milliarden US-Dollar, verließ den Irak jedoch wegen der schlechten Sicherheitslage im März 2007 und ließ über die Hälfte der übernommenen Aufgaben unerledigt zurück. Die berühmten privaten Militär- und Sicherheitsfirmen DynCorp International und Blackwater USA gehören mit Einnahmen von 1,8 bzw. 0,5 Milliarden Dollar, ebenfalls zu den Top-Gewinnern.³

Über ein Dutzend weitere, mit der Bush-Administration eng verwobene Firmen wurden mit Auftragssummen von jeweils über einer Milliarde Dollar bedacht. Insgesamt füllten Aufträge im Wert von über 50 Milliarden US-Dollar die Kassen US-amerikanischer Firmen, Gelder, die vorwiegend aus irakischen Guthaben und den aktuellen Öleinnahmen stammten. Die meisten Aufträge wurden ohne Ausschreibungen vergeben. Da die Kontrolle der Aufgabenerfüllung äußerst lasch war, wurden die Beträge zum großen Teil kassiert, ohne dass eine adäquate Gegenleistung zu erkennen ist.

Allein die Besatzungsbehörde hatte, bis zu ihrer Auflösung im Juni 2004, nahezu unkontrolliert über 20 Milliarden US-Dollar aus irakischen Guthaben ausgegeben. Auch die Untersuchungen späterer Geschäfte brachten haarsträubende Fälle von Selbstbedienung, Betrug und Korruption ans Licht. Der gigantische Raub irakischen Vermögens ist, so Dave Whyte vom Lehrstuhl für Kriminologie an der University of Stirling, ein in der jüngeren Geschichte einmaliger Fall von staatlich gefördertem Wirtschaftsverbrechen. Irakische Firmen standen von Anfang an bereit, für ein Bruchteil der Auftragssummen die Schäden zu beheben, so wie sie es 1991 in wenigen Monaten geschafft hatten. Sie haben das Know How sowie das Interesse, und sie hätten dadurch Hunderttausenden wieder zu Arbeit und Einkommen verholfen. Doch sie waren und sind nicht gefragt.

An vorderster Stelle der Gewinner der Kriege im Irak und Afghanistan stehen die westlichen Rüstungskonzerne. Lockheed Martin, der weltgrößte Rüstungsproduzent und Hauptauftragnehmer des Pentagon, konnte seinen Umsatz von 26,6 Milliarden im Jahr 2002 um 60 Prozent auf 42 Milliarden Dollar 2007 steigern, den Aktienkurs verdoppeln und den Gewinn auf drei Milliarden Dollar verdreifachen.⁴ Auch die britische BAE Systems, Europas größter Rüstungskonzern, konnte den Umsatz um 30 Prozent auf 18 Milliarden Euro und seinen

Gewinn um 50 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro steigern. Der Aktienkurs stieg um 400 Prozent. Kräftig steigende Umsätze können auch deutsche Konzerne wie Rheinmetall AG vermelden, deren Aktienkurs seit 2002 um 300 Prozent stieg.

Zu den Gewinnern muss man schließlich die vier Ölkonzerne zählen, die den weltweiten Ölmarkt dominieren: Exxon-Mobil (USA), ChevronTexaco (USA), die britische BP-Amoco und das britisch-niederländische Unternehmen Royal Dutch-Shell. Der nicht zuletzt durch den Irak-Krieg massiv angestiegene Ölpreis machte die letzten Jahre zu den profitabelsten in ihrer Firmengeschichte.

Die vier Multis, die bis 2003 zuschauen mussten, wie chinesische, russische und französische Firmen das Geschäft mit dem irakischen Öl machten, hoffen derzeit, dass es der US-Regierung noch gelingt, die legale Grundlage für PSAs zu schaffen. Sie wären damit am Ziel. Sie könnten dann Abkommen zu den besten Konditionen abschließen, solange die irakische Regierung schwach und abhängig ist, und das weitere Geschehen schlicht aussitzen – auch wenn es Jahre dauern würde, bis ausreichende Sicherheit für die Erschließung neuer Ölfelder hergestellt sein wird.

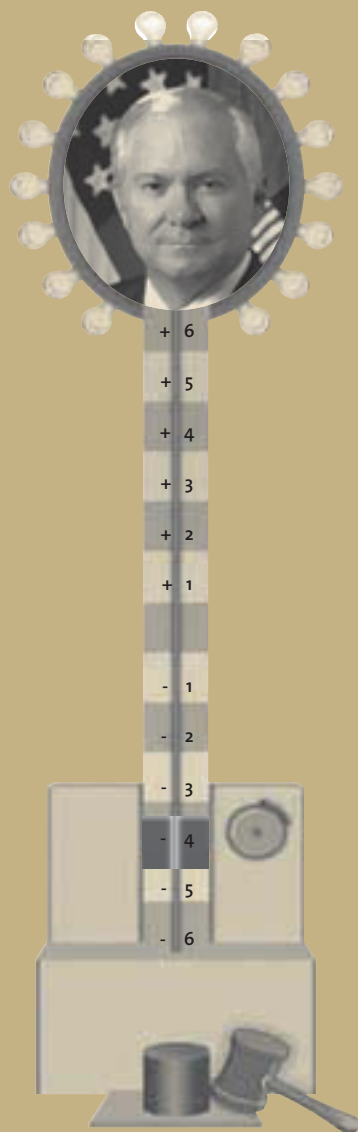
Entscheidend ist, dass sie für lange Zeit die Kontrolle behalten können, unabhängig von der Zusammensetzung zukünftiger Regierungen. Der Wert dieser Goldgruben kann nur noch steigen.

¹ Michael Schwartz, „The Struggle Over Iraqi Oil: Eyes Eternally on the Prize“, TomDispatch.com, 6.5.2007

² Joshua Holland, „Bush's Petro-Cartel Almost Has Iraq's Oil“, AlterNet, 16. u. 17.10.2006

³ „Baghdad Bonanza – The Top 100 Private Contractors in Iraq and Afghanistan“ [HYPERLINK](http://www.publicintegrity.org/WOWII/) „http://www.publicintegrity.org/WOWII/“ Baghdad Bonanza – The Top 100 Private Contractors in Iraq and Afghanistan“, Center for Public Integrity, Nov. 2007 [HYPERLINK](#)

⁴ „Fire and Forget – Krieg als Geschäft“, WDR 5 vom 21.3.2008



Herr US-Verteidigungsminister **Robert Gates**, Ende März testete die Ihnen unterstellte Luftwaffe einen US-Bomber vom Typ B-1B Lancer mit Überschallgeschwindigkeit, dessen Treibstoff erstmals zur Hälfte aus „Alternativtreibstoff“ bestand. Passend zur Demagogie vom Biosprit nun gewissermaßen der Biobomber. Bis 2011 sollen alle US-Kampfflugzeuge für „synthetische Kraftstoffe geeignet“ sein. Interessant ist Ihre Feststellung, wonach das US-Militär damit „unabhängig von ausländischen Energiequellen“ werde. In Wirklichkeit ist es doch wie folgt: Ihre Bomber tanken Agrosprit, um besser die Kriege um Öl, um den entscheidenden Schmierstoff des Kapitalismus im allgemeinen und des US-Imperiums im besonderen führen und um just diese „ausländischen Energiequellen“ kontrollieren zu können. Zur Aussage Ihres Sprechers, diese Art „neuer Treibstoff“ sei „umweltfreundlich“, können wir nur sagen: „Thema verfehlt!“ Kriegsgesetz bleibt Kriegsgesetz.

meldungen

Spritverbrauch – US-Luftwaffe (1)

Die US-Luftwaffe verbraucht nach eigenen Angaben jährlich 11,4 Milliarden Liter Treibstoff. Zum Vergleich: Der gesamte Lkw-Verkehr in Deutschland kommt auf 17,6 Milliarden Liter Dieselsprit im Jahr; der Straßenverkehr in Deutschland (Pkw und Lkw) erfordert 54 Milliarden Liter Sprit. Bei den Überlegungen zum Einsatz von synthetischem Kraftstoff argumentieren die US-Militärs damit, dass jede Erhöhung des Erdölpreises um 10 US-Dollar je Barrel sich mit rund 600 Millionen US-Dollar bei den Kosten niederschlägt. Die Herstellung des synthetischen Kraftstoffs erfolgt beim US-Militär überwiegend auf Basis des so genannten Fischer-Tropsch-Verfahrens, bei dem der Treibstoff aus Erdgas, Kohle oder Schieferton gewonnen wird. Die NS-Wehrmacht hatte im Zweiten Weltkrieg mit dem gleichen Verfahren Kraftstoff aus Kohle gewonnen.

Joint Strike Fighter – US-Luftwaffe (2)

Im März 2008 schlugen in den USA die Rechnungsprüfer der Regierung Alarm: Die Kosten für das JSF-Programm (Joint Strike Fighter = F-35-Kampfflugzeug von Lockheed Martin) explodieren noch lange vor der Auslieferung des ersten Jets. Das JSF-Projekt wurde im Oktober 2001 vom US-Verteidigungsministerium zu einem psychologisch günstigen Zeitpunkt vorgestellt: nach den Anschlägen auf das World Trade Center und im Vorfeld des Afghanistan-Feldzugs. Der Bau von 3000 Exemplaren eines neuen, technologisch revolutionären Kampfflugzeugs mit Gesamtkosten in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar galt bereits damals als das größte einzelne Rüstungsprogramm in der Geschichte. Bis Frühjahr 2008 haben sich die Kosten auf 650 Milliarden Dollar erhöht. Einschließlich des erwarteten Bedarfs für Wartung, Unterhalt und perspektivischen Einsatz des Kampfflugzeugs könnte das Gesamtvolumen die 1-Billion-Dollar-Grenze erreichen.

Trotz der jüngsten Alarmrufe wegen der Kostenerhöhungen dürfte das Projekt kaum noch gestoppt werden, auch weil es mit zwei strategischen Elementen verknüpft ist. Erstens wird beim JSF zum ersten Mal die „Plattformstrategie“ als eine Produktionsform der globalisierten Ökonomie in die Rüstungsproduktion übernommen: Ähnlich der Plattform-Bauweise in der Autoindustrie sollen die JSF-Modelle zu 70 Prozent baugleich sein, jedoch in drei verschiedenen Versionen ausgeliefert werden: als Senkrechtstarter für das Heer, als Jet mit konventioneller Start- und Landetechnik für die Luftwaffe und als Modell mit Kurzstarttechnik für die Flugzeugträger der Marine. Zum zweiten festigte die US-Regierung mit dem JSF-Programm ihre strategi-

sche Position als Militärmacht mit der modernsten Rüstungsindustrie, indem Großbritannien und der britische Rüstungskonzern BAe – der größte Rüstungskonzern in Europa – mit dem militärisch-industriellen Komplex der USA verbunden wurden. Die britische Regierung verpflichtete sich, 150 JSF-Jets abzunehmen; BAe ist als einziger nicht-US-amerikanischer Rüstungskonzern direkt am JSF-Programm beteiligt. Der auf BAe entfallende Auftragsanteil wird auf rund 50 Milliarden US-Dollar geschätzt, was einem BAe-Umsatz von zwei vollen Jahren entspricht. Das JSF-Programm trug wesentlich dazu bei, dass BAe nicht – wie noch 1999/2000 geplant – Bestandteil eines vereinten militärisch-industriellen Komplexes der EU, heute: der EADS wurde.

Jahrhundertauftrag – EADS (1)

Anfang März erhielten EADS und ihr US-amerikanischer Partner Northrop Grumman von der US-Luftwaffe den Zuschlag für den Bau von 179 Tankflugzeugen. Der Auftrag hat ein Volumen von 40 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: EADS hatte 2005 einen Rüstungsumsatz in Höhe von 9,6 Milliarden US-Dollar. Der französische Präsident Sarkozy sprach von einem „historischen Erfolg“, die deutsche Kanzlerin Merkel freute sich über „diesen Jahrhundertauftrag“. Die EADS-Führung geht davon aus, dass dem Rüstungskonzern nunmehr der „Einstieg in den wichtigsten Rüstungsmarkt der Welt“ gelungen sei. Bis 2012 soll der Rüstungsumsatz von EADS in den USA auf fünf Milliarden US-Dollar jährlich verfünffacht werden – noch ohne den Auftrag für die Tankflugzeugflotte.

Rüstung mit Staatsgarantie – EADS (2)

Anfang März verkündeten die Regierungen in Paris und Berlin das gemeinsame Projekt zur Umstrukturierung von EADS. Danach soll auf der kommenden EADS-Hauptversammlung am 26. Mai die Satzung des Unternehmens so geändert werden, dass die Regierungen in Paris und Berlin je eine „Goldene Aktie“ erhalten, mit der sie Beteiligungen anderer Großaktionäre von mehr als 15 Prozent blockieren können. Während sich beide Regierungen in anderen Sektoren einer Privatisierungspolitik verschrieben haben, soll bei EADS der Staatseinfluss erhöht werden. Während bei VW der Einfluss des Landes Niedersachsen („VW-Gesetz“) als nicht mit EU-Recht konform bezeichnet wird, soll der staatliche Einfluss von Paris und Berlin bei EADS statuarisch abgesichert werden. Die Begründung der französischen und der deutschen Regierung: EADS ist „von zentraler Bedeutung für die nationale Sicherheit beider Länder.“

Die Wirtschaftsseiten der jungen Welt

Marxistisch. Solidarisch. Globalisierungskritisch.



Lesen Sie täglich in jW: kapital & arbeit, wöchentlich die Seite betrieb & gewerkschaft sowie unsere thematischen Beilagen gewerkschaft und land & wirtschaft

... Börsenkurse finden Sie woanders

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname _____ / _____
 Telefon _____ / _____

Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
- Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
 - vierteljährlich (3 % Rabatt),
 - halbjährlich (4 % Rabatt),
 - jährlich (5 % Rabatt).
- per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Als Dankeschön erhalte ich folgende Abopremie



»Grüß Gott! Da bin ich wieder. Karl Marx in der Karikatur«, gesammelt und herausgegeben von Rolf Hecker, Hans Hübner und Schunichi Kubo (223 Seiten, Eulenspiegel Verlag, 2008)

Ich verzichte auf eine Prämie

Wir brauchen Genossinnen und Genossen, Genossinnen und Genossen!

Wer Anteile bei der Genossenschaft LPG junge Welt eG zeichnet, bekommt auch eine Rendite: Die Absicherung und Weiterentwicklung der Tageszeitung *junge Welt*. Der nächste Anteilsschein könnte von Dir sein, Genossin (oder Genosse)!

Beitrittserklärung

Ich, der/die Unterzeichnende, möchte Mitglied der Linke Presse Verlags- Förderungs- und -Beteiligungsgenossenschaft *junge Welt* e.G. werden und beantrage hiermit die Aufnahme in die Genossenschaft. Die Satzung der Genossenschaft und die sich aus der Satzung ergebenden Pflichten erkenne ich an. Ich verpflichte mich, die nach Genossenschaftsgesetz und Satzung geschuldeten Einzahlungen auf den/die Genossenschaftsanteil/e zu leisten.

Ich möchte Infomaterial über die Genossenschaft erhalten

Name/Vorname (bitte in Blockschrift ausfüllen) _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon/Fax _____

Beruf/Tätigkeit _____

Ich zeichne Genossenschaftsanteile in Höhe von _____ € (maximal 25 000 €),

das heißt, _____ Anteile à 500,00 €

Ich erhöhe um _____ Anteil(e) à 500 €

Die Genossenschaftsanteile werden nach Bestätigung meiner Mitgliedschaft auf das Konto der Genossenschaft (43418597, BLZ 100 500 00, Berliner Sparkasse) in

einer Rate zwei Raten

überwiesen. (Andere Zahlungsregelungen sind nach Absprache ebenfalls möglich.)

Hiermit erteile ich eine einmalige Einzugsermächtigung in Höhe von _____ € von meinem Konto

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____

Kontoinhaber _____

Ort/Datum/Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

Zutreffendes bitte ankreuzen

Informationen unter: www.jungewelt.de/genossenschaft

Was bedeutet Arbeit heute? Wie sehen Arbeitswelten aus? Welche Veränderungen haben sie erfahren und wie entwickeln sie sich weiter? Fragen nicht nur für denjenigen, für den sich lange Zeit typische Erwerbsbiografien immer mehr in Kurzzeitbeschäftigungen, halben Stellen, Projektarbeit oder Schattenwirtschaft auflösen. Die Arbeitswelt wird ganz allmählich auch wieder ein Thema für die Literatur, wie jüngste Veröffentlichungen zeigen: „wir schlafen nicht“ von Kathrin Röggla (2004), Stephan Alfare mit „Karl Heinz Zizla hat Krebs“ (2000) und die Krimis „Komm, süßer Tod“ (1998) und „Auferstehung der Toten“ (1996) von Wolf Haas. Nicht zu vergessen der von Suhrkamp-Lektor Johannes Ullmaier 2007 herausgegebene Band „Schicht! Arbeitsreportagen für die Endzeit“, in dem 17 deutschsprachige Schriftsteller die Werkstätten der Gegenwart besuchen.



Die Literatur der Arbeitswelt hat eine Geschichte, die bis in die 1880er Jahre zurückgreift, wie **Michael Tonfeld** in einem kurzen Abriss in LP21 erläutert. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Werkkreis der Literatur der Arbeitswelt mit seinen Werkstätten in Deutschland und Österreich, der 2005 seinen 35. Geburtstag feierte.

Gerade hat der österreichische Literaturblog „Duftender Doppelpunkt“ – organisiert von **Petra Öllinger** und **Georg Schober** – in Kooperation mit dem Werkkreis einen Literaturpreis zum Thema Arbeitswelt verliehen und zeitgleich die Anthologie „Rote Lilo trifft Wolfsmann“ veröffentlicht.

Ziel war laut Organisatoren, einem Sujet mit großer Tradition und Relevanz wieder mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Zudem ging es darum, ein Netzwerk zwischen schreibenden Menschen aufzubauen, in dem sich Begriffe wie Solidarität und voneinander Lernen auch real manifestieren. Die Resonanz auf das Thema war unerwartet hoch: 323 Autorinnen und Autoren beteiligten sich mit über 400 Beiträgen an dem Wettbewerb. LP21 stellt zwei der Preisträger, **Thomas Mokkahoff** und **Esther Schmidt**, mit Texten vor und spricht mit Thomas Mokkahoff über die Arbeitswelt, ihre Menschen und deren Zukunft.



Michael Tonfeld

Arbeiterliteratur signalisiert heutzutage Anachronismus. Ein Begriff aus einer scheinbar längst vergangenen Epoche, eine niemals klar definierte Gattung, zumal sich Kunst und Arbeitswelt im deutschsprachigen Raum geradezu ausschließen. Die anglophone wie frankophone Literaturgeschichte betrachtet die Literatur ohne Ausklammerungen, in mediterranen Ländern zählt Volkskunst ohnehin zum Kulturgut und in Regionen, in denen die Oralliteratur überwiegt, zeugen die Interpretationen in Form von Songs, Videoclips und Filmen vom ungebrochenen Stellenwert einer hierzulande belächelten Kunstform.

In Mitteleuropa entwickelten sich Arbeiterlied, -kunst und -literatur analog zur Arbeiterbewegung, weshalb die Definition, Arbeiterliteratur sei die „Schwester der Arbeiterbewegung“ wohl dem am nächsten kommt, was die Intentionen der Protagonisten angeht. Bürgerliche Vorkämpfer wie Freiligrath, Herwegh und Weerth dürfen als Vorbilder der Bergarbeiterdichtung der späten 1880er Jahre, dem Beginn einer Literatur der Arbeitswelt, angesehen werden. Zunehmend kämpferisch artikulierte sich die Arbeiterliteratur zwischen den Weltkriegen I und II. Einen ersten Höhepunkt erlebte sie mit der Arbeiterkorrespondentenbewegung und dem Bund Proletarisch Revolutionärer Schriftsteller.

Hoffähig wurde die Arbeitswelt mit der Gründung der Gruppe 61, die schriftstellerisch tätige Arbeiter mit Lektoren und Journalisten zusammenbrachte, und des 1970 gegründeten Werkkreises Literatur der Arbeitswelt mit seinen zahlreichen Werkstätten von Hamburg bis in die Steiermark und nach Tirol. Neuerscheinungen fanden sich regelmäßig in den Schaukästen des Buchhandels, fast täglich gab es eine Lesung des Werkkreises. Seine Domäne, mittels der Textdiskussion Laien zu qualifizieren, wurde fester Bestandteil der Volkshochschulen. Frauen- und Gastarbeiterliteratur, vom Werkkreis erstmals gefördert, verselbständigten sich nicht nur, sondern sorgten für eine Welle der Betroffenheitsliteratur.

Während in Österreich die Arbeitswelt durch Schriftsteller wie Hinterberger, Innerhofer, Scharang, Turrini und Wolfgruber Me-

schreiben und lesen auch

Zur Geschichte der Literatur der Arbeitswelt

dienpräsenz erlangte, blieb in Deutschland einzig Günter Wallraff das Synonym für diese Literatur schlechthin. Mit der Einstellung der erfolgreichen Fischer-Taschenbuchreihe des Werkkreises 1986, dem Auslaufen der Folgeerien beim Bund-Verlag in der Bundesrepublik und beim Europa-Verlag in Österreich verschwand die Arbeiterliteratur in Westdeutschland in der Versenkung. Der Niedergang der „Zirkel schreibender Arbeiter“ in der DDR bestätigte Kritiker, die der Arbeiterliteratur lediglich dokumentarischen Nutzen zugestanden.

Allen Unkenrufen zum Trotz erstarbt die literarische Auseinandersetzung mit der Situation abhängig Arbeitender allmählich wieder. Von Hamburg über Berlin und Leipzig bis nach Wien entstehen erneut Werkstätten schreibender Lohnabhängiger. Die Auseinandersetzung mit den Auswüchsen des Spätkapitalismus in Zeiten der Globalisierung beginnt von neuem, wie auch Krimis, Satiren, selbst Lyrikbände und Romane belegen. Mit der im Januar 2001 erschienenen Anthologie „Uns reichts – ein Lesebuch gegen Rechts“ im

Geest Verlag, inzwischen mehrmals aufgelegt, erlebte der Werkkreis erstmals nach fast zwei Jahrzehnten wieder eine Auflagenhöhe, die annähernd der entspricht, die zuletzt die Fischer-Taschenbücher abzüglich der Remittenden erreichten. Zu den Mitgliedern des Werkkreises zählen heute neben Vertretern der klassischen Berufe der Schwerindustrie auch Informatiker, Programmierer, Physiker und Hartz-Vier-Empfänger. Bundesweite Schreibseminare helfen bei der literarischen Arbeit, Lesungen finden bei Streikbewegungen ebenso statt wie in schulischen Institutionen. Mit der in Deutschland und Österreich erscheinenden Zeitschrift „Tarantel – Zeitschrift für Kultur von unten“ wird die Tradition bewahrt, der Diskurs zeitgemäßer Kultur der Arbeitswelt fortgesetzt und mit aktuellen Texten Öffentlichkeit hergestellt. Im kommenden Jahr will der Werkkreis erstmals einen Frauenliteraturpreis vergeben.

Michael Tonfeld ist Erster Sprecher des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, Deutschland

Das Kollektiv muss das System ändern, nicht der Einzelne



Thomas Mokkahoff heißt der Sieger der zweiten Stufe des Literaturpreises zum Thema „Literatur der Arbeitswelt“. Seinen Text „Kommen Sie rein, Knapp“ (siehe nächste Seite) wählte die Jury aus neun verbliebenen Arbeiten aus. Thomas Mokkahoff ist gebürtiger Wiener, Jahrgang 1962. Er arbeitet als selbständiger Unternehmensberater und schreibt, seit er 16 Jahre alt war.

Andrea Marczinski sprach mit dem Autor über die Arbeitswelt, ihre Menschen und deren Zukunft.

Was reizt Sie literarisch an der Arbeitswelt? Finden Sie ihre Themen ausschließlich dort?

Ich nehme meinen Stoff gerne aus dem, was ich tagtäglich erlebe. Mich interessiert, was Menschen tun, wie sie agieren, wie sie sich organisieren, wie sie scheitern oder erfolgreich sind. Ein wichtiger Teil der Gesellschaft ist eben die Arbeitswelt. Mich beschäftigt auch, welche Werte da regieren – momentan das Kapital, das Geld. Wie das

die ganze Welt beeinflusst. Das fasziniert mich.

Sie sind seit mehr als 25 Jahren im Berufsleben. Welche Veränderungen der Arbeitswelt konnten Sie ausmachen?

In den vergangenen 15 Jahren als Unternehmensberater beobachte ich die qualitativen Veränderungen der Arbeit, vor allem durch die Steigerung von Geschwindigkeit, Flexibilität und Effizienz. Nicht mehr die unternehmerischen Überlegungen, sondern die Bedürfnisse des Kapitalmarktes bestimmen das unternehmerische Handeln. Nichts

ist so wichtig wie der Shareholder und sein Gewinn; nicht der Kunde, nicht der Mitarbeiter und nicht die Gesellschaft. Was nicht gut ist. So werden zum Beispiel viele Veränderungen nur gemacht, um den Großaktionären sagen zu können: Wir haben restrukturiert. Auch wenn der Effekt minimal ist oder sogar negativ – der Aktienkurs steigt und das legitimiert die Entscheidung. Das zweite, das mir auffällt, ist der rapide steigende Wert von Qualifikation. Das ist das, was dem Einzelnen ein wenig Macht gibt: Seine Qualifikation wird benötigt. Das macht ihn zum Unternehmer seiner selbst.

Die Figur in ihrem Text bekommt die Entlassung so mitgeteilt, wie es das

Management auf Führungsseminaren lernt. Welche Chance haben Menschen wie Knapp, sich zu wehren oder zu verweigern?

Wir reden hier von den Standards der Arbeitswelt, von einem System. Menschen wie Knapp können sich nur entscheiden, ob sie daran teilhaben wollen oder nicht. Da zu bleiben und sich zu verweigern würde in der Regel eher dazu führen, dass man ausgesondert wird. Das System zu ändern ist nicht die Aufgabe des Einzelnen, sondern des Kollektivs. Da ist die Politik gefragt. Ich allein gegen das System – das erinnert mich an Don Quichotte. Der Einzelne ist eher gefragt nachzudenken, aufzuzeigen,

KOMMEN SIE REIN, KNAPP

Tom Mokkahoff

Kommen Sie rein, Knapp, setzen Sie sich. Wie läuft es mit den Projekten? Gut? Das freut mich zu hören. Haben Sie da noch Potentiale identifizieren können? Sehr schön.

Aber ich wollte noch etwas anderes mit Ihnen besprechen. Sie wissen ja, dass wir gerade ziemlich unter Beschuss stehen. Die effizienzsteigernden Maßnahmen haben nicht ausreichend gegriffen, wir haben die Übernahme von VBS noch nicht richtig verdaut und die Analysten haben uns downgerated. Jetzt heißt es fressen oder gefressen werden, die Geier umkreisen uns.

Es wird gerade eine neue Strategie entwickelt. Wir müssen etwas tun, um unsere Zahlen in den Griff zu bekommen.

Ich setze da voll auf Sie und Ihre Mithilfe, lieber Knapp. Die letzten Zahlen – ich sage Ihnen das ganz im Vertrauen – sehen nämlich gar nicht gut aus. Sie können sich nicht vorstellen, wie die da oben Druck machen. Ich fürchte, ich kann nicht mehr alles abfangen. Wir müssen uns rasch etwas einfallen lassen.

Das heißt vor allem: Kosten senken. Und das werden wir auch, nicht wahr, Knapp? Deshalb haben wir ja auch die Berater im Haus, die festgestellt haben, dass wir aufgebläht sind. Verkrustet und erstarrt in der langen Periode von Gewinn und Wohlstand.

Und Sie wissen ja, wie es ist. Wenn die das sagen, dann

müssen wir handeln, nicht wahr, Knapp? Jetzt wird unser Portfolio analysiert, Outsourcing-Szenarios werden gerechnet, für den IT-Bereich ist ein Carve-Out angedacht und der Konzern wird in eine Holdingkonstruktion überführt. Natürlich werden wir auch intern umstrukturieren. Ja, und deshalb haben wir uns entschlossen – und glauben Sie mir, wir haben uns das nicht leicht gemacht – uns von Ihnen zu trennen.

Ich weiß, was Sie sagen wollen, Knapp. Auch ich finde es schade, ich bin erschüttert. Ich habe wie ein Löwe gekämpft für Sie, ich hab alles versucht, um Sie zu halten, ich war chancenlos. Aber gegen die Zahlen – Sie wissen es ja selbst am besten – gegen die Zahlen kommt man nicht an. So ist eben das Leben, und so ist das Geschäft, nicht wahr, Knapp? Freut mich, dass wir da einer Meinung sind.

Wir werden jedenfalls ein schönes Paket für Sie schnüren. Und wir bleiben in Kontakt, lieber Knapp. Natürlich, wir bleiben auf alle Fälle in Kontakt. Jetzt holen Sie mal Ihre Sachen. Die Personalabteilung freut sich schon auf Sie, um mit Ihnen Ihren weiteren Weg zu besprechen. Die haben keine Mühen gescheut und haben für Sie ein attraktives Outplacement-Programm gestaltet.

Damit – und mit ihren Qualitäten – haben Sie sicher glänzende Perspektiven. Sie waren ja schließlich einer unserer Besten.

Also, alles Gute, Knapp, alles Gute.

auch sich zu organisieren, um einen Gegendruck aufzubauen und die Politik und ihre Organisationen wieder in die Pflicht zu nehmen.

Was bedeutet das für junge Leute, die vor ihrem Eintritt in die Arbeitswelt stehen?

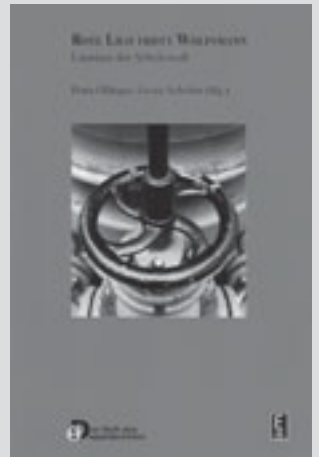
Wenn sie nicht stark politisiert sind, sagen die 20- bis 25-Jährigen: Wo ist das Problem? Mir kommt es so vor, als ob sie schon in diese neue Welt hineingepägt werden. Junge qualifizierte Menschen haben hier schließlich alle Chancen. Für die anderen, die Unqualifizierten und die Älteren, wird es herber, die werden noch ohn-

mächtiger. Denn der Sozialstaat versagt immer mehr. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass der Wanderarbeiter wieder populär wird. Die Globalisierung ist ein Faktum. Krankheiten globalisieren sich, die Wirtschaft globalisiert sich. Warum nicht auch die sozialen Probleme?

Welchen Stellenwert hat da das Schreiben für Sie?

Es ist für mich das einzige, was ich tun kann. Ich kann etwas zeigen, vielleicht zum Nachdenken anregen. Ich kann eine von vielen Stimmen sein, die sagen: Moment mal! Und das mit den Mitteln der Literatur.

Das kann den Blick verändern. Und das ist notwendig. Denn wir tun immer so, als wäre die Welt so, wie wir sie sehen, aber so ist sie nicht. Darum geht es auch in meinem noch unfertigen Roman.



Weitere Informationen: www.mokkahoff.at

ENGE

Esther Schmidt

Anfang September fiel es Munk zum ersten Mal auf. Wie jeden Tag seit vierzig Jahren hatte er dem Portier ein knappes „Morgen!“ zugeworfen, hatte sich zu den Kollegen in den Aufzug gequetscht und auf seiner Etage wieder hinaus gedrängt. In seinem Büro hatte er die Aktentasche auf den Besucherstuhl gestellt, den Mantel ausgezogen und ordentlich in den Wandschrank gehängt. Erst danach, als er sich zu seinem Schreibtisch umdrehte, stockte er. Der Raum wirkte anders – kleiner. Nicht in der Breite, sondern in der Höhe. Als wäre die Decke ein Stück heruntergerutscht. „Unsinn!“, murmelte er. Das konnte nur am Licht liegen. Die Tage wurden kürzer, das Wetter grau und ungemütlich – da wirkten Räume eben etwas drückender. Aber der Eindruck blieb, verstärkte sich sogar. Mitte September fragte er die Kollegin aus dem Nachbarzimmer. „Schauen Sie mal, Frau Ebert. Kommt Ihnen die Decke nicht niedriger vor?“ „Nein, die ist genau so hoch wie meine. Warum?“ Doch das entsprach nicht den Tatsachen. Die weißen Deckenplatten senkten sich, stetig und unaufhaltsam. Er spürte es, wenn er sich über seinen Akten krümmte, fühlte es so körperlich, wie die Anwesenheit seines Chefs, wenn der ihm prüfend über die Schultern schaute. Manchmal knarrten die Platten drohend. Es klang

genau so wie das Knurren

seines Vorgesetzten: „Kommen Sie mir nicht noch einmal mit dieser Decke! Der Hausmeister hat sie schon dreimal inspiziert, mit Ihrem Büro ist alles in Ordnung!“

Mitte Oktober hatten sich die Rigipsplatten so weit abgesenkt, dass sie die Schranktür blockierten.

„Hm“, murmelte der Hausmeister verwundert. „Die Tür muss sich verzogen haben. Ich schicke nachher jemanden vorbei!“

Munk legte seinen Mantel über den Besucherstuhl, an diesem Tag, wie auch an allen folgenden Tagen, denn trotz mehrmaliger Erinnerung fand der Hausmeister keine Zeit, sich der Sache anzunehmen.

Mitte November konnte Munk sein Büro nur noch gebückt betreten. Es behinderte ihn nicht sonderlich bei der Arbeit, da er ohnehin meistens saß und in seinen Computer tippte. Was ihn mehr belastete, war das Kichern der Kollegen hinter seinem Rücken, die Blicke, die sie ihm zuwarfen.

„Er wird schrullig“, hörte er Frau Ebert sagen. „Wird Zeit, dass er in Rente geht! So was ist für eine Firma auf Dauer nicht tragbar!“

Im Dezember wagte er es noch einmal, bei seinem Chef vorstellig zu werden, da die näher gerückten Deckenlampen unangenehm auf seinen Rücken brannten.

„Ich sage es Ihnen zum letzten Mal: mit Ihrem Büro ist alles in Ordnung! Stellen Sie sich nicht so an! Und wenn Ih-

Fortsetzung auf Seite 66

nen zu warm ist, machen Sie die Fenster auf! Oder klemmen die etwa auch?“

Von da an verzichtete Munk darauf, irgendjemanden auf das Problem hinzuweisen. Er gewöhnte sich eine zunehmend gekrümmte Sitzhaltung an, und als er befürchten musste, dass die Decke den Bildschirm beschädigen könnte, stellte er ihn unter den Schreibtisch.

„Zum Donnerwetter, was machen Sie da?!“

Unter dem Schreibtisch zusammengekauert sah Munk seinen Chef in der Tür hocken, das Gesicht rot vor Ärger. „Ich habe jetzt genug von Ihren Mätzchen! Ich erwarte, dass Ihr Projekt am Montag fertig ist! Und wenn Sie dafür an Weihnachten hereinkommen müssen!“

66

Folgsam erschien Munk am ersten Feiertag in der menschenleeren Firma. Die Decke lag inzwischen auf dem Schreibtisch, und Munk musste auf allen Vieren zu seinem Computer kriechen. Klein und buckelig wie ein Käfer arbeitete er. In dieser Haltung, die Knie unter den Bauch geklemmt, den Kopf angestrengt nach oben gereckt, konnte er kaum atmen.

Doch es hörte nicht auf. Mit boshaftem Knarren kippte die Decke an der Schreibtischkante in die Schräge.

Munk krümmte sich zusammen, fühlte das Gewicht auf seinen Schultern, den unbarmherzigen Druck auf seinem Rücken.

„Hilfe!“, rief er kläglich, aber es war niemand da, der ihn hätte hören können. Er zitterte, versuchte, zur Tür zu robben. Die ungeheure Last drückte ihm die Luft ab. Er keuchte, wimmerte, und plötzlich fühlte er einen stechenden Schmerz am Herzen. In einer verzweifelten Geste reckte er seine Hand Richtung Ausgang. Vergeblich.

Esther Schmidt, zweite Preisträgerin in der zweiten Stufe des Literaturpreises „Der Duft des Doppelpunktes“ · Jahrgang 1970, Steuerberaterin, Frankfurterin (am Main) in der vierten Generation:

Mit dem Schreiben habe ich angefangen, seit ich durch die „Sesamstraße“ das Lesen gelernt habe. Seit anderthalb Jahren schreibe ich Kurzgeschichten, da kann man sich besser austauschen mit anderen Schreibenden. Feedback bekommen, wie ist man im Vergleich mit anderen? Bei mir ist das Schreiben so ein bisschen ein Fluchtmechanismus. Ich merke, dass ich immer dann anfange, besonders viel zu schreiben, wenn die Stress besonders groß wird. Ich schreibe gern Fantasy, was also ganz von meiner Erlebniswelt getrennt ist. Was mich interessiert, sind Figuren und Personen.

Ich will eigentlich nicht über das schreiben, was ich auch noch jeden Tag erlebe. Wenn man das, was man gern tut, irgendwann tun muss, dann hört die Freude daran irgendwann auf. Geschichten haben viel mit Emotionen zu tun. Jeder Film, jedes Buch soll auch Emotionen wecken. Was keine Emotionen weckt, ist oft auch langweilig. „Enge“ war auch ein Schreibexperiment, das Kafkaeske auszuprobieren.

Die Ökonomie von Lunapark21

Mit der ersten Ausgabe im Februar legte LP21 einen „Blitzstart“ hin. Doch kaum jemand weiß: Es war bereits der zweite Anlauf.

Wenn dieses Heft von Lunapark21 erscheint, hat die Zeitschrift gut 800 Abos und wird an etwa 400 Bahnhofskiosken und in den Zeitschriftenläden mehrerer großer Städte verkauft. Gesamtauflage: 5000. Von solchen Zahlen wagten wir noch vor einem halben Jahr nicht zu träumen. Wir, das sind knapp zwei Dutzend engagierte, in Politik, Journalismus oder Medienarbeit erfahrene Menschen die – zum größten Teil in ihrer Freizeit – Artikel, Briefe und Mails verfassen, Flyer verteilen, Webseiten programmieren, Hefte eintüten und versenden und mit Druckereien und Grossisten verhandeln. Geld gibt es für diese Arbeiten nur wenig oder keines.

Hinter der Zeitschrift Lunapark21 steht kein Unternehmen, keine Organisation und schon gar keine Partei. Keine Bank gab uns Kredit (zugegeben: wir haben erst gar nicht gefragt). Die 25 000 Euro Startkapital, zugleich das Stammkapital der Lunapark21 GmbH, wurden von einem kleinen Kreis von Leuten, die damit zugleich GmbH-Gesellschafter sind, aufgebracht. Sie übernahmen das finanzielle Risiko, ihre Einlagen zu verlieren, wenn Lunapark21 nicht nach spätestens drei Jahren kostendeckend arbeitet. Denn auch eine Zeitschrift, in der die Marktwirtschaft kritisiert wird, bleibt natürlich den Mechanismen dieser Marktwirtschaft unterworfen.

ERSTER ANLAUF 2006. Die ersten Ideen, eine „Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie“ herauszugeben, reiften 2002/2003, als die Auswirkungen der „Globalisierung“ für jede und jeden offensichtlich wurden. Mitte des Jahres 2006 stand dann eine bunte Gesellschaft von Autorinnen und Autoren, Medienleuten und zwei Gestaltern bereit. Auch das Startkapital war beisammen. Für den Lunapark21-Geschäftsführer war, so schien es, eine ideale Besetzung gefunden. Dieser – nennen wir ihn U.H. – war (und ist) Geschäftsführer einer im „fairen Handel“ engagierten Import-Firma. Für ihn sprach zudem, dass er einige Zeit Geschäftsführer der Partei PDS war.

Zur rechtsgültigen Gründung einer GmbH muss, so will es das Gesetz, eine „Stammeinlage“ nachgewiesen werden. Die Gesellschafter brachten dafür im Juli 2006 insgesamt 25 000 Euro auf. Doch als kurz darauf gegenüber dem Amtsgericht Potsdam die „Erfüllung der Einlageverpflichtung“ per Bankbeleg nachgewiesen werden sollte, war dies nicht (mehr) möglich. Das Konto war beinahe leer. U.H., der als Geschäftsführer allein Zugriff auf das Konto hatte, hatte insgesamt 23 500 Euro in drei Raten auf das Konto der „Eine-Welt-Import GmbH“ überwiesen.

KAMPF UMS GELD. Ohne Geld keine GmbH und schon gar keine Zeitschrift. Der Traum schien geplatzt. Für Rückfragen war U.H. nicht zu erreichen. Und als es doch gelang, ihn zur Rede zu stellen, behauptete er, das Geld nur günstig angelegt zu haben, und versprach, es kurzfristig und mit Zinsen zurückzuzahlen. Was nicht geschah. Die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Zuerst galt es, sich von dem untreuen Geschäftsführer zu trennen. U.H. wurde in Abwesenheit – er war auch zu keiner GmbH-Versammlung mehr erschienen – im November 2006 von seinem Posten abberufen. Die damalige Lunapark-GmbH erreichte einen Titel zur Zwangsvollstreckung gegen U.H. und die Eine-Welt-Import GmbH. Unter dem Eindruck der Zwangsvollstreckung – und teilweise als Resultat von Pfändungsbeschlüssen – floss das Geld zurück. Ein volles Jahr nach der „Privatisierung“ des Startkapitals war das Geld wieder auf dem Konto, zuzüglich Zinsen und Rechtsanwaltskosten. Damit konnte die jetzige „Lunapark21 GmbH“ (die alte Lunapark-GmbH „in Gründung“ musste aus rechtlichen Gründen aufgelöst werden) im Januar 2008

endlich ins Handelsregister eingetragen werden. Die erste, existentielle Krise des kleinen Lunapark21-Kapitals war gemeistert. Nun konnten die großen Krisen des Kapitals zum Thema gemacht werden.

NEUER ANLAUF 2007. Trotz der langen Verzögerung und des zähen, anfangs fast aussichtslos erscheinenden Ringens um die Wiederbeschaffung des Startkapitals hatten die Leute, die sich um das Zeitschriftenprojekt geschart hatten, ihre Motivation nicht verloren. Bereits im Frühjahr 2007 wurden erneut Kontakte geknüpft, Entwürfe gemacht und im Mai 2007 ein 16seitiges „Dummyheft“ mit ersten exemplarischen Artikeln und dem Grundlayout in einer Auflage von 100 Exemplaren erstellt (intern als „Kalkei“ bezeichnet und von unserer Website herunterzuladen). Weihnachten 2007 folgte der erste Schritt in die Öffentlichkeit: Die Website www.lunapark21.net erschien im Netz, machte auf die Zeitschrift neugierig und brachte uns – lange bevor Heft 1 gedruckt war – die ersten Abos. Mitte Februar 2008 war es dann so weit: Heft Nummer 1 von **Lunapark21** lag in einer Startauflage von 10 000 Exemplaren gedruckt vor. Diese erste Nummer wurde als Werbemaßnahme kostenlos verteilt. Wir schalteten Anzeigen, brachten fast 100.000 Werbeflyer unter die Leserschaft unterschiedlicher Blätter und wurden in einem halben Dutzend Zeitschriften und Zeitungen besprochen. Lunapark21 hat – auch vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise, zu der in Heft 1 eine ausführliche Analyse erschien – Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Diese Aufmerksamkeit ist unser Kapital. Unser vorläufiges Ziel sind 3000 Abos – damit arbeiten wir wirtschaftlich. Dann sehen wir weiter.

Vorsicht: „falsche“ Webadresse!

Eine „Altlast“ unseres ersten, missglückten Anlaufs schleppt Lunapark21 noch mit sich herum: Wer die Webseite www.lunapark21.de aufruft, findet dort nicht unseren Webauftritt, sondern Werbung für die erwähnte „Eine-Welt-Import GmbH“ (Stand: Ende April 2008). Also bitte beachten: Unsere Adresse lautet www.lunapark21.net – mit der Endung NET wie „Netzwerk“ (... zur Kritik der globalen Ökonomie).

Schulden und Unvermögen

Politische Maßnahmen im Strudel der Wirtschaftskrise einst und heute

68



Heinrich Brüning



Herbert Hoover

Thomas Kuczynski

„Das ökonomische Dasein des Staats sind die Steuern.“

Diese Aussage von Karl Marx (MEW Band 4, S. 348) hat heute, während die neoliberalen Privatisierungsorgien nach wie vor in vollem Gange sind und demzufolge der öffentlichen Hand weniger und weniger Betriebe gehören, im Grunde wieder dieselbe Aktualität wie damals. Jedoch, in Zeiten schlechter Konjunktur geht das Steueraufkommen des bürgerlichen Staats zurück, sein „ökonomisches Dasein“ verschlechtert sich. Da aber auf der anderen Seite viele seiner Ausgaben konjunkturunabhängig sind (beispielsweise Rüstungsausgaben, Beamtenpensionen usw.) oder in Zeiten der Krise eine zunächst sogar steigende Tendenz aufweisen (beispielsweise wächst die Summe der Arbeitslosengeldzahlungen, auch wenn es individuelle Reduktionen gibt), ja sogar von Seiten der Unternehmer staatliche Stützungen verlangt werden, öffnet sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter.

Prinzipiell hat der bürgerliche Staat zwei Möglichkeiten, auf diese Entwicklung zu reagieren. Die eine ist, dass er sich „konjunkturkonform“ verhält, also just im Abschwung und in der Krise Steuern erhöht

(beispielsweise die Mehrwertsteuer) und Ausgaben kürzt (beispielsweise im Sozialbereich). Letzteres nennt er „Sparen“, obgleich er gar nicht spart (also: sein Geld zinsbringend anlegt), sondern eben kürzt.

Das Resultat solcher „prozyklischen“ Haushaltspolitik ist aus der Geschichte bekannt; das berüchtigtste Beispiel ist die „Politik des ausgeglichenen Haushalts“, wie sie während der Großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 praktiziert wurde. Dies geschah nicht nur in Deutschland, vor allem unter dem „Hungerkanzler“ Heinrich Brüning, sondern auch und insbesondere in den USA unter Präsident Herbert Hoover. Die Steuererhöhungen bewirkten, damals so wie heute, eine Reduzierung der Binnen nachfrage, insbesondere auf Seiten der breiten Massen, denen real noch weniger Geld zum Kauf von Lebensmitteln im weitesten Sinne des Wortes zur Verfügung stand. Die Ausgabenkürzungen wirkten und wirken in dieselbe Richtung, teils direkt, beispielsweise durch die Kürzung der Arbeitslosengelder, teils indirekt, beispielsweise durch die Kürzung von Staatsaufträgen an die Privatwirtschaft, was eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenzahlen nach sich zog, also sowohl eine weitere Senkung des Massenkonsums als auch eine weitere Erhöhung der an Erwerbslose zu zahlenden Beträge.

Während sich in den normalen Wirtschaftskrisen die Widersprüche, die diese verursachen, wieder lösen und sich dann eine „normale“ Konjunktur anschließt, besteht das Fatale an dieser Art von Haushaltspolitik darin, dass sie sich selbst verstärkt und in einen *circulus virtuosus* (Teufelskreis) führt, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Deshalb schrieb ein Zeitgenosse, der deutsche Ökonom Gerhard Colm, schon 1931: „Die Krise scheint ihren Sinn verloren zu haben, nämlich diesen Ausheilungssinn“, und der Präsident der englischen Notenbank meinte, dass er „völlig ratlos (sei); das alles ist so unfassbar ... Ich muss zugeben, dass ich gegenwärtig keinen Ausweg sehe ...“ Typisch war auch die Feststellung im *Economist*, dem führenden englischen Wirtschaftsmagazin, vom 4. Juni 1932: „Der Gang der Weltereignisse berechtigt von Tag zu Tag immer mehr den Vergleich mit einem Irrenhaus.“

Wenn aber die Herrschenden heute eine ganz ähnliche Wirtschaftspolitik betreiben, so beweisen sie nur ihr eigenes Unvermögen, aus der Geschichte zu lernen, und bestätigen jene, die mit Hegel meinen: Das einzige, was aus ihr gelernt werden kann, ist, dass Regierungen nichts aus der Geschichte lernen. Die andere Möglichkeit des Staates, auf die Krise zu reagieren, ist nun, antizyklische Maßnahmen zu ergreifen, um



die ökonomische Abwärtsspirale aufzuhalten. Dies geschieht vor allem durch Erhöhung der Staatsausgaben und Steuersenkungen, um auf diese Weise die Wirtschaftstätigkeit zu stimulieren, direkt durch die Vergabe von Staatsaufträgen und indirekt durch die Erhöhung der Massenkaufkraft, um dadurch die Produktion anzukurbeln, also auch die Beschäftigtenzahlen steigen zu lassen, damit zugleich eine weitere Nachfragerhöhung zu erzeugen sowie die Investitionsneigung auf Seiten der Unternehmer anzuregen usw.

Das Hauptargument gegen eine solche antizyklische Wirtschaftspolitik des Staates war und ist die Staatsverschuldung. Es müsse um einen ausgeglichenen Haushalt gekämpft werden, und dieser Kampf verbiete eine weitere Staatsverschuldung. Das Argument ist ebenso einleuchtend wie falsch.

Schulden zu haben, das ist für die meisten der so genannten einfachen Leute eine ganz schlimme Sache, nicht nur ökonomisch, auch moralisch. Deshalb sagen sie, wenn sie das Geld zurückgeben an jemanden, der für sie ein Bier oder einen Kaffee bezahlt oder ihnen ein paar Euro gepumpt hat, sie würden „sich ehrlich machen“. Sie meinen das zumeist auch so. Und sie zeigen sich einsichtig, wenn ihnen erklärt

wird, dass der Staat kein Geld habe und deshalb „alle“ den Gürtel enger schnallen müssten. Sie tun das, weil ja auch sie, im Falle des Verlusts von Arbeit und damit Einkommen, trotzdem die Raten für das noch nicht abbezahlte Auto usw. aufbringen, also den Gürtel enger schnallen müssen.

Aber Schulden sind immer eine Sache der Gegenseitigkeit. Wer Schulden hat, schuldet jemandem etwas. Bei wem ist der Staat verschuldet? Wer sind seine Gläubiger? Von den Auslandsschulden abgesehen kann der Staat (also hierzulande Bund, Länder, Städte und Gemeinden) keine anderen als private Gläubiger haben; den Löwenanteil von etwa zwei Dritteln der Kreditsumme stellen die Banken. Sie sind auch die eigentlichen Gewinner der Staatsverschuldung.

Deshalb haben Kapitalisten im allgemeinen eine andere Sicht auf diese Dinge: „Schulden gehören mit zum Vermögen“, lautete die erste Regel des Großbankiers Carl Fürstenberg (1850-1933), und der Reedereibesitzer Wilhelm Cuno (1876-1933) erklärte in seinem Amt als Reichskanzler 1922: „Man kann auch stark sein als Schuldner, man muss nur genügend Schulden haben, dass der Gläubiger seine Existenz mitgefährdet sieht, wenn der Schuldner zusammenbricht.“ Der offenherzige Zynismus Cunos macht übrigens klar, warum die so ge-

nannten einfachen Leute das ganz anders sehen müssen: Die haben nie so viel Schulden, dass deren Gläubiger ihre eigene Existenz gefährdet sähen.

Es ist kein Wunder, dass das Phänomen des „verschuldeten Steuerstaats“ während des Ersten Weltkriegs entdeckt wurde, denn Krieg ist nach Auffassung von Marx „unmittelbar ökonomisch dasselbe, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser wüfere“ (MEW Band 42, S. 63). Der Krieg war zwar nicht Ursache, wohl aber Anlass für den Entdecker dieser „Staatsform“, den österreichischen Ökonomen Rudolf Goldscheid (1870-1931), nach einem Ausweg zu suchen, und 1917 glaubte er, ihn im Übergang zum „Unternehmerstaat“ gefunden zu haben. Das war nur eine Variante dessen, was einer seiner zeitgenössischen Kritiker, Joseph Schumpeter (1883-1950), den Übergang zum Staatskapitalismus genannt hat. Dieser Übergang hat sich allerdings stets als umkehrbar erwiesen, eben weil es in dieser Gesellschaft letztlich immer um die Sozialisierung der Verluste und die Privatisierung der Gewinne geht. Dieser Illusion darf, auch nach den Erfahrungen mit den diversen Varianten staatskapitalistischer und staatssozialistischer Entwicklung, sicher nicht gefolgt werden.

Jedoch die von Goldscheid ausgesprochene Motivation selbst hat in dieser kapitalistischen Gegenwart nichts von ihrer Gültigkeit verloren: „Es hat keinen Sinn, Klagelieder über die Höhe der sozialen Lasten anzustimmen, ist es doch die Wirtschaft selber, die diese produziert. Will man also soziale Lasten vermeiden, so gilt es gesellschaftliche Maßnahmen zu treffen, welche den Menschen Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen, die sie nicht unentrinnbar nötigen, dem Gemeinwesen immer wieder zur Last fallen zu müssen. Denn unbehobenes Leid kehrt vermehrt wieder als öffentliche Last.“ So schrieb Goldscheid 1928, vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Achtzig Jahre später ist es von ungebrochener Aktualität.

„Alles war anders“

Standardargumente gegen Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise

Winfried Wolf



70

Wenn die aktuelle Krise mit der Großen Weltwirtschaftskrise 1929-1932 in Verbindung gebracht wird, werden dagegen in der Regel drei Argumente vorgebracht.

Erstens habe es sich 1929 um eine einmalige Krise gehandelt.

Zweitens habe die damalige Krise die materielle Produktion ebenso wie die Finanzwelt erfasst, wohingegen es heute „nur“ eine Finanzkrise mit einer stabilen „Realwirtschaft“ geben würde.

Drittens habe man 1929 mit einer „falschen Sparpolitik“ reagiert, während heute „krisenmildernd gegengesteuert“ werde.

SEIT 200 JAHREN GIBT ES TIEFE WELTWIRTSCHAFTSKRISEN. Zunächst ist festzuhalten: Die Weltwirtschaftskrise hatte Vorläufer. So war es 1857 und 1873 zu vergleichbaren Krisen auf der Ebene des weltweiten Kapitals gekommen. Die tiefen internationalen Krisen ergänzen und akzentuieren den traditionellen sieben- bis zehnjährigen Krisenzyklus.

Zum zweiten Argument: Auch im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise hatte sich zunächst „nur“ der Finanzsektor von der „Realwirtschaft“ abgekoppelt. Die materielle Produktion galt als solide. „Properität für immer“ lautete in den USA im Sommer 1929 das Schlagwort. „Der gewaltige natürliche Reichtum des Landes“ und vor allem die „unersättliche Nachfrage“ wurden als Grundpfeiler der „ständigen Prosperität“ genannt. Der massive wirtschaftliche Ein-

bruch erfolgte 1930. Er erreichte seinen Tiefpunkt erst 1932.

Zum Argument Nummer drei: Die ersten Reaktionen auf die Kursstürze an den Börsen im Oktober 1929 waren nicht unähnlich den heutigen: Die US-Regierung legte bereits Ende 1929 ein großes Programm für Investitionen und verbilligte Kredite auf. Ein Bündnis, bestehend aus Unternehmern und Gewerkschaften, erklärte, die Löhne nicht zu senken und die Beschäftigtenzahl halten zu wollen.

GM-BOSS SCHEITERTE AN DEN „BEDINGUNGEN DER WELT“. Der Boss des größten US-Unternehmens, General Motors, John Rascop, fand eine Erklärung für die Krise, die man vulgär-marxistisch bezeichnen, und er machte Vorschläge zur Lösung derselben, die man „keynesianistisch“ nennen kann. „Wir haben die Produktion so rasch und erfolgreich vorwärts getrieben, dass wir vor dem Problem stehen, wie die Güter zu konsumieren, die wir produzieren. (...) Unser Fortschritt im Export war so groß, aber die Bedingungen der Welt setzten diesem Fortschritt Grenzen.“ Rascop schlug als Ausweg vor, die industrielle Produktion auf fünf Tage die Woche zu beschränken. Dies würde den Arbeitern zwei Tage in der Woche die Möglichkeit geben, ihre Automobile zu benutzen, Ausflüge zu machen. Damit würden viel mehr Reifen, Benzin und Öl verbraucht, Hoteldienstleistungen gebucht usw., was die Konjunktur

stützen würde. Der marxistische Ökonom Eugen Varga formulierte damals: „Das erste Mal in der Geschichte des Kapitalismus wurde der Versuch unternommen, dem zyklischen Gang der kapitalistischen Produktion durch 'planmäßige' Maßnahmen entgegenzuwirken.“ Doch diese Maßnahmen verpufften. Das schiere Gewicht des aufgehäuften spekulativen Kapitals, das binnen weniger Monate entwertet wurde, was wiederum die kaufkräftige Nachfrage drastisch reduziert hat, würgte die Konjunktur ab. In Europa wiederum glaubte man lange Zeit, ein Übergreifen der Krise werde ausbleiben bzw. man könne sich davor durch Protektionismus – durch höhere Zölle – und eine Stabilitätspolitik schützen. Die Erwerbslosigkeit in den USA und in Europa verdreifachte sich – von Quoten um 10 bis 13 Prozent Ende der 1920er auf solche zwischen 30 und 40 Prozent 1932/33.

Zweifellos ist die aktuelle Krise in ihrem Charakter als eine eigenständige zu untersuchen (wie dies in LP21 erfolgt). Doch der abstrakte Hinweis, ein „1929“ könne sich nicht wiederholen, wirkt wie das Pfeifen im Wald. Zumal die Weigerung der EZB, die Zinsen deutlich zu senken, und das Beharren der Bundesregierung, die Politik der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen (siehe die Seiten 34/35), sich als vergleichbar falsch erweisen könnten wie die im vorausgegangenen Artikel beschriebene deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik 1929ff.

EDITION • LE MONDE *diplomatique*

2008 • N° 3 • 1038,00 €

USA. Das vermessene Imperium

71

GOOD-BYE AMERICA?

**In der Welt unbeliebt, zu Hause zerstritten: Die Supermacht USA ist angeschlagen.
Und doch träumen nicht nur mexikanische Migranten immer noch den amerikanischen Traum.**

Noam Chomsky, Dietmar Dath und Barbara Ehrenreich (u. a.) vermessen das Imperium americanum.

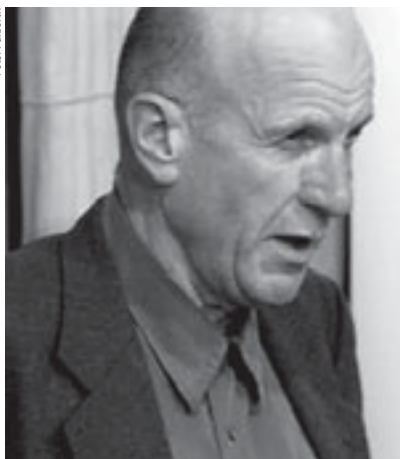
.....
DAS NEUE HEFT DER EDITION LE MONDE DIPLOMATIQUE

Bestellen Sie jetzt: www.monde-diplomatique.de • Auch im Abo oder in Ihrer Buchhandlung

8,50 €, broschiert, 112 Seiten, ISBN 978 3 937683 18 8



LE MONDE *diplomatique*
Der globale Blick



Leihbeamte

Plädoyer für einen Index zur Bemessung der Einflussnahme von Firmen auf Parlamente und Regierung

Georg Fülberth

72

Der Bundesrechnungshof hat in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags moniert, dass Mitarbeiter von großen Firmen als Leih-Beamte in Ministerien arbeiten und dort mit der Formulierung von Gesetzen befasst sind. Die Zahlenangaben schwanken. Auf jeden Fall gab es über hundert Fälle in den Jahren 2004–2006, und die Praxis wird beibehalten. Betroffen ist u.a. das Finanzministerium. Hier und anderswo verteidigt man die Leih-Arbeit damit, dass bei sehr spezialisierten Gesetzes-Materien Fachkenntnisse vonnöten seien, die von eher generalistisch ausgebildeten Beamten nicht verlangt werden können.

Überraschen mag, dass ausgerechnet der Bundesrechnungshof dies kritisiert, denn immerhin wird gespart. Die „externen Mitarbeiter“ – das ist ihre quasi-offizielle Bezeichnung – bekommen nur eine Ministerialzulage, aber kein Gehalt. Ihre regulären Bezüge werden von ihren Firmen weitergezahlt. Es handelt sich somit um ein Beispiel von „schlanke[m] Staat“: in dem Maße, in dem einerseits Personal abgebaut oder doch zumindest nicht neu eingestellt wird, andererseits die öffentlichen Aufgaben entweder nicht entsprechend stark zurückgehen oder vielleicht sogar zunehmen, entstehen Lücken, die nun privatisiert geschlossen werden.

Dass die Unternehmen dafür zahlen, weist darauf hin, dass die Entsendungen in ihrem Interesse sind. Die Leih-Beamten vertreten offenbar nicht eine ganze Branche, sondern einzelne Firmen. Dies mag der Grund dafür sein, dass die Sache überhaupt ruckbar

wurde. Es ist denkbar, dass Konkurrenten, die durch die Tätigkeit der Leih-Beamten benachteiligt wurden oder zumindest keine Gelegenheit hatten, die Gesetzgebung auf ihre Weise mitzugestalten, für Aufklärung sorgten. Insofern wäre diese Affäre eine innere Angelegenheit der Bourgeoisie. Für die Klassenbeziehungen zwischen Unternehmen und Unternehmen bringt der Fall nichts Neues. Es handelt sich um eine kapitalistische Normalität.

Als der Industriekapitalismus sich durchsetzte, galt das Zensuswahlrecht: Es wurde nach Maßgabe der direkten Steuern ausgeübt. Wer keine zahlte, hatte keine Stimme. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts änderte nicht die Eigentumsverhältnisse, komplizierte allerdings zuweilen die Einflussnahme des Kapitals auf die Politik. Manchmal trat sie aber wieder offen zutage. In Deutschland wurden zum Beispiel im Ersten Weltkrieg so genannte „Kriegsgesellschaften“ gegründet: Kartelle für ganze Branchen, in denen die Lieferungen für den Armeebedarf und auch für die Versorgung der Zivilbevölkerung organisiert wurden. An ihrer Spitze standen Großunternehmer. Walter Rathenau, der Vorstandsvorsitzende der AEG, leitete die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium.

Zugegeben: Preußen war damals keine parlamentarische Republik (das allgemeine Wahlrecht galt damals nur für den Reichstag). Wo eine solche besteht, gibt es die so genannte Lobby. Eine Steigerungsform ist die Übernahme von Parlamentsmandaten durch Vertrauensleute von Unternehmen.

Deren Eindringen in die Ministerien ist die nächste Stufe. In den USA wurde sie schon vor Jahrzehnten erreicht mit dem „One-Dollar-Man“, einem Manager, der für hundert Cent im Monat ein Regierungsamt übernahm. Indem dies jetzt auch in Deutschland Usus wird, haben wir es tatsächlich mit einer „Amerikanisierung“ zu tun.

Sensationell ist das alles nicht. Im Kapitalismus wird Regierungshandeln immer mit den Interessen des Kapitals kompatibel sein. Doch der Durchgriff der Unternehmen auf die Politik ist von Land zu Land verschieden massiv und ist auch historischen Schwankungen unterworfen.

Inzwischen gibt es einen weltweiten Korruptions-Index. Ein anderes Verzeichnis fehlt bisher noch: ein Register, in dem der Grad unmittelbarer und mittelbarer Einflussnahme von Firmen auf Parlamente und Regierungen wiedergegeben wird. Es wäre interessant zu wissen, wo die Bundesrepublik auf einer solchen Skala stünde und welche Entwicklungen sich da in den letzten Jahren vollzogen haben. Die Hypothese lautet: Tendenz steigend.

SPILLMANN/FELSER/LEO BURNETT



Leisten Sie sich eine eigene Meinung und abonnieren Sie die WOZ, inklusive der monatlich erscheinenden deutschsprachigen Ausgabe von «Le Monde diplomatique». Unter www.woz.ch, abo@woz.ch oder per Telefon 044 448 14 44. **WOZ DIE WOCHENZEITUNG**

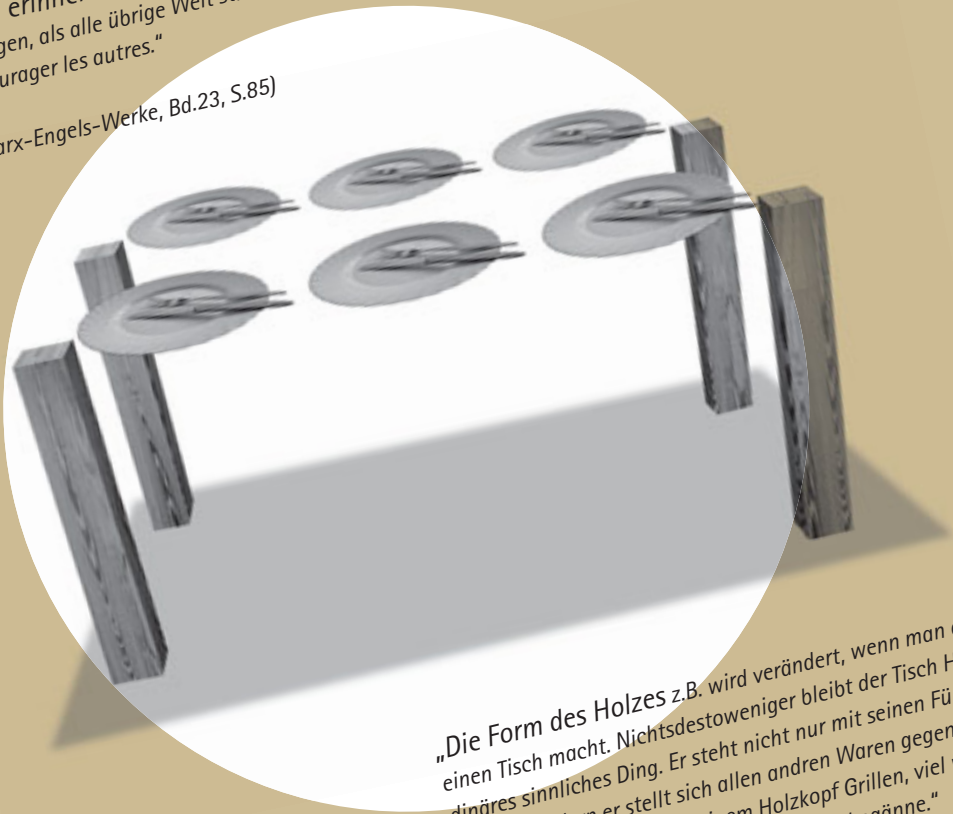
impressum

Herausgeber Lunapark21 GmbH, Hubertusallee 42 / 44, 14193 Berlin // **Redaktion** (redaktion@lunapark21.net), Winfried Wolf (Chefredakteur, ViSdP), Ralph Altmann, Daniel Behruzi, Thomas Fruth, Sebastian Gerhardt, Hannes Hofbauer, Andrea Marczinski, Gisela Notz, Wolfgang Pomrehn, Theo Vökl, Endredaktion: Erhard Weinholz // **Gestaltung** Layoutkonzept: Bernd Köhler (www.kus-design.de), Heftgestaltung: Joachim Römer, Bernd Köhler // **Druck** Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH // Lunapark21 wird auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Anzeigen Marlene Hentschel (marketing@lunapark21.net) // **Aboverwaltung:** AVZ Berlin, Tel.: 030-42804040 // **Mailbestellung:** abo@lunapark21.net // **Faxbestellung:** 01805-23363302100 (14 Ct/min aus d. deutschem Festnetz) // **Bezugspreise:** Einzelheft 5,50 Euro, Jahresabo (4 Ausgaben) 22,00 Euro. // **Alle Rechte** für Fotos und Texte liegen bei den Autorinnen und Autoren. Die Verwendung ist nur mit deren Einwilligung und mit Quellenangabe gestattet. // © Copyright 2008 by Lunapark21 GmbH // www.lunapark21.net // **ISSN: 1866-3788**

„Man erinnert sich, dass China und die Tische zu tanzen anfangen, als alle übrige Welt still zu stehen schien – pour encourager les autres.“

(Marx-Engels-Werke, Bd.23, S.85)



„Die Form des Holzes z.B. wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andren Waren gegenüber auf dem Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne.“

(Marx-Engels-Werke, Bd.23, Fußnote)